neue kritik

Juni 1965 D 7739 F

30

Michael Vester Die Strategie der direkten Aktion | Erich Gerlach Pragers Analyse des Nachkriegskapitalismus | Christian Riechers Theorie und Praxis der PCI | Hannes Friedrich Das Regierungssystem der Bundesrepublik | Karin Monte Studienhonorar 1965 | Wolfgang Abendroth Rede zum 8. Mai 1965

Inhaltsverzeichnis

Wolfgang Abendroth	3	Rede zum 8. Mai 1965
Reiner Diederich	5	Abbau der Hallstein-Doktrin?
M. V.	6	Johnsons Pyrrhussieg
Christian Riechers	9	Theorie und Praxis der PCI
Michael Vester	12	Die Strategie der direkten Aktion
Erich Gerlach	20	Pragers Analyse des Nachkriegskapitalismus
Hannes Friedrich	24	Das Regierungssystem der Bundesrepublik
Dieter Rave	28	Der wahre Marxismus des Adam Schaff
Karin Monte	29	Studienhonorar 1965
Wolfgang Müller	32	Brief an die Freunde Dr. Alexanders
	34	Zeitschriften- und Buchhinweise

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 30, juni 1965, 6. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.
nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.
neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: wilhelm bauer, reiner diederich, claudio pozzoli, xenia rajewsky, gunter wegeleben (verantwortlich)
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik
vertrieb: heiner schäfer
anzeigenredaktion: rita harmuth
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin
manfred liebel, hamburg
erscheinungsort: frankfurt am main.
verlag und redaktion: 6 frankfurt w 13, kurfürstenstr. 8, tel. 77 64 22
neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich eines heftes in doppeltem umfang.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / hfl 1,50. plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.

postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik 551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank.
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh.
umschlagentwurf: maria fraxedas.

An den Leser

Im Mittelpunkt der nk 30 stehen wiederum Beiträge zur Erneuerung sozialistischer Politik, die gegenüber den vorangegangenen Artikeln unserer Auffassung nach an Konkretion gewonnen haben. Die innenpolitischen Themen sind dadurch etwas zu kurz gekommen. Eine für dieses Heft vorgesehene Untersuchung über Verfassung und Parteienentwicklung wird im Augustheft erscheinen.

Zur Diskussion über die innenpolitische Entwicklung tragen die Rede von Prof. Abendroth und die Beiträge von Hannes Friedrich und Reiner Diederich von verschiedenen Gesichtspunkten einige Argumente bei. Wolfgang Abendroth warnt in seiner Rede vor einer Fortsetzung der bisherigen Politik der Bundesregierung, die, wie eine aktuelle Broschüre es nennt, eine „Politik ohne Vernunft" ist. Auf einen Artikel über den Stand der Notstandsgesetzgebung haben wir in dieser Nummer verzichtet, weil Ende Juli das Protokoll des Bonner Kongresses gegen die Notstandsgesetze als Sonderheft der nk erscheint. Wir verweisen auf die Anzeige dieser Broschüre im Text.

In seinem Artikel über die direkte Aktion zeigt Michael Vester die Bedingungen, unter denen „single purpose movements", z. B. auch im Falle der Notstandsgesetze, erfolgreich sein können. Dieser Beitrag ist zugleich eine Kritik an bestehenden strategischen Vorstellungen der Linken, die Politik als die Aktion aktivistischer, bürokratischer oder intellektueller Minderheiten verstehen. Eine Erneuerung sozialistischer Politik, die den Rekurs auf die Klassiker des Sozialismus einschließt, kann nur im engen Kontakt mit dem Existenzkampf der abhängigen und fremdbestimmten Klassen und Schichten erfolgen. Auch Erich Gerlachs Darstellung von Theodor Pragers Politischer Ökonomie zeigt die Grenzen der Politik der traditionellen Arbeiterbewegung.

Der Beitrag von Christian Riechers informiert über die Positionen der PCI (KPI), deren theoretische Diskussion den innenpolitischen Pragmatismus und die außenpolitische „revolutionäre Aktion" zu begründen versucht.

Mit Karin Montes Überlegungen zum Studienhonorar möchten wir einen in sich reflektierten Beitrag zur aufgelebten Diskussion um die deutsche Bildungsmisere liefern.

Wir möchten Sie nachdrücklich auf die Beilage der Zeitschrift „Das Argument" und auf die Bestellkarte für das Sonderheft „Demokratie vor dem Notstand" in diesem Heft hinweisen.

Als heute vor 20 Jahren die deutsche Wehrmacht kapitulierte, wurde damit zugleich das deutsche Volk vom Dritten Reich befreit, und insoweit ist es angebracht, in diesem Tag nicht nur das Ende des Zweiten Weltkrieges und eines verbrecherischen Regimes zu sehen, sondern auch den Tag eines neuen Anfangs für Europa und für Deutschland. Aber das deutsche Volk wurde vom Dritten Reich befreit, es befreite sich nicht selbst. Deshalb begann an diesem Tag auch die Entwicklung zu unserer heutigen Situation, der der Spaltung des deutschen Volkes in zwei Staaten, die entgegengesetzten Bündnissystemen angehören.

Aber wie ist es dazu gekommen? Ist es nicht für uns alle notwendig — für Sie, die junge Generation, und für uns, die wir zu jener Generation gehören, die 1933 geschlagen wurde und dann zwölf Jahre auf die Vernichtung des Dritten Reiches warten mußte, weil sie selbst nicht stark genug war, um es durch ihre eigene Aktion zu zerschlagen — zu untersuchen, wie diese Entwicklung möglich wurde, um die Konsequenzen aus dieser Lage zu erkennen?

Italien, das bereits 1922 vom Faschismus überwältigt worden war, war doch stark genug, im Juli 1943, als es deutlich wurde, daß der Weltkrieg für die faschistischen Mächte verloren war, diese Herrschaftsform abzuschütteln. Die deutsche Opposition des 20. Juli 1944, ein Jahr später, wurde vernichtet. Die Erfahrungen dieser Periode haben eindeutig gezeigt: Ist einmal eine Nation in der modernen hochindustriellen Gesellschaft von einer faschistischen Diktatur einer völligen Kontrolle aller ihrer Lebensäußerungen unterworfen, dann ist die Zerschlagung dieser Diktatur aus der eigenen Nation heraus nur noch möglich, wenn sich auch große Teile des Staatsapparates und der sozial herrschenden Klassen gegen diese Diktatur wenden. Die italienische Oberschicht — einschließlich der Majorität des faschistischen Großrates — hatte 1943 verstanden, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. So stürzte sie Mussolini, um sich zu retten. In Deutschland aber blieben die Verschwörer des 20. Juli in ihren eigenen Sozialschichten isoliert. Auch das hatte seine Ursachen. Der Angriffskrieg des Dritten Reiches gegen die Westmächte und der imperialistische Krieg Italiens unterschied sich völlig von dem Krieg Hitlers gegen die slawischen Nationen. Vergessen Sie nie, daß am Ende dieses Krieges die Sowjetunion 20 Millionen Tote, das kleine Polen 6 Millionen und das Dritte Reich selbst nur 4,4 Millionen Tote beklagte. Der Krieg wurde gegen die Westmächte im allgemeinen noch in den Formen des Kriegsvölkerrechtes geführt, gegen die slawischen Nationen war er aber vom ersten Tage an ein reiner Ausrottungsfeldzug. Und das war den deutschen Oberschichten durchaus bekannt, noch bevor sie sich dazu entschieden, ihn vorzubereiten und zu führen. Ich erinnere nur an die Konferenz von über 200 deutschen Generälen mit Adolf Hitler am 17. März 1941, auf der er sie über seine verbrecherischen Pläne im Osten genau informierte. Gleichwohl arbeiteten sie an der militärischen Planung des Feldzuges gegen Rußland weiter mit. Sie wußten, daß im Rücken der vormarschierenden deutschen Armeen Millionen ermordet werden sollten und dann auch ermordet wurden. So ist es kein Wunder, daß diese deutschen Oberklassen — anders als in Italien — sich von dem faschistischen Regime auch dann nicht trennten, als sie erkennen mußten, daß der Krieg verloren war; denn sie fürchteten, für diese Schuld bezahlen zu müssen. Und so ist es gekommen, daß am 20. Juli 1944 in Deutschland das scheiterte, was am 25. Juli 1943 in Italien erfolgreich war. Italien konnte deshalb seine nationale und staatliche Einheit erhalten; das deutsche Volk, das der völligen Okkupation und der völligen Verfügungsmacht der Sieger anheimfiel, nicht.

Wenn das deutsche Volk heute, trotz all der ungeheuerlichen Verbrechen, die in seinem Namen am jüdischen Volk und an den slawischen Nationen begangen worden sind, wieder in beiden Lagern dieser geteilten Erde durch seine Staaten vertreten ist, so verdankt es dies Ergebnis vor allem denen, die vom ersten Tage an gegen das nationalsozialistische Regime aufgestanden sind. Heute erinnert man sich in beiden Teilen Deutschlands nicht gern dieses Zusammenhanges. Wenn Sie an die Bundesrepublik Deutschland denken, so sehen Sie, daß hier die Partei verboten ist und strafrechtlich verfolgt wird, die immerhin — man mag vieles von dem, was sie getan hat, verurteilen, und ich tue es auch — als einzige der großen Massenorganisationen vom ersten Tage an das deutsche Volk ohne jeden Versuch einer Anpassung und Schwenkung vor dem Weg warnte, der dann betreten wurde und deren Anhänger in den ersten Jahren des illegalen Kampfes gegen Hitler im Widerstand die Mehrheit bildeten. Es gehört ebenso in diesen Zusammenhang, daß die Bundesregierung vor einigen Jahren das Verbot der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes vom Bundesverwaltungsgericht verlangte. Auf der anderen Seite ist, oder besser war es, in anderer Richtung, nicht besser. Der andere deutsche Staat, eingebettet in das Bündnissystem des Warschauer Paktes wie wir in die NATO, hervorgegangen aus der Protektion durch seine Besatzungsmacht wie die Bundesrepublik aus der Protektion durch die Vereinigten Staaten, hat jahrelang in jener Periode, in der die stalinistischen Verbrechen das Bild der kommunistischen Welt mitbestimm-

ten, das Andenken aller Kräfte des Widerstandes verdrängt, die nicht stalinistische Kommunisten waren, und die Geschichte zahlreicher Widerstandsgruppen verfälscht, um jeden Widerspruch zur stalinistischen Ideologie zu verbergen. Diese beiden Formen des Verhältnisses zur Tradition des deutschen Widerstandes gegen das Dritte Reich sind nur zwei verschiedene Seiten einer Medaille. Aber wir müssen uns klar darüber sein, daß wir kein Recht haben, den Siegern des 8. Mai 1945, den Armeen und Regierungen der vom Dritten Reich angegriffenen Staaten Vorwürfe zu machen, weil sie versucht haben, wenigstens einen Teil der von Deutschen angerichteten ungeheuren Schäden wieder beizutreiben. Zwar hatte zweifellos vieles von dem, was zwischen den Drei Großen erst in Jalta und dann in Potsdam vereinbart wurde, mit politischer Klugheit oder mit einer ethisch begründbaren Politik nichts zu tun. Die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße und aus dem Sudetenland, die damals vereinbart und zugelassen wurde, geschah durchaus im Geiste jener Periode des Imperialismus, war durch die Übernahme von Verhaltensweisen der Vergangenheit belastet und moralisch, wenn man die Dinge heute ruhigen Blickes betrachtet, nicht vertretbar. Aber können wir der Roten Armee, die ihren Weg durch die zerstörten russischen und polnischen Gebiete nehmen mußte, die auf Schritt und Tritt die Spuren der Massenverbrechen des Dritten Reiches vorfand, einen Vorwurf daraus machen, daß ihre Gefühle und ihr Verhalten durch diese Situation bestimmt wurden? Haben wir heute noch ein Recht, davon zu reden, daß diese Grenzen, die — sicherlich durch sehr zweifelhafte Akte — zu Volksgrenzen geworden sind, keine endgültigen Grenzen sind? Nach 20 Jahren werden wir erkennen müssen, daß das, was 20 Jahre Provisorium war, nun ein Definitivum ist; erst diese Anerkennung schafft uns die Möglichkeit zum ernsthaften Gespräch auch mit den Völkern, die wir so lange geschunden haben, bis sie aus der Verteidigung ihrer physischen Existenz heraus diese neue Situation herbeiführten.

Die Spaltung des deutschen Restvolkes in zwei Staaten ist beklagenswert. Der Verlust der Einheit einer Nation, die in langen Jahrhunderten einer gemeinsamen Geschichte entstanden ist, ist schwer zu ertragen und ist für den Frieden Europas und die friedliche Vermittlung in Europa eine Belastung. Aber dieser Verlust ist eingetreten. Wir müssen dabei sehen, daß keiner dieser beiden Staaten das ganze deutsche Volk ist. Jeder dieser beiden deutschen Staaten sagt die Unwahrheit, wenn er behauptet, ganz Deutschland vertreten zu können. So schmerzvoll die Situation ist, in der wir stehen, müssen wir sie doch zuerst sehen und geschichtlich verstehen, um zur Wiederherstellung der Einheit des deutschen Volkes kommen zu können. Nur dann wird es möglich sein, beide Hälften dieser gespaltenen Nation friedlich zu vermitteln, und nur dann wird eine friedlich in sich vermittelte Nation imstande sein, zwischen den Blöcken zu vermitteln, in denen heute die beiden Teile stehen. Wir in der Bundesrepublik Deutschland gehen gegen diese Wirklichkeit mit scheinjuristischen Theorien und Phantasiebildern an. Das begann mit der Behauptung der Identität des Deutschen Reiches vor 1945 mit der Bundesrepublik. Aber was hat denn das, was wir nach 1945 getan und tun zu wollen behauptet haben, mit dem zu tun, was vor 1945 war? Fühlt sich dieser Teil der deutschen Nation zwischen Rhein und Elbe wirklich identisch mit dem Dritten Reich? Diese Theorie setzte sich dann fort in der Behauptung, diese Identität umfasse auch den Bereich der anderen Besatzungszone. Und aus allen diesen Versuchen entstand dann jene These vom Alleinvertretungsrecht, wie umgekehrt zunächst auf der anderen Seite die gleiche These unter dem Vorzeichen stalinistischen Denkens konstruiert wurde, längst aber aufgegeben ist.

Die Siegermächte, die das Vakuum Deutschland nach 1945 ordnen mußten, weil das deutsche Volk zur Beseitigung des Mörder-Regimes selbst nicht fähig war, haben im Ergebnis diese Situation im Geist der Diskrepanz und des Gegensatzes zwischen den Siegermächten geordnet. Die Siegermächte wurden geführt von Großmächten mit Großmachtdünkel und Großmachtbewußtsein, und so waren die Folgen vielleicht unvermeidbar. Sie wurden aber ganz sicher unabwendbar, nachdem die deutschen politischen Kräfte, die sich in der ersten Besatzungsperiode langsam wieder zu regen begannen, weder die Kraft noch den Mut fanden, gemeinsam gegen alle Siegermächte zur Rettung der deutschen Einheit aufzutreten. Sie wurden in der späteren DDR vor den Wagen des einen Machtsystems gespannt, wie sie sich hier, in der späteren Bundesrepublik Deutschland, den anderen Siegermächten zur Verfügung gestellt haben, um am Ende selbst Waffen gegen den anderen Teil Deutschlands zu fordern. Dadurch wurde mit der westdeutschen Wiederbewaffnung die Konsolidierung dessen unvermeidlich, was jetzt besteht. Aber diese Entwicklung konnte bisher noch an einem positiven Ergebnis nichts ändern: Niemand im heutigen Deutschland wagt es, unverhüllt und offen an die alte imperialistische und nationalsozialistische Ideologie anzuknüpfen, und trotz der Identität von Teilen des Staatsapparates und der Oberschichten in der Bundesrepublik mit denen des Dritten Reiches ist doch die offizielle Ideologie weitgehend formell demokratisch geworden. Zudem wurde aus der Situation nach dem Krieg hier im Westen die demokratische Verfassung des Grundgesetzes geschaffen, ein Gut, das Sie, die junge Generation hier in der Bundesrepublik, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen müssen; nicht nur als Selbstzweck, sondern auch als Mittel, um durch ihren Gebrauch Deutschland zu weiterer demokratischer und sozialer Entwicklung des Rechtsstaates zu führen. Diese Verteidigung schließt ein, das Grundgesetz gegen Versuche zu verteidigen, durch Änderungen dieser Verfassung die Möglichkeit einer neuen Diktatur zu begründen. Diese Verteidigung schließt ein, denen nicht zu glauben, die Ihnen vormachen wollen, dieses Grundgesetz zwinge zur Politik der Hallstein-Doktrin. Denn wenn in diesem Grundgesetz und seiner Präambel Bezug darauf genommen wird, daß

das ganze deutsche Volk sich hierin politisch organisieren solle, so wird doch auch gesagt, daß es das nicht getan habe, daß das Grundgesetz nur für seinen Bereich gilt und die Aufgabe der Wiederzusammenführung der Nation in der Zukunft liegt. Es gibt keine andere reale Möglichkeit, den Auftrag des Art. 146 des Grundgesetzes zu erfüllen und die gesamtdeutsche Einheit herbeizuführen, als durch einen langen Prozeß der Ausklammerung der beiden Teile Deutschlands aus ihren Militärblöcken und langsame Wiederannäherung der beiden Staaten in ferner Zukunft die Chancen zu ihrem Zusammenwirken und ihrer Verschmelzung entstehen zu lassen.

Das sind Überlegungen, zu denen uns der 8. Mai nötigt. Dieser Tag gab dem deutschen Volk einen Teil seiner Freiheit zurück, die es an eine Mörderclique verloren hatte und die es allein nicht wiedergewinnen konnte. So war die Niederlage der Armeen des Dritten Reiches trotz aller Folgen, trotz allem, was nachher geschah, doch auch ein Sieg des deutschen Volkes über seine Unterdrücker. Aber dieser 8. Mai war in der geschichtlichen Lage, in der es das durch Mord, Konzentrationslager und Zuchthäuser seiner besten Kräfte beraubte deutsche Volk vorfand, zugleich die Schranke dieser Freiheit und die Schranke ihrer Entwicklung. So stehen wir heute in einem Prozeß, der zur Wiederholung des Wahnsinns und der Inhumanität führen kann. Es gibt diese Tendenzen, aber gegen diese Tendenzen können andere Tendenzen siegen. Diejenigen Generationen, die diese schlechten Tendenzen repräsentieren, sind die älteren Generationen, belastet durch ihre Identifikation mit dem Dritten Reich. Sie, die junge Generation, stellen die Hoffnung auf ein anderes Werden dar. Sie können die Probleme sehen und analysieren, die der älteren Generation, wegen ihrer Schuld und der Ideologien, mit denen sie sich aus dieser Schuld retten will, verdeckt sind. Das bleibt die Hoffnung und der Auftrag an diesem Tag: Schützen Sie die rechtliche Möglichkeit, sich zu informieren, zu analysieren, zu denken und dies Denken in Handeln zu verwandeln: die politische Demokratie. Schützen Sie sich vor der Gefahr, jeden Kontakt mit Ihrer Generation im anderen Teil Deutschlands zu verlieren. Machen Sie diese beiden Aufgaben wahr, dann hat die Besinnung auf den 8. Mai 1945 nach 20 Jahren ihren Sinn und ihre Vernunft gezeigt. (Auszüge)

Abbau der Hallstein-Doktrin?

Auflösungserscheinungen kündigen sich im Namen an. Plötzlich erfährt man, daß die Hallstein-Doktrin weder je eine Doktrin war noch von Hallstein stammte. Nach Gerstenmaier handelt es sich um „Rechtsanschauungen, die für uns fundamental sind", nach Schröder um den „Alleinvertretungsanspruch" der Bundesregierung, also nicht einmal mehr um ein unabdingbares Recht, sondern um einen Anspruch, der in verschiedenen Formen durchzusetzen sei. Die Hallstein-Doktrin war ein Instrument diplomatischer Erpressung, das funktionierte, solange es durch „Entwicklungshilfe" genügend unterstützt werden konnte. Wer aus der „dritten Welt" nach Bonn kam, mußte sich verpflichten, den anderen deutschen Staat bis auf die Mauer zu ignorieren. Das Bekenntnis zur „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" kostete ihn so wenig, wie es sich die Bundesregierung umgekehrt etwas kosten ließ, auch und gerade, nachdem „Pankow" in die Konkurrenz eingetreten war. Nun entpuppte sich die Hallstein-Doktrin als Hebel finanzieller Erpressung für geschickte Entwicklungsländer. In der „Nahost-Krise" vor ein paar Monaten zeigte sich aber, daß dies schon überholt war. Die DDR besaß zu diesem Zeitpunkt trotz diplomatischer Abriegelung in 47 Ländern konsularische oder Handelsmissionen. Ulbricht reiste nach Ägypten. Den Bruch des Riegels hatte die Bundesregierung selbst verschuldet, die sich einer fremden Hallstein-Doktrin aus Rücksicht auf Handelsbilanzen beugen und aus Rücksicht auf Prestigebalancen wieder nicht beugen wollte: Erkennt ihr Israel an, was doch kein Staat ist, sondern ein willkürlich auf unserem Boden errichtetes Gebilde, dann brechen wir die Beziehungen zu euch ab. So stellten die arabischen Staaten eine jahrelange Heuchelei der Bundesregierung bloß, nicht nur die Hilflosigkeit des „Volkskanzlers", der als Konkursverwalter allerdings immer kläglicher versagt hat und damit den „geläuterten Patriotismus" (Mende auf dem Burschentag) befördert.

Was hat die Hallstein-Doktrin bewirkt? Sie hat die DDR so lange aus dem diplomatischen Verkehr ausgeschlossen, wie sie innerlich ungefestigt und wirtschaftlich schwach war. Sie hat antikommunistische Illusionen wachgehalten und die Bundesregierung so lange an einer Ostpolitik gehindert, wie der Rheinstahl keine neuen Absatzmärkte brauchte. In ihr verkörperte sich das usurpierte Recht der Bundesrepublik, für alle Deutschen zu sprechen (noch vor kurzem bekräftigt im Aufruf der SPD-Schattenregierung zum 17. Juni) und die latente Bürgerkriegsdrohung, die sich im Munde von und zu Guttenbergs so ausnimmt: „Alles, was dem Ansehen, der Reputation, dem angemaßten Staats-Charakter und der Stabilität der Zonenbehörden förderlich ist oder diese herbeiführen könnte, wirkt unserem Ziele der Wiederherstellung der Freiheit aller Deutschen entgegen." Da wird schließlich sogar die Realität zu „sogenannten Realitäten", und man hält es mit Hegel, wenn sie sich dem Wahnsystem aus Rechten und Ansprüchen nicht einfügen will: um so schlimmer für die Tatsachen, was politisch auf Krieg hinauslaufen kann. Groteske Verwirrung, wenn Wenzel Jaksch vor seinen Pfingststudenten ausruft: „Wir stehen inmitten der tiefgestaffelten Kampffront der Stalin-Verdrängten, die sich dem Diktat von Potsdam nicht beugen wollen". Auf das Potsdamer Abkommen beruft man sich sonst gerade, wenn es um die „Grenzen von 1937" und das Fortbestehen Deutschlands als Nation geht (fälsch-

licherweise — siehe dazu „Politik ohne Vernunft", rororo-aktuell, S. 28 ff.).
Schröder und Mende sind etwas weiter. Sie wollen die Hallstein-Doktrin, die mit der Grenz- und Anerkennungsfrage kapillarisch verbunden ist, so modifizieren, daß weder eine „Vorleistung" gegenüber Polen und der Tschechoslowakei noch eine „Aufwertung" der DDR herausschaut. Dabei sind sie zu spätscholastischen Übungen gezwungen, die hinterher bei all ihrer Banalität dementiert oder abgeschwächt werden müssen, um den Posten in der Koalition nicht zu gefährden. Schröder: „Die Existenz der Zone darf nicht außer acht gelassen werden." Mende: „Man kann nicht mehr mit der Fiktion arbeiten, da ist nichts, und man braucht sich daher um nichts zu kümmern." Die Hallstein-Doktrin soll für osteuropäische Staaten aufgehoben werden, die, so wird argumentiert, sowieso nicht anders konnten, als Botschafter mit der DDR auszutauschen. Zweck der diplomatischen Anknüpfungen ist unverhohlen, die „Eigenständigkeit" dieser Staaten gegenüber „Moskau" zu forcieren und die DDR in Osteuropa zu isolieren. Weiterhin stellen sich Barzel und Erhard vor, im Verein mit westlichen „Deutschland-Initiativen" und westdeutscher Wirtschaftshilfe („ein Bündel interessanter politischer und ökonomischer Maßnahmen und Vorschläge") einen Plan zur stufenweisen Wiedervereinigung anbieten zu können. Sie wollen der Sowjetunion die „Zone" abkaufen, wie einst die Vereinigten Staaten dem Zaren Alaska abkauften. Insofern ist die Schröder-Erhardsche Konzeption wenig mehr als eine Fortsetzung des kalten Krieges mit pragmatischeren Mitteln.
Fällt die Hallstein-Doktrin, so kann das zwar lange blokkierten europäischen Entspannungsbemühungen neue Impulse geben, ebenso gut aber einem viven bundesrepublikanischen Nationalismus, der für ganz Deutschland zu sprechen vorgibt. Die enttäuschten Gaullisten könnten sich mit den enttäuschten Atlantikern treffen. Straußens Wandlung vom Atlantiker über den Gaullisten zum Nationalisten hat die Bahn vorgezeichnet. Es kommt nur darauf an, welche Reservoires — durch die EWG bedrohte Bauern, neuer Mittelstand auf der Suche nach Werten, Entnazifizierungsgeschädigte im weitesten Sinn, Vertriebene usw. — anzuzapfen sind. Die eigenartige Verbindung von „nationaler Welle" (nach Westen) und „mittleren Schritten" (nach Osten) bei der FDP hängt vielleicht mit Problemen der westdeutschen Industrie zusammen, die sich im Wettlauf auf östliche Märkte vom offiziellen Antikommunismus gehemmt und von entspannteren NATO-Partnern überflügelt sieht. Krupp soll Polen friedlich erobern.
Die SPD wird sich im Zuge ihrer Wahltaktik den nationalen Tönen kaum verschließen können (schon redet Brandt von „Aussöhnung mit der Vergangenheit"), sie darf keinen Versuch mehr wagen, größere Schritte anzuregen (Erlers Rühren an das Oder-Neiße-Tabu war eine Lehre), sie hat sich bereits übernommen, indem sie die Notstandsgesetze auf Eis schob. Besorgte Publizisten meinen, nur eine große Koalition könne die Konkursmasse der Nachkriegspolitik gefahrlos liquidieren (Günter Gaus im „Merkur") — sie übersehen, daß die Nachkriegsdemokratie gleich mit flöten ginge. Vor den Wahlen will keine Partei die Hallstein-Doktrin diskutieren, denn das „schadet unserer Substanz" (von Hase). Auf die Dauer werden die außenpolitischen Widersprüche ihre eigene Dynamik entwickeln, die dann in diese oder jene Richtung gelenkt werden kann: Man hält einerseits an der „Viermächteverantwortung" fest und drängt doch nach Selbständigkeit „im deutschen Interesse"; man will die DDR und die heutigen Ostgrenzen nicht anerkennen, andererseits den „Wandel durch Annäherung" (SPD) oder „Einwirkung" (CDU) beschleunigen; man glaubt, ohne das „atomare Schutzschild der USA" nicht existieren zu können, verlangt aber Atomwaffen für eigenen Gebrauch; man will weiterhin den Musterknaben in der NATO spielen und fühlt sich nicht mehr ausreichend bestätigt. Wenn Kossygin und Johnson erklären, daß keine unmittelbare Kriegsgefahr in Europa bestehe, trabt die Bundesregierung mit ihren kleinen Schrittchen hinterher. Die Parteien sind desorientiert und durch die von ihnen selbst geschaffene Wählerstimmung manövrierunfähig. In der nicht mehr durchschauten Situation aufgelockerter Bündnisse und Fronten greift man zur lange totgesagten Orientierungshilfe des Nationalismus. Das könnte ein gefährlicheres „politisches Instrument" sein, als es die Hallstein-Doktrin gewesen ist.

Reiner Diederich

Johnsons Pyrrhussieg

Tischlein deck dich und Knüppel aus dem Sack

Vor einiger Zeit rühmte ein Kölner Sozialistenblatt die Ermordung John F. Kennedys als eine politische Tat gegen den Yankee-Imperialismus. Diese Tat hat Lyndon B. Johnson an die Macht und mehr als tausend dominikanische Bürger ins Grab gebracht. Nach dem Fiasko in der Schweinebucht hatte Kennedy selbstkritisch bemerkt, eine solche fehlinformierte und ohne Konsultation der OAS unternommene Aktion dürfe sich nie wiederholen. Dieselbe Kritik übt heute die von Robert Kennedy geführte Opposition gegen Johnson, der es fertigbrachte, die besseren Einsichten seines Vorgängers als „Schaukelstuhlpolitik" verächtlich zu machen. Während Kennedy der Junta, die Bosch gestürzt hatte, die Anerkennung versagte, deckte ihr Johnson 1964 mit über 10 Millionen Dollar Entwicklungshilfe den Tisch und suchte den Aufstand der Verfassungstreuen mit der Politik des „dicken Knüppels" zu ersticken.
Aus der nichtdeutschen Weltpresse, der New York Times (NYT), dem Guardian (G), Le Monde (LM) und der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), lassen sich die Vorgänge um San

Domingo rekonstruieren. Der Aufstand der verfassungstreuen jüngeren Offiziere war vom 24. bis zum 26. April militärisch erfolgreich und unblutig, wurde von der Bevölkerung unterstützt und gefährdete laut US-Botschaft weder Besitz noch Leben der amerikanischen Residenten (NYT/NZZ, 26.—27. 4.; LM 2.—3. 5.). Überraschend berichtete die Presse, daß am 27. April (Dienstag) der vom Rumpfparlament neugewählte Präsident Dr. Molina Urena zurückgetreten und der Aufstand gescheitert sei.
Die Hintergründe werden erst zehn Tage später durch Juan Bosch bekannt (NYT, 8.—9. 5.). Am Dienstag unterrichtet der Junta-General Elias Wessin y Wessin die US- Botschaft in einem abgehörten Telefongespräch vom Scheitern seiner Offensive. Botschafter Bennett empfiehlt ihm Luftangriffe und verspricht amerikanische Truppenunterstützung. Er überredet dann Dr. Urena mit der Drohung zum Rücktritt, die USA würden die Junta militärisch unterstützen. Am Mittwoch leitet er die Bitte der Junta um Intervention an Johnson weiter, der dann mit seinen engsten Beratern und den Parteiführern, und ohne Konsultation des Kongresses, der OAS oder des Kabinetts, die Intervention beschließt (NZZ/LM, 11. 5.).
Bis zum kommenden Montag (3. 5.) töten Wessins Bombardements 900—1000 Zivilisten (NYT/LM, 30. 4.; LM, 2.—3. 5.; NYT/NZZ, 4. 5.) und kesseln die amerikanischen Truppen trotz des inzwischen geschlossenen Waffenstillstandes die Konstitutionalisten durch einen „Nachschubkorridor" ein (alle Zeitungen). Am Wochenende hatte der auf Wunsch Boschs von Johnson entsandte John Bartlow Martin, unter Bosch amerikanischer Botschafter, entrüstet festgestellt, daß vor seiner Ankunft gemischte Verbände mit Wessin gebildet worden waren; Kommentar der NYT (7. 5.): „Die Geschichte der Zerstörung der Verständigungsversuche zwischen der Regierung Johnson und den demokratischen Rebellenkräften ist ans Licht gekommen."
Nach Angaben des US-Außenministeriums entstammt die Meldung über eine kommunistische Steuerung ebenfalls der Botschaft Bennetts (NYT, 4. 5.). Erst am Montag (3. 5.) werden 58 Kommunisten benannt, von denen vier doppelt gezählt, einige gestorben, einige emigriert, einige inhaftiert und einige Sozialdemokraten oder Liberale sind („Zeit", 28. 5.). Bosch, der konservative Evening Star, die OAS-Beobachter, Beamte des State Department, Collier in der „New York Herald Tribune", NZZ, NYT und „Guardian" halten den Beweis einer kommunistischen Steuerung nicht für erbracht (NZZ, 2. 5., 7. Mai; G 7., 11. Mai; FAZ 5. 5.). Korrespondenten berichten positiv, daß Kommunisten beteiligt, aber nicht führend sind und daß die aufständische Bevölkerung nichtkommunistisch denkt und handelt (FAZ 3., 6. 5.; G 5., 7., 11. 5.; „WELT" 4., 14. 5.).
In der zweiten Kampfwoche (3.—9. 5.) können sich die Konstitutionalisten trotz ständiger Angriffe der auf 30 000 ansteigenden amerikanischen Soldaten und der Junta militärisch behaupten (alle Zeitungen). US-Ausbilder müssen die demoralisierten Juntatruppen reorganisieren (LM 11. 5.). Das Rumpfparlament wählt den in den USA ausgebildeten Oberst Caamano, der zu den Initiatoren des Aufstands gehörte, zum Präsidenten. Caamano, der Bosch ständig telefonisch konsultiert, verhält sich wesentlich defensiv und hält die Disziplin in der belagerten Innenstadt mit Härte aufrecht (NZZ 6. 5.; „WELT" 4. 5.). Während Botschafter Bennett vom Chaos redet, lobt die OAS Caamanos Verhandlungsbereitschaft und bestätigen amerikanische Militärs die Einhaltung des Waffenstillstands.
Die zweite Kampfwoche bestätigt den militärischen, moralischen und außenpolitischen Pyrrhussieg Johnsons. Der Aufstand ist nicht besiegt. Der „Guardian" und Bosch sprechen als erste von einem zweiten Budapest, welches einzig von der FAZ gerechtfertigt wird (G 5. 5.; FAZ 7. 5.). Die OAS beschließt mit knapper Mehrheit und gegen die Stimmen der demokratisch regierten Nationen die Übernahme der Intervention (NYT 7. 5.). Trotzdem kommt die OAS-Streitmacht bis Ende Mai nicht zustande. Dem Protest schließen sich weitere lateinamerikanische Politiker, Frankreich, die amerikanischen Kommentatoren und Salvador de Madariaga an, der betont, die Intervention habe dem Ansehen Amerikas und der Demokratie in der Welt unermeßlich geschadet und sei nur durch die Wiedereinsetzung Juan Boschs wiedergutzumachen (NZZ 8. 5.). Juan Bosch erklärte, die USA ließen nur zwei Alternativen zu: „Entweder man muß ihr Sklave sein oder aber zum Kommunisten werden. Ich bin alt, und nicht einmal Lyndon B. Johnson kann mich zum Kommunisten machen." („WELT" 14. 5.)
Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit lenken die USA in der dritten Kampfwoche ein, und zwar mit der erweislichen Falschmeldung, der verhaßte General Wessin sei zurückgetreten (NYT/LM 12. 5.; NZZ 12., 13., 20. 5.). Die USA betrachten den Aufstand plötzlich als nichtkommunistische Bewegung des ganzen Volkes, und Averall Harriman erklärt, die Agenten hätten das Weite gesucht, um „anderswo Unruhe zu stiften". (NYT 17.—19. 5.; NZZ 19. 5.) Durch den „schon psychotischen Irrtum" Washingtons (FAZ 20. 5.) „ist eine Revolte, die schnell hätte beendet werden können, auf Wochen ausgedehnt und täglich heftiger und bitterer geworden". (NYT 19. 5.)
Die USA und Caamano einigen sich am 17. Mai, zu Beginn der vierten Kampfwoche, mit Caamano und Bosch über eine konstitutionelle Regierung unter Antonio Guzman, der unter Bosch die Landreform einleitete; ihr soll auch der Bosch-treue Bischof von Santiago angehören. Diese „Umkehr" zur Politik Kennedys (FAZ 19., 20. 5.; NYT 19. 5.) wird von der Junta mit einer tagelangen Offensive beantwortet, die Hunderte von Todesopfern fordert, aber vorerst erfolglos bleibt und schließlich in einem neuen Waffenstillstand endet (NYT 18./19. 5.; NZZ/FAZ/LM 19. 5.). Außerdem versuchen amerikanische Geheimdienststellen, Guzman durch gefälschte Bilanzen der Landwirtschaftsbank zu diskretitieren; die Entlarver werden jedoch als Fälscher er-

kannt (Frankf. Rundschau). Auch die US-Truppen, die in der dritten Kampfwoche teilweise gegen die Junta operiert haben, kämpfen in der vierten Woche wieder auf der Junta-Seite und unterbrechen weiterhin durch ihren „Sicherheitskorridor", der die beiden konstitutionalistischen Stadtteile voneinander trennt, den Nachschub (NYT 22. bis 23. 5.; ZEIT 28. 5.). Caamano meldet, US-Soldaten hätten seinen Innenminister mit vier Begleitern hinterrücks erschossen (NYT 21. 5.).

Nach seinem Einlenken scheint Johnson auf den Widerstand nicht nur der Junta, sondern auch einiger Berater, der CIA, des in Washington inzwischen diskreditierten Botschafters Bennett und des in San Domingo operierenden Militärkommandos gestoßen zu sein. James Reston, der zuvor schon die Aussichtslosigkeit der „Johnson-Doktrin" kritisiert hatte (NYT 6. 5.), bemerkt dazu: „Die Marinesoldaten . . . waren ‚neutral' zuerst auf der Seite der Junta, dann auf der Seite der Rebellen und dann wieder bei der Junta . . ." (NYT 22.—23.5.) Da weder USA noch OAS das Blutvergießen in San Domingo verhindern konnten, hat sich — mit Zustimmung der USA — der UN-Sicherheitsrat eingeschaltet, der bislang jedoch ebensowenig eine Lösung erreichte wie US-Sonderbotschafter Ellsworth Bunker, der im Juni anstelle des diskreditierten Botschafters Bennett zum Vermittler bestellt wurde. Bis Mitte Juni ist noch keine Beendigung des Belagerungszustands und noch keine Besserung der Versorgung der Bevölkerung, die durch US-Hilfen notdürftig aufrechterhalten wird, abzusehen. Obschon die USA sich nun formal neutral verhalten, dringen OAS-Einheiten in konstitutionalistisches Gebiet ein. Das Rote Kreuz versucht vergeblich, das von der Junta in La Victoria eingerichtete Konzentrationslager zu inspizieren (G 10. 6.).

Die Presseberichte lassen keinen Zweifel daran, daß die Bedrohung der Ausländer, das Chaos in San Domingo und kommunistische Einflußnahme nicht Ursache, sondern, soweit sie überhaupt bestanden, Wirkung der Intervention waren. Es besteht ebenfalls kein Zweifel, daß das bewaffnete Volk ebensowenig kommunistisch ist wie vor zwei Jahren, als es zu 62% für Bosch stimmte. Das „dominikanische Volk hat für soziale Gerechtigkeit und Verfassungsmäßigkeit gekämpft und sein Leben gegeben. Eine volkstümliche Revolution gegen eine eingewurzelte Oligarchie und ihre militärischen Protektoren hat stattgefunden. Die kleine Gruppe von Kommunisten, die in den ersten Tagen an die Oberfläche kam, war kein gültiger Maßstab für die tiefen und leidenschaftlichen Forderungen des Volkes nach sozialen und politischen Reformen." (NYT 19. 5.)

Die Presseanalyse erlaubt jedoch noch weitergehende Schlußfolgerungen:

1. Die USA haben offen und vorsätzlich das Völkerrecht gebrochen; einseitige Intervention ist nach den von den USA unterzeichneten Prinzipien der UNO und der OAS unzulässig. Sie haben damit die Institution der OAS zur Karikatur eines Staatenbundes gemacht (NYT 8.—9. 5.).
2. Die USA haben das Recht auf Selbstbestimmung, dem ihr eigener Staat sich verdankt, mit Waffengewalt unterdrückt und damit sich selbst vor der ganzen Weltöffentlichkeit diskreditiert. Sie haben alle demokratischen Politiker Lateinamerikas gegen sich aufgebracht: „Der Impuls der Allianz für den Fortschritt ist verlangsamt, wenn nicht umgekehrt worden" (NYT 19. 5.).
3. Die USA haben das Beispiel einer falsch informierten und falsch informierenden Politik gegeben und ihre eigene Öffentlichkeit davon überzeugt, daß die demokratischen Kontrollmechanismen der Verfassung versagen können, wenn antikommunistische Emotionen das politische Urteilsvermögen trüben. Die NYT spricht von einer „Atrophie der demokratischen Debatte": „Die Kontrolle des Kongresses über Kriegsentscheidungen ist bis zum Punkte der Unsichtbarkeit ausgehöhlt." (10. 5.) Die Eigenmächtigkeit der Botschaft und der CIA bestätigen Mills' These von „System organisierter Verantwortungslosigkeit". Immerhin hat die amerikanische und internationale Öffentlichkeit Johnson mit dem Argument zum Einlenken bewegen können, daß der „dicke Knüppel" ein Bumerang ist. Die deutsche „Weltpresse" hat daran keinen Anteil.
4. Die westdeutschen Kommentatoren haben, nach dem Vorbild ihrer Politiker, bis zum Einlenken Johnsons die Politik der blinden Gefolgschaft in allen Engagements der USA praktiziert, während zugleich das Außenministertreffen der NATO vom „Ruf nach vermehrten Konsultationen" (NZZ 13. 5.) beherrscht war. Das Beispiel San Domingos zeigt mögliche Konsequenzen solcher Gefolgschaft. Nicht zufällig warnte die New York Times — auf die Möglichkeit eines weltweiten Konflikts anspielend — davor, „daß Entscheidungen, die nicht ordnungsgemäß zustande kommen, und launische persönliche Urteile woanders eines Tages viel ernstere Schwierigkeiten hervorbringen könnten". (8.—9. 5.) Ein neuer internationaler Alarmzustand könnte sicherlich die bis dahin fertige Notstandsmaschinerie in Gang setzen. Unsere Öffentlichkeit hat kaum je eine Regierung zum Einlenken gebracht.

M. V.

Hinweis

Wir weisen auf einen interessanten historischen Überblick hin, der kürzlich vom SDS, Landesverband Berlin, Kurfürstendamm 140, herausgegeben worden ist: „Die Studentenvertretung der Freien Universität Berlin in ihren Auseinandersetzungen mit der akademischen Verwaltung um das politische Mandat der Studentenschaft". Der Landesverband Berlin schickt diese Dokumentation Interessenten gern zu.

Theorie und Praxis der PCI

Christian Riechers

Es scheint schier unmöglich, sich der Faszination zu entziehen, die von der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) ausgeht. Auch Gianni Barba (Die letzten Entwicklungen in der KPI, neue kritik 27) ist nicht frei davon, wenn er die italienischen Kommunisten als diejenigen feiert, die — wie er meint — „innerhalb der kommunistischen Bewegung die am meisten selbständige und kohärente Stellung einnehmen". Was aber besagt schon Selbständigkeit zwölf Jahre nach Stalins Tod? Sehen wir einmal von der Selbständigkeit der Staatsparteien der Sowjetunion und Chinas ab, so sind die Parteien Ho Chi Minhs und Fidel Castros, die KP Rumäniens und Schwedens ebenso selbständig wie die PCI — und es vergeht kein Monat, wo uns nicht neue Autonomieregungen in anderen Ländern der Welt bekannt werden. Es soll hier keineswegs die stimulierende Aktivität der PCI-Diplomatie im Verkehr mit den Parteien Ost- und Südosteuropas geleugnet werden; die vielfältige internationale Wirksamkeit der PCI in den vergangenen Jahren hat, direkt oder indirekt, genauso zu ideologischen Lockerungsübungen beigetragen wie die vom freundlichen Herrn Guozi Shudian versandte antirevisionistische Feldpost mit den bärbeißigen Artikeln der Pekinger Volkszeitung und den gedichtverzierten Brandbriefen des chinesischen Zentralkomitees. Wem kommt nicht der Gedanke an eine gelungene Einheit von Theorie und Praxis, wenn Barba beredt die „Kohärenz" der italienischen Kommunisten preist? Barba behandelt aber nur die theoretische Seite — besser: die von den Ideologen der PCI vorgenommene pragmatistische Umfunktionierung bestimmter klassischer Schriften und die fragmentarischen Gedankensplitter der letzten Aufzeichnungen Togliattis —, verzichtet jedoch darauf, uns die eigentliche Praxis der Kommunistischen Partei Italiens zu schildern. Diese nimmt sich nach außen hin so wendig, undogmatisch und weltoffen aus, daß sie in den Diskussionen und Wunschträumen der linken Sozialdemokraten Westeuropas — von der Labour Left über die häretischen kommunistischen Intellektuellen Frankreichs bis hin zu uns westdeutschen Neulinken — bereits als Präfiguration einer massenwirksamen, auf hochkapitalistische Verhältnisse zugeschnittenen Partei fungiert.

Wer sich einmal ganz von der internationalen kommunistischen Diskussion abwendet, um die Politik der PCI im eigenen Lande zu verfolgen, wird entdecken, daß die angeblich letzten Entwicklungen innerhalb dieser Partei nie grundsätzlich die Strategie in Frage stellen, der die Partei nunmehr seit mehr als zwanzig Jahren folgt. Sanktioniert wurde diese politische Linie bereits zehn Jahre früher mit den Beschlüssen des siebten Kongresses der Kommunistischen Internationale von 1935 über den antifaschistischen Kampf und die Volksfrontpolitik. Damit wird praktisch die frühere, 1921 gegründete Kommunistische Partei Italiens liquidiert, die genau genommen nur in dem Jahrfünft der faschistischen Machtergreifung von 1921 bis 1926 unter halblegalen Bedingungen eigentliche politische Arbeit im Lande selbst leisten konnte, wobei sie nacheinander von den beiden Antipoden Amadeo Bordiga und Antonio Gramsci geleitet wurde, deren Bedeutung weit über die Grenzen Italiens hinausgeht. (Bordiga, in den ersten Jahren Parteisekretär, war in den Jahren nach Lenins Tod wohl der scharfsinnigste und weitsichtigste Kritiker der Politik der Kommunistischen Internationale. 1930 aus der Partei ausgeschlossen, lebt er heute in Neapel als Mitglied einer kleinen Partei, der „internationalen Kommunisten", deren „reine", von einem rigoristischen Marxismus geleiteten Analysen der gegenwärtigen und vergangenen Verhältnisse oft einen heilsamen Verfremdungseffekt auslösen. — Gramsci, in den Jahren 1919—1920 der Theoretiker der Turiner Rätebewegung, verdrängt nach einem Aufenthalt 1922—1923 in Moskau und Wien als Beauftragter der Komintern ab 1924 Bordiga von der Parteispitze, teilt aber schon 1926, im Jahre seiner Verhaftung, partiell dessen Kritik an der neuen russischen Führung. Gramsci hat praktisch-politisch im ersten antifaschistischen Block während der Matteotti-Krise, wo er die PCI einer Koalition der demokratischen Restauration [dem Gegen-Parlament auf dem römischen Aventin] beitreten ließ, und theoretisch in der kleinen Schrift über die süditalienische Frage [1926] sowie in den zwischen 1929 und 1935 im Zuchthaus entstandenen theoretischen Fragmenten, den „Quaderni dal carcere", in groben Umrissen die bis heute geltende Linie der PCI vorweggenommen. Ihn aber darauf zu reduzieren, hieße nur, sich den Anregungen für die eigene politische Praxis zu sperren, die so überreich aus der Lektüre Gramscis erwachsen können.)

Als eigentliche Geburtsstunde der heutigen Kommunistischen Partei Italiens kann der Spanienkrieg ab 1936 angesehen werden, an dem die emigrierten Kader der PCI in den internationalen Brigaden maßgeblich teilnehmen, quasi als Vorbereitung auf den 1943/44 einsetzenden antifaschistischen Widerstandskampf gegen die deutsche Okkupationsmacht und die Mussolinische Satellitenrepublik in Oberitalien, in dem die Kommunisten mit zu den hauptsächlichen Organisatoren des Partisanenkampfes gehören. In dieser Zeit entsteht die PCI als Massenpartei, als Partei neuen Typus. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine Doppelgleisigkeit zu bemerken, für die die kommunistische Politik im Spanien-

krieg quasi Modellfunktion hat: Während auf der militärischen Seite ein Teil der Kader organisatorisch-politisch die Partisanenkämpfe führt und zugleich dabei die Mitgliederbasis verstärkt, beteiligt sich ein Teil der Parteispitze an der Regierungskoalition, weniger aber mit dem Ziel, diese Position in einer weitgespannten revolutionären Klassenkampfstrategie auszubauen als vielmehr, davon ausgehend, zunächst eine breite Basis für die Politik einer progressiv-demokratischen Erneuerung auszubauen. Nicht Lenin mit der Parole von der Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg steht hier Pate, sondern die Vorstellung, die in der italienischen Einigungsbewegung des 19. Jahrhunderts, dem Risorgimento, versäumte demokratische Revolution jetzt nachzuholen. Nicht die Oktoberrevolution, sondern die Französische Revolution soll zunächst in Italien verwirklicht werden. In diesem Sinne wird die Widerstandsbewegung als Volksbefreiungsbewegung auch heute noch, und gerade heute wieder, interpretiert.

Die PCI wird von vornherein nicht mehr als Klassenpartei konstituiert, obwohl nie versäumt wird, der Arbeiterklasse als „hegemoner Klasse" rhetorische Reverenzen zu erweisen. Die PCI wird zur Volkspartei, zur Partei des Klassenbündnisses zwischen Arbeitern, Bauern und „produktivem" Mittelstand. Togliatti schreibt bereits 1944, in der ersten Nummer der Parteizeitschrift „Rinascita", daß die „neue Partei eine Partei der Arbeiterklasse und des Volkes" ist, und fährt fort: „Wenn wir von der neuen Partei sprechen, verstehen wir darunter vor allem eine Partei, die fähig ist, in ihre Politik, in ihre tägliche Aktivität den tiefen Wechsel zu übertragen, der sich in der Stellung der Arbeiterklasse gegenüber den Problemen des nationalen Lebens ergeben hat. Die Arbeiterklasse hat ihre nur oppositionelle und kritische Position der Vergangenheit aufgegeben und beabsichtigt heute, neben den konsequent demokratischen Kräften eine leitende Funktion im Befreiungskampf des Landes und für den Aufbau eines demokratischen Regimes zu übernehmen." Die Partei wird also, bei ihrer praktischen Neugründung auf italienischem Boden, nicht aus der Opposition, sondern aus der Kollaboration heraus geboren. Aus dem Verständnis der PCI in den Jahren der Regierungskoalition bis 1947 können wir auch den Schlüssel zur heutigen Politik dieser Partei finden. Zunächst einmal ist die Partei selbst in ihrer radikaldemokratischen Gangart wenig konsequent. Mindestens zwei oberfaule Kompromisse sind in den ersten Jahren zu verzeichnen. Der eine besteht in dem Eintritt in die königlich-italienische Regierung, wodurch die schon 1943/44 mögliche Ausrufung der Republik verschoben wird. Die Monarchie war durch die Stützung des faschistischen Regimes so kompromittiert, daß selbst Churchills Intervention sie nicht hätte halten können. Ein weitaus gewichtigerer Fehler wird von den Kommunisten begangen, als sie in der verfassungsgebenden Versammlung zusammen mit der Democrazia Christiana und gegen die Sozialisten und laizistischen bürgerlichen Parteien für die Beibehaltung des 1929 zwischen Mussolini und dem Vatikan abgeschlossenen Konkordats stimmen. Dieses Konkordat räumt der katholischen Kirche in Italien eine Machtposition, besonders im Schulwesen, ein, die sie in den vergangenen Jahren bis zum heutigen Tage im vollen Bewußtsein ihrer politischen Möglichkeiten auch konsequent weit über die ihr im Konkordat zugestandenen Rechte ausgenützt hat. Damit haben aber die Kommunisten einmal ihrem Gegner kampflos wichtiges Terrain überlassen, von dem aus sie in den Jahren des Kalten Krieges auch massiv attackiert wurden, zum andern aber haben sie den — im Rahmen eines kapitalistischen Systems sich abspielenden — Prozeß der demokratischen Erneuerung an einer wichtigen Stelle abgewürgt.

Nichtsdestoweniger wird von den Kommunisten die Verwirklichung der Verfassung von 1947 als eine Grundbedingung ihres italienischen Weges zum Sozialismus (wer denkt da nicht an Stalins Programm vom Aufbau des Sozialismus in einem Land?) angesehen. Durch Demokratie zum Sozialismus, ist ihre Parole. Tatsächlich ist die italienische Verfassung weitaus progressiver als die der Bundesrepublik. Sie ist als Ganzes Ausdruck des widersprüchlichen Geistes der an der Widerstandsbewegung beteiligten Gruppen. Sie gründet die italienische Republik auf die Arbeit, aber sie schützt das Privateigentum. Sie tritt für Planung und mögliche Verstaatlichungen ein, aber sie ermuntert die Privatinitiative. Sie sieht die Bildung von Regionalregierungen vor, die bis heute nur in einigen, meist gemischtsprachigen Gebieten verwirklicht ist. Sie ist im Grunde mehr Garantie für den notwendigen Modernisierungsprozeß des italienischen Kapitalismus als Verheißung eines Übergangs zum Sozialismus.

Die Jahre des Kalten Krieges haben die italienischen Kommunisten in die Opposition getrieben und haben die Partei auch mehr radikalisiert als die Zeit der Zusammenarbeit in der Regierung De Gasperi. Diese Radikalisierung wurde nicht nur durch die uns bekannten außenpolitischen Ereignisse bewirkt, sondern vor allem durch einen verschärften Klassenkampf von oben. Gegenüber den Plänen der Kommunisten für den Wiederaufbau und die Modernisierung des italienischen Kapitalismus setzte sich die im Winde des Marshallplans segelnde centro-destra-Richtung durch. Mit der centro-sinistra-Regierung und dem Abflauen des Kalten Krieges in Europa ergibt sich für die Kommunisten wieder die Möglichkeit, an ihre Pläne der unmittelbaren Nachkriegszeit anzuknüpfen, um ihr Programm der Strukturreformen zu verwirklichen.

Die PCI greift zwar die Regierung des centro-sinistra an, aber nur, weil diese ihr Programm so inkonsequent durchführt. Zugleich mit der ersten centro-sinistra-Regierung setzt die PCI eine Kampagne für eine „Wendung nach links" ein, die sie mit wachsendem Eifer und unleugbarem taktischem Geschick führt. Sie gibt sich mit einem Minimalprogramm zufrieden und fordert bestenfalls (so Longo in einem Interview) die Nationalisierung der pharmazeutischen Industrie sowie des Chemie-Konzerns Montecatini. Die vom centro-

sinistra begonnene wirtschaftliche Programmierung soll als „demokratische" Programmierung verstärkt werden, um die Macht der Monopole zu brechen, die — in Italien besonders mächtigen — staatlichen und halbstaatlichen Industrien sollen zur weiteren Erschließung des Südens und zur Stützung der mittleren und kleineren privaten Industrien eingesetzt werden, und die Landreform soll im Interesse der kleinen Landwirte und der Landarbeiter weiterbetrieben werden. Nicht der Kapitalismus soll beseitigt werden, sondern seine rückständigen Auswüchse und — seine für heute bestimmende monopolistische und oligopolistische Organisation. „Wir schlagen nicht die Liquidierung des Profits vor" — so Longo in einem Interview —, „sondern der Positionen der Grundrente und des Überprofits. Jeder Unternehmer, der sich im Rahmen der großen Zielvorstellungen des Plans bewegt, soll die Garantie für einen angemessenen Profit erhalten." Nach den Vorstellungen der PCI-Führung soll im Kampf für eine neue Mehrheit außer der kämpferischen Bewegung der Volksmassen das Parlament eine hervorragende Rolle spielen. Die von Ingrao, Gruppi und vielen anderen betriebene Revision von Lenins „Staat und Revolution", von der Barba berichtet, hat als konkreten Hintersinn die Aufwertung der parlamentarischen Praxis, wobei dem Parlament insgeheim eine Funktion angedichtet wird, wie sie die Parlamente als Kampfinstrumente der aufsteigenden Bourgeoisie gegen die untergehende absolutistische Monarchie hatten.

Die Frage nach der Macht im Staat wird damit umgangen. Tatsächlich wird man in den PCI-Publikationen vergeblich nach konkreten Analysen der realen Machtverhältnisse Italiens suchen. Im Kampf um die neue Mehrheit im Parlament bewegt sich die PCI an allen Fronten, auf allen Ebenen mit einer Wendigkeit und Unvoreingenommenheit, die atemberaubend ist. Nur ist oft schwer zu ersehen, wo die Grenzen zwischen der Wirklichkeit und der Mystifizierung verlaufen. Im „Dialog mit den Katholiken" ist nie ganz ersichtlich, welcher Bevölkerungsgruppe denn eigentlich das Entgegenkommen der PCI gilt, das oft so groteske Formen annimmt wie bei Lombardo-Radice, der die Katholiken damit beruhigen will, daß das theologische Instrumentarium mit Gottvater, Sohn, Heiligem Geist, Erlösung, Gnade etc. im Grunde auch in seinem „marxistischen" System anzutreffen ist. Es entsteht so der Eindruck, daß von dieser Seite mit Vorleistungen aufgewartet wird, die letztlich ohne Konzessionen der Gegenseite bleiben und zu allem Überfluß die schon recht unscharfe eigene Position noch mehr verschwimmen lassen. Daß wachsende Industrialisierung und Verstädterung die traditionellen klerikalen Bastionen des flachen Landes unterspülen, wird wohl eher von den linken Katholiken als von der PCI in eine politische Strategie mit einbezogen.

Zugleich mit diesem Dialog wird eine lebhafte Diskussion von der PCI in Gang gehalten, die dahin zielt, die bisherige Basis der Partei noch zu erweitern. Sie gruppiert sich um zwei Exponenten der PCI-Führung, Amendola und Ingrao. Amendola schlägt eine große sozialistische Partei vor, die in Wirklichkeit ein Kartell sämtlicher Parteien von der PCI bis zu den Sozialdemokraten umfassen würde. Ingraos Plan geht dahin, die katholischen Arbeiter, die sich bisher an der linken Democrazia Christiana orientierten, in eine große sozialistische Partei hineinzuführen. Wieweit diese Vorstellungen sich verwirklichen oder nur Planspiele bleiben, ist schwer zu sagen. Neu sind sie auf keinen Fall. Bereits im Jahre 1946, auf dem fünften Parteitag der PCI, schlug Longo eine Einheitspartei der italienischen Arbeiterklasse (verbündete Bauern und Mittelständler natürlich eingeschlossen) vor und berief sich ausdrücklich auf die Labour Party und die sozialistische Partei Belgiens als Vorbilder für eine föderativ strukturierte Partei.

Unklar bleibt freilich, ob es der PCI gelingen wird, unter den jetzigen Verhältnissen wieder regierungsfähig zu werden. Wenn sie sich auch innenpolitisch als ein noch stabilisierenderes Element ausnehmen würde, als sie es bereits jetzt als loyale parlamentarische Oppositionspartei ist, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß es sich um eine Partei mit starkem internationalem Engagement handelt. Der Internationalismus der PCI, und das ist die „revolutionäre" Seite dieser Partei, äußert sich in der Solidarität gegenüber nationalen Befreiungsbewegungen. Ein letzter Ausdruck dafür ist die wiederholt geäußerte Meinung führender Parteiführer, sich notfalls für die Bildung internationaler Brigaden unter Beteiligung von Italienern in Vietnam einzusetzen. Hier schlägt die Tradition der Volksbefreiungsbewegung wieder durch. Merkwürdigerweise scheint diese Art der Aktivität sich teilweise aus einer Art Rückversicherung nach hinten zu erklären. Es wird ausgegangen von einer Solidarität der unterentwickelten Völker, zu der die PCI Italien in diesem Fall zu zählen scheint, obwohl die ökonomische Entwicklung der letzten zwanzig Jahre Italien zu einem der höchstentwickelten Industrieländer der Erde gemacht hat. Dieses internationale Engagement der PCI dürfte wohl eines der Haupthindernisse sein, das selbst bei einer günstigeren innenpolitischen Konstellation den Eintritt dieser Partei in eine italienische Regierung verhindern wird.

Als antifaschistische, antiimperialistische, antimonopolistische demokratische Volkspartei beweist die PCI freilich in Theorie und Praxis eine durchgängige Kohärenz. Sie ist gut organisiert, um noch einige Jahrzehnte im parlamentarisch-demokratischen Kräftespiel Italiens kraft ihres Eigengewichtes eine entscheidende Rolle zu spielen. Fast unmöglich erscheint es freilich, daß sie es je fertigbringen wird, in ihrer jetzigen Form und mit dem jetzigen Programm durch demokratische Reformen friedlich eine sozialistische Gesellschaft zu errichten. Die wachsende internationale Kapitalverflechtung macht isoliert nationale Lösungen immer mehr zur schlechten Utopie. Die gegenwärtige PCI-Führung scheint sich aber im Gewirr der falschen Vermittlungen des nationalen Überbaus so häuslich eingerichtet zu haben, daß sie dem, was an der Basis sich zuträgt, nur wenig Beachtung zu

schulden glaubt. Die Zahl der Arbeiter unter den Mitgliedern der PCI sinkt ständig, das Maß der politischen Desorientierung unter den Verbliebenen wächst. In den Leserbriefen an die „Unità" künden sich Zweifel an der politischen Linie der Partei an, aber stets wird der Briefsteller priesterlich von einem Parteiintellektuellen wieder an die Erfolge, die acht Millionen Wähler, die unermüdliche tägliche Arbeit erinnert. Eine merkwürdige Verschiebung der Fronten kündigt sich an: Der Priester geht in die Fabrik, während sich der Intellektuelle einer einstmals revolutionären Partei zum Priester macht. Vielleicht aber erwächst aus dieser Hybris eine fruchtbarere Krise, die dem italienischen Arbeiter zeigt, daß er seine eigene Befreiung nur selbst betreiben kann, und nur dann selbst, wenn er mit seinen anderen europäischen Klassengenossen nach dafür adäquaten Instrumenten forscht.

Die Strategie der direkten Aktion

Michael Vester

„Da treten viele auf, als seien Kanonen auf sie gerichtet, während nur Operngläser auf sie gerichtet sind." (Brecht)

In Zeiten, da die Opposition sich mit der Obrigkeit vereinigt, reagieren die von der Mitwirkung Ausgeschlossenen typisch auf zwei Weisen: mit Apathie oder mit Anarchismus. Die Arbeiterdichtung beschreibt heute nicht mehr die solidarische Erhebung, sondern die allgegenwärtige bürokratische Vormundschaftsgewalt, gegen die isolierte einzelne blind und vergebens rebellieren. Soziale, pazifistische und politische Protestbewegungen fordern „direkte Aktion". Darin steckt die berechtigte Kritik, daß das auch von der Arbeiterbewegung übernommene Repräsentativsystem sich notwendig zu einem autoritären Paternalismus verselbständigen mußte: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein."[1]

Der Unzugänglichkeit der politischen Kommandostellen entspricht die Apathie der Untertanen als Ausdruck der Unterwerfung und zugleich der Nichtidentifikation mit der Obrigkeit. Protest und Unterwerfung mischen sich aber auch in einer typischen Entartungsform der „direkten Aktion": der direkten Entladung der Entrüstung im blinden Aktivismus. Die bloße Demonstration von Gesinnung verändert die Gesellschaft nicht. Sie kanalisiert sich durch die Ventile, die das Establishment weise für jene bereithält, die unbedingt Dampf ablassen müssen. Gesinnungsethik, die über ihrem Ziel die adäquate Mittelwahl vergißt, schmeichelt dem Narzißmus des reinen Gewissens durch verantwortungslose Pseudoradikalität.[2])

1. Direkter Kontakt: Dialog statt Monolog

„Außer der Gesinnung sind erwerbbare Kenntnisse nötig und erlernbare Methoden." (Brecht)

Die aktivistische Illusion besteht darin, daß der abgelassene Dampf auf geheimnisvolle Weise die Maschine der Demokratisierung antreibt. Sie beruht auf der zu simplen Annahme einer allgemeinen Öffentlichkeit, in der eine „Masse" isolierter Individuen wahllos und gläubig alle Inhalte von Rundfunk, Fernsehen, Tagespresse und Illustrierten in sich aufnimmt. Damit unterwerfen die blinden Aktivisten sich den Illusionen der herrschenden und verbotenen Parteien. Ihre Unentwegtheit verdankt sich dem blinden Aberglauben an spektakuläre Kongresse, Prozessionen mit Transparenten, Flugblattaktionen, Sprechchöre, Pressenotizen, Unterschriften, Litfaßsäulen, Picknicks auf Straßenbahnschienen und geharnischte Resolutionen.

Die soziologische Empirie bestätigt dagegen, daß formelle Medien und Kontakte die Meinungen der Menschen in der Regel nicht ändern: sie werden so selektiert und rezipiert, daß sie die schon vorhandenen Meinungen bestätigen oder bestärken.[3]) Diese Dispositionen entstehen zunächst in den charakterbildenden Kindheitsjahren und erfahren später durch informelle persönliche Kontakte ihre besondere Artikulation. In jeder sozialen Gruppe und für jedes Thema gibt es sog. „opinion leaders", auf deren Einfluß die meisten Meinungsänderungen zurückgehen.[4]) Diese meinungsbildenden Menschen orientieren sich weniger an Massenmedien als an spezifischen Medien wie politischen Wochenschriften, Nachtprogrammen und direkten Kontakten mit politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen; sie wissen Antworten auf die Fragen der Arbeit, des Konsums oder der Politik, die alle bewegen. Ihr Bereich sind die „primären Publiken", die informellen und persönlichen Kommunikationsnetze, die in der gesellschaftlichen Situation am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft usw. bestehen. In den opinion leaders der Arbeitnehmer kristallisiert sich potentiell jene schichtspezifische Lebensphilosophie, die der Rätekommunist Antonio Gramsci und die englische Neue Linke als Arbeiterkultur bezeichneten.[5]) Primärpubliken gibt es für jede Schicht, jedes Thema und jede Meinung; sie sind die Basis demokratischer Willensbildung.

Die oben beschriebenen Aktionsformen erreichen diese Adressaten nicht. Als Selbstbestätigung der schon Überzeugten ersetzen sie nicht das persönliche Argument mit den Gleichgültigen und Skeptischen, auf die es in der Demokratie ankommt. Die bereitwillige Benutzung von Ablaßventilen offenbart nur die geringe Zahl und Erfahrung der Berufsprotestniks.

2. Direkte Erfahrung: das Engagement der Betroffenen

„Nicht nur die Leute einer bestimmten Gesinnung muß man ansprechen, sondern die Leute, denen diese Gesinnung auf Grund ihrer Lage anstünde."
(Brecht)

Persönlicher Kontakt allein garantiert noch kein politisches Engagement. Das mußten jene englischen Ostermarschierer erfahren, die mit Rüstungsarbeitern und konservativen Hausfrauen diskutierten und Polaris-Stützpunkte belagerten. Rüstungsarbeiter sind an ihrem Arbeitsplatz, Hausfrauen an Preisen und Mieten interessiert; über Stützpunkte entscheidet nicht ihre Besatzung, sondern das Parlament.

Das Bewußtsein der Abhängigen ist nun einmal vornehmlich auf den Horizont ihrer Alltagserfahrungen beschränkt, die ihnen genug zu schaffen machen. Eine repräsentative Untersuchung hat ergeben, daß nur 1% der befragten Industriearbeiter dem Unternehmer die Alleinverfügung über den Betriebsgewinn zugestehen. Wird dieselbe Frage nicht konkret auf den Betriebsgewinn, sondern abstrakt auf die „Änderung der Eigentumsordnung" bezogen, so ist das Ergebnis umgekehrt: nur 2% sind für Änderung, und drei Viertel gleichgültig.[6]) Apathie und konkretistisches Denken können also nicht durch allgemeine Appelle oder bloße Schulung überwunden werden.

Die politische Isolierung des Ostermarsches und der DFU bestätigen die Apathie der Menschen gegenüber der großen Politik. Es genügt nicht, daß die breite Bevölkerung demokratisch und pazifistisch fühlt. Die Motive dafür, diese Sentiments in Handeln zu übersetzen, können nicht durch Gesinnungsappelle geweckt werden. Die verbreitete Meinung, daß es sich „ja doch nicht lohnt", muß zuerst im Bereich des alltäglichen Existenzkampfes, wo radikale Ansichten am ehesten entstehen, geändert werden.

Direkte Aktion beginnt als kleine Politik, beim Engagement im täglichen Existenzkampf, den die Menschen aus Not führen müssen. Ihre Notwendigkeit ergibt sich aus einer spezifischen und konkreten Situation, deren Unerträglichkeit von den Betroffenen eingesehen werden kann. Direkte Aktion ist immer freiwillige Aktion der Betroffenen selbst, nicht aktivistischer Minderheiten, die nur die Rolle von Katalysatoren spielen können. Normenerhöhungen, Automations-Entlassungen und persönliche Schikanen waren die Anlässe ausgedehnter wilder Streiks in England — die dort übrigens legal sind.[7]) Direkte Aktionen ohne hinreichenden Grund führten dagegen zu Rückschlägen. Als bei Ford die Vertrauensleute — in der Fabrik Dagenham ausnahmsweise kommunistisch beherrscht — ohne Anlässe und aus blindem Aktivismus laufend wilde Streiks ausriefen, konnte Ford die gesamte Vertrauensleute-Organisation zerschlagen, indem er sie entließ. Da die Arbeiter nicht mehr hinter den Vertrauensleuten standen, erzwangen sie auch nicht — wie andernorts — ihre Wiedereinstellung.

In München ist kürzlich ein Flugblatt erschienen, das auf die Klassenverhältnisse und die Notwendigkeit direkter Selbsthilfe der Arbeitnehmer hinwies. Es war erfolglos und mißverständlich, weil es nicht die Sprache der Betroffenen und ihrer konkreten Situation sprach, sondern mit doktrinärer Sprache nur allgemeine Grundsätze verkündete. Die englischen Beispiele zeigen, daß eine gute Sache auch mit guten Mitteln vertreten werden kann. Da in Deutschland wilde Streiks illegal sind, d. h. mitunter nicht nur den Arbeitsplatz, sondern auch Existenz und Freiheit kosten können, müßte hier der Schwerpunkt mehr bei formal legalen Streiks, z. B. dem Langsamarbeiten, liegen, die ja dieselbe Wirkung haben.

An welchen Interessen und Situationen anzusetzen ist, zeigen die direkten Aktionen für eine Reform der Sozial- und Rassengesetzgebung in den USA. Am Anfang standen nicht Demonstrationen und Spruchbänder, sondern der Bus-Boykott von Birmingham, in dem Tausende schwarzer Amerikaner viele Monate lang zu Fuß zur Arbeit gingen. Später kamen sit-ins von Studenten in segregierten Restaurants und die mit blutigem Terror beantworteten Versuche, schwarze Wähler zu registrieren, die durch Bildungszensus, Wahlsteuern und Einschüchterung um ihr Wahlrecht betrogen werden. Schließlich begannen im Norden die studentischen „Ghetto-Projekte" mit dem — auch in England praktizierten — Hauptkampfmittel des Mietstreiks. Die Studenten ermittelten durch Besuche bei jeder einzelnen Familie in den Elendsvierteln, ob die gesetzlichen Wohnbedingungen erfüllt waren; Verletzungen der Gesetze rechtfertigten Mietstreiks.[8])

Die amerikanischen Erfahrungen lassen sich nicht ohne weiteres auf Westeuropa übertragen. Denn in den USA handelt es sich um eine Volksbewegung von Unterprivilegierten, die noch nicht durch eigene Organisationen geschützt waren. Bei uns haben die Gewerkschaften die sozialen Protestbewegungen wesentlich monopolisiert; man kommt nicht an ihnen vorbei und wird genötigt sein, ihre unteren Ränge zu stärken. Hier kann an die Politik der IG Metall und der IG Chemie angeknüpft werden, die den Belegschaftsvertretungen gegenüber den mittleren Rängen der Gewerkschaftsbürokratie mehr Rechte und mehr Selbstbewußtsein verleihen will.

Erfolgreiche direkte Aktionen an Universitäten setzen ebenfalls einen allgemein fühlbaren Mißstand voraus; sie werden typisch um Stipendien, Wohnheime, Mensaessen oder Redeverbote geführt und sind daher ebenfalls Aktionen der Betroffenen selbst, und zwar ihrer großen Mehrheit. So konnten im Wahljahr 1957 Studentendemonstrationen die Forderung des VDS nach dem Honnefer Modell erfolgreich stützen. Solche Aktion von Studenten ist jedoch etwas anderes als ihr politisches Engagement, auf dessen spezifische Organisationsform, den teach-in, noch einzugehen ist.

3. Direkte Kritik: das Engagement des Gegners

„Wer seine Lage erkannt hat, wie sollte der aufzuhalten sein?" (Brecht)

Direkte Kontaktaufnahme und das Ansetzen an direkten Erfahrungen garantieren noch nicht den Erfolg. Die Aktionsform selbst kann nicht willkürlich gewählt werden, sondern muß sich logisch aus der zu bekämpfenden Unrechtssituation ergeben. Direkte Aktion ist nur dann adäquat, wenn sie zugleich Argument ist und nie Repressalie. Sie soll nur den Unterdrücker selbst treffen und das Publikum gegen diesen einnehmen. Ein verkehrsbehindernder Sitzstreik oder ein Straßenbahnerstreik, der den Transport unterbricht, erreicht das Gegenteil. Die Pariser Metro streikt, indem sie das Publikum transportiert, ohne zu kassieren. Der Bummelstreik der italienischen Zöllner traf nur den Warentransport und nicht die Zivilreisenden.

Ein sit-in in einem segregierten Restaurant, ein Bus-Boykott, ein Mietstreik gegen Elendswohnungen, ein Vorlesungsstreik gegen Redebeschränkung, ein teach-in, eine Arbeitsniederlegung gegen Entlassungen oder Normenerhöhung, Nach-Vorschrift-Arbeiten — das sind Argumente, die keiner weiteren Erklärung bedürfen. Direkte Aktion ist nur als passiver Widerstand sinnvoll und erfolgreich. „Civil disobedience" ist gewaltlos und rein defensiv wie jede Gehorsamsverweigerung: eine Gruppe von Menschen macht einfach nicht mehr mit, weil sie am demokratischen Mitmachen gehindert ist. Ihr Erfolg beruht darauf, daß der Ungehorsam am Ort des Unrechts, an strategisch empfindlichen Punkten der Gesellschaft ansetzt, an denen das Mitmachen unerläßlich ist, weil sonst ein Teil des Systems zusammenbricht. Vorbild jeder direkten Aktion ist der Streik und ihr Vorläufer, der Anarchismus und der Syndikalismus.

Motiv der „Gewaltlosigkeit" ist keineswegs nur die moralische Idee der milden Nächstenliebe, sondern ihre größere „Schlagkraft". Eine Bewaffnung der Neger im amerikanischen Süden wäre in der Tat „billiges Revoluzzertum", weil sie, wie jede andere gewaltsame direkte Aktion, an der militärisch und bürokratisch bewaffneten Staatsgewalt scheitern muß (vgl. G. Amendt, Die Studentenrevolte in Berkeley, neue kritik 28). Direkte Aktion wählt immer die schwächste Stelle des Gegners aus; diese liegt heute auf dem Gebiet der physischen Gewaltlosigkeit.

Direkte Aktion beginnt strikt immanent bei den inneren Widersprüchen des Systems, durch deren Sprengkraft sie Veränderungen bewirkt. Das Arbeiten nach Vorschrift in seinen phantasievollen Variationen beweist, daß die traditionelle Vorgesetztenhierarchie sinnlose Anordnungen macht und daß die Belegschaft selbst ihren Betrieb viel effektiver verwalten kann. Es zeigt, daß nicht die Arbeiterselbstverwaltung, sondern die hierarchische Betriebsautorität „utopisch" ist.[9])

Die erwähnten Beispiele direkter Aktionen können nicht als Patentrezepte unmittelbar auf unsere Wirklichkeit übertragen werden. Sie sollen nur als Modelle verdeutlichen, daß direkte Aktionen stets aufs neue aus der konkreten Situation entwickelt werden müssen, die sie ändern wollen. Ihre Erfolgschance hängt von der Erkenntnis der Lage ab, die in jedem konkreten Falle anders ist.

4. Direkte Steigerung des Engagements

„Die heutige Welt ist den heutigen Menschen nur beschreibbar, wenn sie als eine veränderbare Welt beschrieben wird." (Brecht)

Die direkte Aktion ist die Fortsetzung des Existenzkampfes mit anderen Mitteln. Ihre Immanenz ist die Voraussetzung des Erfolgs, der Erfolg die Voraussetzung des Engagements. Das wußten die anarchistischen Bauern von Sizilien, die sagten: Unsere Gemeinde kann nicht ganz Italien den Krieg erklären.[10])

Erst die Aussicht auf Teilerfolge, die Einsicht in die Veränderbarkeit der Welt, läßt das Engagement lohnend erscheinen. Der Horizont der Apathischen weitet sich erst aus, wenn sie ihren alltäglichen Existenzkampf durch Praxis begreifen lernen. Erst der Erfolg der begrenzten Aktion hat in den USA die Unterprivilegierten zu weitergreifenden Zielsetzungen beflügelt. Der Protest potenzierte sich schließlich so, daß in den Großstädten gewaltige Massenkundgebungen stattfinden konnten, die sich des Engagements breiter Bevölkerungsgruppen sicher waren und nur deshalb Regierung und Kongreß beeindrucken konnten. Aus der geduldigen Apathie wuchs die ungeduldige Parole Martin Luther Kings: Wir können nicht mehr warten![11])

Ohne allmähliche Steigerung des Engagements und der Zielsetzungen sinken direkte Aktionen in die Apathie zurück, aus der sie kamen. Mißerfolge demoralisieren. Daß direkte Aktionen in ihrem fortgeschrittenen Stadium der Ergänzung durch politische Aktionen bedürfen, ist eine Lehre der wilden Streikbewegungen in England und der Untersuchung Rosa Luxemburgs über den Massenstreik.[12])

Eine Politik, die mit abstrakten politischen Appellen beginnt, zäumt das Pferd von hinten auf. Aber auch das abstrakte Gegenteil des abstrakten Appells, die Ablehnung jeder Ausweitung des Existenzkampfes, ist zum Scheitern verurteilt. Der zwölfwöchige wilde Streik in den British Light Steel Pressings brach zusammen, weil die Solidarität der Nachbarbetriebe gegen Streikbrecher und für Streikgelder nicht voll gesichert war.[13])

Angesichts der nationalen und internationalen Wirtschaftsverflechtung und angesichts der hierarchischen Organisation der Macht im Kapitalismus muß der Anarchismus, der auf überbetriebliche Organisation verzichtet, an sich selbst scheitern. Die Bürokratisierung der überbetrieblichen Organisation kann durch die Prinzipien der Kollegialität und Rotation aufgehalten werden; sie ist nur unter bestimmten Verhältnissen unvermeidbar.

Der Kampf um die Demokratie muß überall dort geführt werden, wo ihre Gegner ihn führen. Die direkte Aktion ist in einer durchorganisierten bürokratischen Gesellschaft

(auch im Osten) nur als Grundlage einer umfassenden Strategie möglich, die, im Gegensatz zum orthodoxen Anarchismus und Syndikalismus, die etablierte Herrschaft auch auf den höheren wirtschaftlichen und politischen Ebenen in Frage gestellt. Dies hat zuletzt Prof. G. D. H. Cole, Organisator und Theoretiker der gildensozialistischen Rätebewegung in England, betont:

„... die Basis meines Sozialismus war die tiefe Überzeugung vom Wert und vom freien Willen des Individuums, und ich habe jede Massenbewegung herzlich verabscheut, die mir seine Wichtigkeit zu unterschätzen oder zu leugnen schien ... Es überrascht mich, wie wenig Gedanken wir damals auf die höheren Ebenen der Kontrolle verwandten, besonders auf die Kontrolle über Investitionen ...

Ich bin überzeugt wie je, ... daß der Sozialismus nur auf das Fundament des Vertrauens in die Fähigkeit der gewöhnlichen Menschen, ihre eigenen Angelegenheiten zu verwalten, gebaut werden kann ... Die Massendemokratie ist ... notwendig ungesund, wenn sie nicht in Einheiten zergliedert wird, die ihrer Größe und Kompliziertheit nach normal bewältigt werden können. Wir haben zweifellos viele Irrtümer begangen; aber hier hatten wir recht und unsere Kritiker unrecht."[14])

Cole erklärte auch 1951 die Abwahl der Labour-Regierung aus ihrem Versäumnis, durch Selbstverwaltung in Arbeiter- und Konsumentenräten das Engagement der Bevölkerung zu sichern. Nicht die vorsichtige Delegation der Macht von oben, sondern ihre breite Streuung hätte den „social drive" für weitere Reformen entfacht.

5. Zwei Formen der direkten Aktion

„Ich hab mirs gedacht. Der Prolet soll wieder der Geherda sein. Sie denken sich einen Idealstaat aus, und wir sollen ihn schaffen. Wir sind die Ausführenden, sie bleiben die Führenden." (Brecht)

Subjekt direkter Aktionen sind, je nach Erkennbarkeit der Lage, entweder Gruppen der allgemeinen Bevölkerung oder die Aktivbürger. Demnach lassen sich zwei Grundtypen der direkten Aktion unterscheiden: eine Defensivstrategie, die die Aktivbürger engagiert, und eine Offensivstrategie, die die breite Bevölkerung engagiert.

Die Bevölkerung ist an Gesetzesreformen, Außenpolitik, Abrüstung oder Meinungsfreiheit nur indirekt interessiert. Sie handelt erst, wenn ein sozialer oder politischer Notstand bereits eingetreten ist. Ihre konkretistische Bewußtseinsverfassung ist zwar nicht unabänderlich, aber zunächst als Faktum anzuerkennen, das erst in einer langen Entwicklung, zu der es heute bei uns kaum schon Ansätze gibt, zu ändern ist.

Diese Erkenntnis erlaubt jedoch nicht die Schlußfolgerung, daß die Verteidigung der Demokratie gegen die Notstandsgesetze erst dann beginnen kann, wenn diese praktiziert werden. Denn die Gefahr kann heute schon von der Minderheit der Aktivbürger erkannt und bekämpft werden: von Akademikern, Jugendverbänden, Verbandspolitikern und Gewerkschaftsfunktionären. Ihre Waffe ist einerseits das rationale Argument kompetenter Fachleute, d. h. der Universität, andererseits das Gewicht großer Organisationen, d. h. der Gewerkschaften. Ihre Strategie ist jedoch notwendig defensiv, weil sie die repräsentative Demokratie mit ihren eigenen Mitteln zu verteidigen sucht: durch das Gewicht akademischer, parlamentarischer und bürokratischer Honoratioren. Die Defensivstrategie kann die notwendige Verselbständigung der Repräsentativorgane zeitweilig hemmen und so die Chance für eine Ausweitung der Demokratie bewahren.

Auf die Dauer jedoch sind die Herrschenden auf dem Parkett der Honoratiorenpolitik die Stärkeren. Demokratie ist unteilbar: wenn die politische Demokratie nicht durch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Demokratie ergänzt wird, geht sie zugrunde. Auf diese immanente Tendenz hat vor allem John Strachey hingewiesen.[15]) Die Defensivstrategie muß scheitern, wenn sie darauf verzichtet, die Demokratie durch das Engagement der Bevölkerung in der direkten demokratischen Selbstverwaltung auszudehnen. Die Offensivstrategie ist ungleich schwieriger, aber doch, wie Lukács betont, die einzig mögliche: „Aus der Krise des Kapitalismus kann nur das Bewußtsein des Proletariats den Ausweg zeigen. Solange dieses Bewußtsein nicht da ist, bleibt die Krise permanent, kehrt zu ihrem Ausgangspunkte zurück, wiederholt die Situation, bis endlich nach unendlichen Leiden, nach schrecklichen Umwegen der Anschauungsunterricht der Geschichte den Bewußtseinsprozeß im Proletariat vollendet und ihm damit die Führung der Geschichte in die Hände gibt."[16])

Dieses Selbstbewußtsein der Abhängigen kann nur in ihrer selbsttätigen Praxis entstehen. Die Aktivbürgerschaft darf sich nicht die dirigistische Kommandogewalt einer „revolutionären Vorhut" anmaßen. Ihre Strategie darf sich nicht auf die große Politik beschränken. Politische Praxis, die am alltäglichen Existenzkampf in der Gemeinde und im Betrieb ansetzt, darf nicht als „systemimmanent" oder „unpolitisch" verachtet werden. Die Bevölkerung findet die große Politik mit Recht langweilig, weil sie nicht an ihr teilhat. Der Bann der Verselbständigung der organisatorischen und parlamentarischen Repräsentativorgane kann nur gebrochen werden, wenn die Repräsentierten sich als Gegenmacht konstituieren.

6. Die Strategie des teach-in

„Propaganda für das Denken, auf welchem Gebiet sie immer erfolgt, ist der Sache der Unterdrückten nützlich." (Brecht)

Kern der Aktivbürger sind die Intellektuellen. Ihre Form der direkten Aktion ist hauptsächlich der teach-in, der, als Disput, scharf von den traditionellen Formen akademischen Engagements, von Unterschriften, Kundgebungen und

Pamphleten, abzugrenzen ist. Der teach-in geht von der Erkenntnis aus, daß das Engagement einer gesamtgesellschaftlichen Minderheit nur dann politisches Gewicht hat, wenn es die Mehrheit einer gesellschaftlichen Untergruppe, z. B. der Universität, erfaßt.

In der Diskussion um die politische Rolle der Intellektuellen gibt es zwei Extrempositionen. Die einen erklären die Intellektuellen zu einer Agentur historischen Wandels, die anstelle der Unterklassen und aus eigener Kraft die Gesellschaft demokratisieren kann.[17]) Die anderen halten einzig die politische Aktion der Arbeiterschaft für effektiv; sie unterschätzen damit die Apathie der Arbeitnehmer und die Tatsache, daß in einer bürokratischen Gesellschaft die Intellektuellen strategische Nervenpunkte besetzt halten: in der Beamtenschaft, in den Massenmedien, unter den Städteplanern, in Braintrusts, Parteien und Gewerkschaften, unter Jugendfunktionären und Pfarrern, in Schulen und Universitäten und nicht zuletzt unter den Technikern, Juristen und Ärzten.[18]) Intellektuelle sind ebenso unerläßlich für das Funktionieren des Systems wie Arbeitnehmer. Daher auch der Ruf nach dem hippokratischen Eid der Wissenschaftler, der, neben dem teach-in, eine weitere Möglichkeit der Gehorsamsverweigerung eröffnet.

Entsprechend haben die Intellektuellen die doppelte Aufgabe, sich selbst und die Bevölkerung aus der Apathie ins demokratische Engagement zu führen. Die oben erwähnte Alternative aber ist borniert — wie schon der Tonfall ihrer Vertreter verrät. Politische Demonstrationen bedürfen jedoch eines beträchtlichen Fingerspitzengefühls für die Sensibilitäten des zu überzeugenden Publikums. Hier sind die „teach-ins" der amerikanischen Universitäten, Vorlesungen und Podiumsdiskussionen zur Bürgerrechts- und Außenpolitik, besonders erfolgreich gewesen. So kommentierte am 1. Mai 1965 die Neue Zürcher Zeitung: „Man darf diese ernst zu nehmenden Kritiker nicht mit den ungewaschenen und unrasierten Gesellen verwechseln, die ihre Semesterferien damit verbringen, in ‚Blue Jeans' vor dem Weißen Haus zu hocken und Plakate mit der Aufschrift ‚Get out of Vietnam' herumzuschwenken." Unter dem Titel „Lektion in Demokratie" schrieb die New York Times (13. 5.) zu der großen Podiumsdiskussion in Washington über Vietnam am 15. Mai: „Die Gemeinde der Akademiker hat dem amerikanischen Volk — und seiner Regierung — die dringend benötigte Warnung erteilt, daß demokratische Diskussion zur Verteidigung der Demokratie wichtig und zugleich nützlich ist... Die Akademiker beider Lager benahmen sich mit einer Würde und einem Respekt vor den Tatsachen, die günstig von den Emotionen abstach, die bei Freunden und Kritikern der Regierung gleichermaßen zu oft als außenpolitische Diskussion gelten."

Am Vortage hatte James Reston im selben Blatt betont, daß diese „ernsthafte und verantwortliche Debatte... ein Modell war für das, was in einer großen, demokratischen kontinentalen Gesellschaft erreicht werden kann, wenn moderne Kommunikationsmittel zur Diskussion fundamentaler politischer Fragen benutzt werden. Entscheidend war, ... daß die gesamte Diskussion durch Funk an Universitäten in 35 Staaten übertragen wurde und so die Studenten befähigte, die Diskussion in den kommenden Tagen und Wochen fortzusetzen". Diese neuentdeckte „wichtige Technik ernsthafter Diskussion" sei allen anderen Kommunikationsformen überlegen: „Präsidentenreden haben bisher keine objektive nationale Diskussion der politischen Realitäten ausgelöst. Presse, Radio und Fernsehen haben die politischen Meinungsverschiedenheiten bloß dramatisiert. Die politischen Kongreßdebatten haben nur einseitige und subjektive Handlungsmaximen hervorgebracht. Und, bis zu diesem Wochenende, haben die amerikanischen Studentendemonstrationen mehr Erhitzung als Erleuchtung provoziert."

Entscheidend für Reston ist, daß an die Stelle des Protests die Analyse historischer Alternativen tritt: „Das überregionale Universitätskomitee, das für den teach-in in Washington verantwortlich war, sollte fortgesetzt und finanziell unterstützt werden. Es begann an der Universität von Michigan... und hat sich nun zu einem nationalen Diskussionsforum entwickelt, das von fundamentaler Bedeutung für die Nation sein könnte."

Die Universität von Michigan ist eine Hochburg des amerikanischen SDS, der gewerkschaftlich geförderten „Students for a Democratic Society". Der Schriftsteller Tom Hayden prägte ihr Programm der „participatory democracy", das in der Negerbewegung, in den Ghettoprojekten, in den teach-ins und dem „Peace Research" zur demokratischen Selbsttätigkeit der Betroffenen führte.[19]) Im SDS sind die radikaldemokratischen „Liberals", zu denen die Linke der Demokratischen Partei und die bedeutendsten Akademiker zählen, gleichberechtigte Mitglieder. Die teach-ins waren erfolgreich, weil sie nie geschlossene Veranstaltungen der schon Überzeugten waren. Politisierend wirkte der analytische Stil und die Breite der Teilnehmer, zu denen seit Jahren auch Regierungs- und Unternehmervertreter gehören.

Ähnlich wie Reston kommentiert der „Guardian" vom 12. Juni 1965 die außenpolitischen teach-ins von London und Cambridge: Der teach-in liefert „eine neue Methode der Kritik, die besser zu unserer Zeit und Zivilisation paßt als die traditionelleren Methoden des Marschierens, der Sprechchöre, der Zerstörung von Botschaftsfenstern oder der Verbrennung von Büchereien. Angesichts der Qualifikation vieler Teilnehmer war es ziemlich borniert, daß das Auswärtige Amt keinen Sprecher geschickt hat . . . Der ‚teach-in' . . . könnte die Universitäten für eine Neueinschätzung ihrer gesellschaftlichen Rolle umstrukturieren". Der Guardian beruft sich ausdrücklich auf Harold Wilsons Aufruf zur Wiederbelebung der Primärpubliken: „Wir wollen ein England, in dem jeder, nicht eine kleine Clique oder Klasse, sich als Teil des Prozesses eines neuen ‚policy making' fühlt . . ., wo

jede Familie, jeder Klub und jede Kneipe ein Miniaturparlament ist, das die Tagesfragen aufwirft." Die Lücke, die dieses leere Versprechen ließ, füllt überraschend die Universität.

Der Vorrang der sachlichen Kontroverse um die Analyse der Fakten erklärt auch den Erfolg der Berliner Podiumsdiskussionen, an denen z. B. Freunde und Gegner der amerikanischen Vietnampolitik teilnahmen. Um akzeptiert zu werden, muß die Kritik die akzeptierten Spielregeln der akademischen Diskussion beachten. Wie die direkte Aktion der Bevölkerung dem praktischen Existenzkampf immanent ist, so ist die direkte Aktion der Aktivbürger der theoretischen Kontroverse immanent — oder erfolglos.

Die amerikanischen teach-ins beweisen, daß Diskussionsbereitschaft keineswegs zur Verwässerung dezidierter Ansichten in faulen Kompromissen führen muß. Vielmehr schärft sich das Argument im Disput, während die bloße Gesinnungskundgebung das Mißtrauen gegenüber der Stärke des eigenen Arguments dokumentiert.

7. Grundsätze der direkten Aktion

> „Denn die Möglichkeit, den Sinn des Geschichtsprozesses als dem Prozeß selbst immanent innewohnend aufzufassen und nicht mehr als transzendente, mythologisierende oder ethische Sinngebung auf ein an sich sinnfremdes Material zu beziehen, setzt ein hochentwickeltes Bewußtsein des Proletariats über seine eigene Lage . . ., also eine lange, vorangehende Entwicklung voraus."
> (Lukács)

Direkte Aktion kann nur Teil einer universalen Strategie der Demokratisierung sein, die an der konkreten historischen Totalität ansetzt. Sie kennt die beiden Variationen des sit-in und des teach-in: der theoretischen Kritik der Aktivbürger und der praktischen Kritik breiterer Bevölkerungsgruppen. Die Ursachen ihres Erfolges faßt das Suffix „in" zusammen: direkte Aktion ist als passiver Widerstand strikt immanent. Sie findet direkt statt am Ort des praktischen Unrechts oder der theoretischen Unrichtigkeit als Gehorsamsverweigerung oder kritisches Argument. Direkte Aktion nistet sich am Herzen der inneren Widersprüche des Systems ein, um die Irrationalität seiner „Logik" zu demonstrieren. Ihre Immanenz transzendiert das System, indem sie seine inneren Widersprüche, durch die es funktioniert, vorantreibt.

Systemimmanent im schlechten Sinne ist der Wortradikalismus, der für Beifall hält, was als sein eigenes Echo von den Wänden seiner geschlossenen Veranstaltungen widerhallt.

Die Erfahrungen der amerikanischen teach-ins und sit-ins lassen sich in vier Prinzipien zusammenfassen:

1. Direkter Kontakt: Geschlossene Veranstaltungen und allgemeine Appelle strahlen nicht aus. Meinungen ändern sich nur im persönlichen Kontakt, in dem die Bedenken der Skeptischen und Gleichgültigen frei geäußert und erwidert werden können.

2. Direkte Erfahrung: Direkte Aktion beginnt bei der konkreten Erfahrung einer theoretischen Unrichtigkeit (teach-in) oder eines praktischen Unrechts (sit-in), das die Menschen ohnehin bewegt. Ihre Resonanz beruht auf dem Respekt vor den Fakten und der Meinung der anderen, auf dem Vorrang der sachlichen Analyse und der Bereitschaft zur Selbstkritik. Sie spricht die Sprache der Betroffenen und ihrer Situation, um alle potentiellen Parteigänger zu engagieren. Ihr Publikum und ihr Argument sind nie allgemein und immer spezifisch: die Wahrheit ist konkret.[20] Eine gesamtgesellschaftliche Minderheit ist nur als Mehrheit einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, einer Belegschaft oder der Studentenschaft, ein politischer Faktor.

3. Direkte Kritik: Direkte Aktion engagiert ihren Gegner am Ort des Unrechts oder der Unrichtigkeit, an dem die Betroffenen selbst die Gefolgschaft verweigern. Sie stört das System an einem strategischen Punkte, indem sie die inneren Widersprüche der praktischen Herrschaft durch den sit-in und der theoretischen Herrschaft durch den teach-in in Bewegung bringt. Die Teilnahme des Gegners an der Kontroverse, z. B. der Regierung an teach-ins, und die gewaltlose Form des passiven Widerstands erzeugen Resonanz auch unter Apathischen und Skeptischen.

4. Direkte Steigerung. Die erste Stufe der direkten Aktion ist die Debatte an der einzelnen Universität oder der Konflikt am Arbeitsplatz oder anderen Punkten des Existenzkampfes. Erst solche Teilerfolge beflügeln zum Engagement im Kampf um höhere gesellschaftliche Machtpositionen. Spitzenveranstaltungen, die nicht vom Impuls eines breiten Protests an der Basis getragen sind, werden totgeschwiegen wie der Bonner Kongreß. Direkte Aktion ist also die unerläßliche Basis, aber nicht der gesamte Inhalt des Kampfes um volle Demokratie.

8. Direkte Aktion und Notstandsgesetze

Solange die Notstandsgesetze nicht praktiziert werden, kann die Position der Verfassungsgeber hauptsächlich nur von den Aktivbürgern verteidigt werden. Da die Gesetze vom Parlament, letztlich also von der SPD angenommen werden, ist ihr adäquatestes Kampfmittel jenes, das Abgeordnete beeindruckt: das Fachurteil akademischer Honoratioren und der Druck großer Interessenverbände.

Die Notstandsgesetze sind unter dem Druck der Gewerkschaften, die die SPD an ihre 4% linken Grenzwähler erinnerten, aufgeschoben worden. Unterschriftensammlungen und Kundgebungen hatten geringeres Gewicht. Die Möglichkeit, daß einige studentische und gewerkschaftliche Verbandsspitzen diesen Erfolg erringen konnten, beruht auf der Sondersituation des Wahlkampfes und wird sich nicht mehr wiederholen. Der Ausgangspunkt, Studentenverbände, Gewerkschafter und Professoren als Kern des Widerstandes zu einigen, bleibt richtig. Aber künftig werden akademische Spitzenveranstaltungen und gewerkschaftliche Verlautbarungen nicht mehr ausreichen. Es kommt darauf an, sowohl Gewerkschaftsmitglieder und Akademiker wie Regierung und Parlamentarier in breiterem Umfang zu

engagieren. Dieses Engagement hängt von der Einhaltung der vier Grundprinzipien der direkten Aktion ab.

1. Direkter Kontakt: Die bisherigen Großveranstaltungen hatten die Funktion, die schon Überzeugten in ihrem Engagement zu bestärken. Sie können den Impuls dafür abgeben, vom abstrakten Gesinnungsappell zur konkreten und persönlichen Diskussion in den akademischen und gewerkschaftlichen Primärpubliken überzuleiten und so die bisher schmale Basis zu verbreitern. (Transparente, Sitzstreiks oder Verkehrsbehinderungen können diesen Kontakt nicht herstellen. Die ‚Massen' werden die Verkehrsbehinderungen mißbilligen und nicht demonstrieren. Denn solche Aktionsformen sind, wie im Falle Vietnam, nur geeignet, auf ein unbekanntes Problem überhaupt erst aufmerksam zu machen. Dies ist im Falle der Notstandsgesetze geschehen.)

2. Direkte Erfahrung: Die detaillierte Diskussion, die Studenten und Gewerkschafter engagiert, setzt einen Kern versierter Experten voraus. Dieser existiert trotz jahrelanger Opposition gegen die Notstandsgesetze noch nicht. Er kann jedoch mit Hilfe der verfügbaren Literatur und Rededispositionen sowie der über 200 engagierten Professoren rasch entstehen.

An den einzelnen Universitäten können solche Expertengruppen das demokratische Potential erschließen durch die geduldige Diskussion mit skeptischen und gleichgültigen Studenten und Professoren. Hierzu dienen Podiumsdiskussionen und vor allem Vorlesungszyklen, die von den einzelnen Seminaren neben dem regulären Lehrbetrieb veranstaltet werden und an denen staatsrechtliche und sozialwissenschaftliche Autoritäten teilnehmen. Das Programm des Bonner Kongresses „Die Demokratie vor dem Notstand" kann als Beispiel dienen. Nur durch solche kompetente und tolerante Diskussion kann eine signifikante Minderheit der Universität zur Skepsis oder Ablehnung gegenüber der Notstandsverfassung bewogen werden. Versuche, durch Vorlesungsstreiks Professoren zur Unterschrift und durch Ausschlußdrohungen Studenten zur Teilnahme an Kundgebungen zu bewegen, sind zum Glück aufgegeben worden.

Das Engagement der Gewerkschaftsmitglieder wird in Hessen z. Z. durch Flugblätter nachgeholt, die in anschaulicher Sprache auf die Konsequenzen der Gesetze für das Alltagsleben hinweisen. Dies ist sinnvoll, obschon breiterer Widerstand erst im Notstandsfall möglich werden wird. Es war vor allem richtig, zahlreiche örtliche DGB-Kundgebungen abzuhalten und dort die Arbeiter selbst diskutieren zu lassen.[21]) Zu engagieren sind außerdem andere örtliche Verbände wie die Jungdemokraten.

Schließlich sollte erneut versucht werden, Journalisten zu Sachdiskussionen — u. U. im kleineren Kreis — über die Bedrohung der Pressefreiheit zu gewinnen. Da schriftliche Informationen bisher an der beachtlichen Sachunkenntnis der Journalisten im In- und Ausland nichts geändert haben, bleibt nur noch die Möglichkeit persönlicher Diskussion, der sie sich nicht so leicht entziehen können.

3. Direkte Kritik: Wenn das Potential der Notstandsgegner besser erschlossen wird, können die Notstandsfreunde sich der Diskussion ebenfalls nicht mehr so leicht entziehen wie bisher. Freilich haben die meisten örtlichen Gewerkschafts- und Studentengruppen es bisher versäumt, ihre Abgeordneten, die sie zum Teil selbst in den Sattel gehoben haben, zur Rede zu stellen. Gerade das Zurückstecken der SPD erfordert, daß in diesen Diskussionen eine verfrühte Verhärtung der Fronten vermieden wird. Nicht das abstrakte Nein, sondern die immanente Kritik der inneren Widersprüche der Notstandspläne kann die Abgeordneten, die ohnehin sehr schlecht informiert sind, überzeugen. Wenn diese aus Fraktionsdisziplin jede Diskussion ablehnen, kann auch dies, richtig publiziert, politisierend wirken. Es gibt außerdem Beispiele dafür, daß nichtparlamentarische Notstandsfreunde, z. B. im Innenministerium, größere Diskussionsbereitschaft zeigen. Es war falsch, auf dem Bonner Kongreß den Vertreter des Innenministeriums niederzubrüllen; auch dumme Argumente rechtfertigen keinen Gesinnungsterror. Direkte Kritik bedeutet, den Gegner zu engagieren, um seine Haltung öffentlich bloßlegen zu können. Eine von der Obrigkeit ignorierte Opposition bleibt isoliert.

4. Direkte Steigerung: Die Basis einer breiten örtlichen Diskussion gibt auch zentralen Veranstaltungen und Verlautbarungen größeres Gewicht. Der Bonner Studentenkongreß „Die Demokratie vor dem Notstand" hatte zwar das ‚image' der Sachlichkeit: „Er war eine Absage an Staatsverdrossenheit und Nihilismus." (ZEIT, 4. 6. 1965.) Aber er wurde von der Presse totgeschwiegen, weil er das ‚image' der Isolierung trug. Daß dem Kongreß das repräsentative Engagement der Universitäten und der Notstandsfreunde fehlte, lag vor allem an den örtlichen Studentengruppen. Ihre zum Teil sehr gut besuchten Protestkundgebungen hatten einen doppelten Mangel: Sie fanden nur an einer Minderheit von ungefähr zehn Hochschulen statt, und sie folgten der Methode der Gesinnungsdemonstration, in denen kein unmittelbarer Kontakt mit der Mehrheit der Zuhörer möglich ist. Meinungen und Engagements bilden sich am effektivsten in Primärpubliken, deren Struktur der teach-in entspricht.

Ausschlaggebend für den weiteren Widerstand gegen die Notstandsverfassung sind die bessere Kompetenz der Notstandsgegner, das breitere Engagement von Partnern und Gegnern durch den persönlichen Disput und der Vorrang des detaillierten Sacharguments. Die Verschiebung der Gesetze erlaubt, die versäumten Vorbereitungen nachzuholen.

9. Die Linke im Ghetto

> „Das Bewußtsein liegt nicht jenseits der realen geschichtlichen Entwicklung. Es muß nicht erst vom Philosophen in die Welt hineingetragen werden; er ist also nicht berechtigt, hochmütig auf die kleinen Kämpfe der Welt herabzublicken und sie zu verachten." (Lukács)

Die neue Linke will durch die Strategie der direkten Demokratie aus dem Ghetto der politischen Isolierung aus-

brechen. Die alte Linke huldigt politischen Ersatzbefriedigungen; zu ihr gehören nicht nur die doktrinären Klassenkämpfer, sondern auch die modernen ‚Einzelkämpfer', für die soziale Konflikte nicht mehr bestehen und das innenpolitische Engagement der Bevölkerung uninteressant wird. Unter den Einzelkämpfern befehden sich ein aktivistischer und ein realistischer Flügel. Die Aktivisten erwarten die historische Dynamik entweder von der ‚kolonialen Revolution', vom ‚Frieden', vom ‚sozialistischen Lager' oder vom Sitzen auf Straßenbahnschienen. Die Realisten erwarten die historische Dynamik von Verbandsspitzen, von den Meinungsäußerungen von Intellektuellen oder von der wissenschaftlichen Analyse. Aktivistische und realistische Politik werden zur Ersatzbefriedigung, wenn sie ausschließlich betrieben werden. Sie sind sinnvoll erst im Rahmen einer universalen Strategie, in der das Engagement der breiten Bevölkerung die zentrale Aufgabe ist. Dieses Engagement entsteht nicht allein durch (gewerkschaftliche) Schulungsarbeit, sondern in der selbsttätigen Praxis der direkten Aktion der Betroffenen selbst.

Beide sind als Minderheitenpolitik nicht demokratisch und als Politik ohne Basis voluntaristisch. Voluntarismus ist bürokratisch wie die herrschende Politik (die das viel besser kann), weil er die realen historischen Triebkräfte verkennt und den Willen — der Aktivisten oder der Honoratioren — zur Ursache historischer Dynamik erklärt.

Der „krasse Spiritualismus" der Bürokratie ist nach Marx, „daß sie A l l e s m a c h e n will, d. h. daß sie den W i l l e n zur causa prima macht . . . Der Bürokrat hat in der Welt ein bloßes Objekt seiner Behandlung." [22]) Der Bürokrat wie überhaupt die dezisionistische Theorie teilt die „spezifische Illusion der Juristen und Politiker": „Er macht sich dieselbe Illusion wie etwa Friedrich Wilhelm IV., der auch die Gesetze für bloße Einfälle des Herrscherwillens hält und daher immer findet, daß sie am ‚plumpen Etwas' der Welt scheitern . . . Die oberflächlichste Betrachtung der Gesetzgebung, z. B. der Armengesetzgebung in allen Ländern, wird zeigen, wie weit es die Herrschenden brachten, wenn sie durch ihren bloßen ‚Herrscherwillen', d. h. als nur Wollende, irgend etwas durchsetzen zu können sich einbildeten." [23])

Blinder Aktivismus und realistische Honoratiorenpolitik sind nur die entzweiten Hälften des bürokratischen Voluntarismus, der für das plumpe Etwas der Welt ein wenig zu elegant ist. Die Einheit des theoretischen und des praktischen Arguments ist erst die Selbsthilfe, die direkte Aktion des praktischen Arguments kann erst in der direkten Selbsthilfe der Bevölkerung entstehen, wenn auch in unvollkommener Form. Die direkte Aktion ist kein Patentrezept mit Erfolgsgarantien. Gegen die voluntaristische Quacksalberei kann sie nur beanspruchen, wenigstens die Möglichkeit des Durchbruchs zu einer Demokratie der Mehrheit erkannt zu haben. Ob diese Möglichkeit sich erfüllt, kann nicht theoretisch, sondern einzig in der Praxis ermittelt werden. Hierzu gibt es in der Bundesrepublik verschiedene Ansätze. [24])

Leider ist die direkte Aktion kein schönes Kind. Ihr fehlt der Eros der großen Politik oder der Gewalttätigkeit, den Aktivisten und Honoratioren ausstrahlen. Sie ist so uncharismatisch wie das Alltagsleben, wo sie als Form des Existenzkampfes stattfindet. Ihre Stimmung ist nicht die euphorische Erregung von Kundgebungsteilnehmern, die auf dem Größenwahn beruht, sie könnten die Fesseln der Unterdrückung sofort und mit drastischen Mitteln abwerfen: durch „Generalstreik" oder „Revolution". Euphorie ist medizinisch wie politisch der Vorbote des Todes.

Der Aktion der Abhängigen fehlt auch die distanzierte Würde der Honoratioren, die in ihrem Namen große Politik machen. Sie ist nur das Nächstliegende: Selbsthilfe, Laienbewegung, Demokratie ganz unten. Sie ist ein bißchen vulgär und ohne Höhenflug, weil Demokratie ja auch nur die Herrschaft des gemeinen Volkes ist. Sie ist nur der Versuch, das verdinglichte Bewußtsein der Abhängigen in Bewegung zu bringen und die Objekte der Geschichte als ihre Subjekte zu konstituieren. [25])

Die Stimmung der direkten Aktion ist nicht die Euphorie der Isolierten und nicht die Würde der Arrivierten. Sie ist der Humor. Der Witz jeder direkten Aktion ist, daß sie durch die List systemimmanenten Verhaltens die grotesken Widersprüche des Systems in Bewegung bringt. In ihr entsteht die Einheit von Theorie und Praxis, von Immanenz und Transzendenz, des demokratischen Ziels und des demokratischen Wegs. Die wortradikalen Aktivisten und die realistischen Honoratiorenpolitiker haben diese Dialektik von Immanenz und Transzendenz nicht begriffen. Humor, nach Brecht Inbegriff der Dialektik [26]), geht ihnen völlig ab.

Anmerkungen:

[1]) Die Konsequenz dieses Satzes aus dem Kommunistischen Manifest wurde erst in der Rätetheorie, vor allem von Gramsci, Lukács, Luxemburg und Korsch, wiederentdeckt: die Kritik an der repräsentativen Demokratie muß auch auf die Arbeiterbewegung angewandt werden.

[2]) Das Problem der Gesinnungs- und Verantwortungsethik wird auf interessante, wenn auch theoretisch unbefriedigende Weise behandelt von Max Weber („Politik als Beruf") und W. I. Lenin („Der ‚Radikalismus', die Kinderkrankheit des Kommunismus"); beide Schriften entstanden nicht zufällig 1919 und 1920.

[3]) Zusammenfassungen finden sich bei Joseph T. Klapper, The Effects of Mass Communication, Glencoe 1960; Charles R. Wright, Mass Communication, New York 1959.

[4]) Elihu Katz and Paul F. Lazarsfeld, Personal Influence, Glencoe 1955; C. Wright Mills, Mass Media and Public Opinion, in Power, Politics and People, New York 1963, S. 577—598.

[5]) Richard Hoggart, The Uses of Literacy, Harmondsworth 1959 (Penguin); Raymond Williams, Culture and Society, ibid. 1963; Michael Young, Family and Kinship in East London, ibid. 1962.

[6]) Marianne Feuersenger (Hrsg.), Gibt es noch ein Proletariat?, Frankfurt 1962, S. 69 ff.

[7]) Genaue Informationen gibt die an solchen Streiks beteiligte Zeitschrift SOLIDARITY, 197 Kings Cross Road, London WC 1, die von jungen Vertrauensleuten und Studenten geschrieben wird. Weitere Informationen: Reinhard Hoffmann, Zur sozialli-

stischen Strategie der Gegenwart, neue kritik 22; ARBEITSHEFTE 6/8 1965: „Die Mitbestimmungsdiskussion in der gegenwärtigen britischen Arbeiterbewegung", für 3 Mark zu beziehen von Ludwig Helwig, 34 Göttingen, Postfach 238.

[4]) Literatur und Informationen gibt der amerikanische SDS: Students for a Democratic Society, 119 Fifth Avenue, Room 302, New York, N. Y.

[5]) Eine nicht unproblematische Darstellung liefern Konrad Frielinghaus, Günther Hillmann und andere: „Belegschaftskooperation und gewerkschaftliche Betriebspolitik", ARBEITSHEFTE 6/7 1963, DM 2,—.

[10]) Eric J. Hobsbawm, Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Neuwied 1962; rezensiert in neue kritik 22.

[11]) Martin Luther King „Why we can't wait" 1964

[12]) Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Ausgewählte Schriften, Bd. I, S. 157—257, Berlin 1955.

[13]) „The BLSP Dispute", SOLIDARITY PAMPHLET No. 8, price 6d.

[14]) Branko Pribićević, The Shop Stewards' Movement and Workers' Control 1910—1922, Oxford 1959 (Verlag Basil Blackwell), Vorwort.

[15]) John Strachey, Kapitalismus heute und morgen, Düsseldorf 1954.

[16]) Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 88 f.

[17]) C. Wright Mills, Politik ohne Verantwortung, München 1963; ders., The New Left, in: Power, Politics and People, S. 247—259; ders., The Marxists, New York 1962; Manfred Liebel, Die Rolle der Intellektuellen in der Bundesrepublik, in: neue kritik 18, November 1963; Jürgen Seifert, Le débat sur le rôle des intellectuels en Allemagne fédérale, in: Revue Internationale du Socialisme, Avril 64. Mills lehnt die Arbeitnehmer als Agentur historischen Wandels ab, während Seifert und Liebel dieses Problem nicht behandeln.

[18]) Daß selbst Mediziner zu engagieren sind, zeigen neben den Publikationen des Scszesny-Verlags zum Fall Dohrn: „Medizin in Deutschland", Heidelberger Blätter, Mai 1965, Heidelberg, Schloß-Wolfsbrunn-Weg 1, DM —,80; Carl Nedelmann, Das Verbrechen der Abtreibung, in: „Politik ohne Vernunft", 1965 (Rowohlt).

[19]) Vgl. „Newsweek", May 24, 1965: „New Look on the Left: Solidarity Forever?, S. 25—28.

[20]) „Natürlich muß die Wahrheit im Kampf mit der Unwahrheit geschrieben werden, und sie darf nicht etwas Allgemeines, Hohes, Vieldeutiges sein. Von dieser allgemeinen, hohen, vieldeutigen Art ist ja gerade die Unwahrheit . . .

Wenig Mut ist dazu nötig, über die Schlechtigkeit der Welt und den Triumph der Wahrheit im allgemeinen zu klagen und mit dem Triumph des Geistes zu drohen, in einem Teile der Welt, wo dies noch erlaubt ist. Da treten viele auf, als seien Kanonen auf sie gerichtet, während nur Operngläser auf sie gerichtet sind. Sie schreien ihre allgemeinen Forderungen in eine Welt von Freunden harmloser Leute . . . Sie halten für Wahrheit nur, was schön klingt. Ist die Wahrheit etwas Zahlenmäßiges, Trockenes, Faktisches, etwas, was zu finden Mühe macht und Studium verlangt, dann ist es keine Wahrheit für sie, nichts was sie in Rausch versetzt." Bertolt Brecht, Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit, in: Versuche 20/21, S. 88.

[21]) Vgl. Ulrich Glaeser (Hanau), Arbeiter sprachen von Generalstreik, Frankfurter Rundschau, 14. 6. 1965.

[22]) Karl Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, Marx-Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 250.

[23]) Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, Berlin 1953, S. 343.

[24]) Ansätze sind die teach-ins in Berlin, die betriebsnahe Tarifpolitik einiger Gewerkschaften, betriebspraktische Experimente einiger Studentengruppen und die ARBEITSHEFTE.

[25]) Der späte Lukács weist selbstkritisch darauf hin, daß er in „Geschichte und Klassenbewußtsein" aus dem gesellschaftlich-geschichtlichen Problem des Bewußtseins „ein ontologisches gemacht oder . . . die soziale Kategorie in eine anthropologische verwandelt" hat. „In beiden Fällen erwächst daraus ein historischer Fatalismus diesen Phänomen gegenüber." (Iring Fetscher, Der Marxismus, Bd. I, München 1962, S. 221.)

[20]) Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche, Frankfurt 1961, S. 108 ff

Pragers Analyse des Nachkriegskapitalismus

Erich Gerlach

In der vom Europa-Verlag in Wien herausgegebenen, den aktuellen Problemen des Sozialismus gewidmeten Paperback-Reihe „Europäische Perspektiven" ist eine bedeutsame Schrift von Theodor Prager mit dem Titel „Wirtschaftswunder oder keines?" erschienen. Ihr Thema ist die „politische Ökonomie" des zeitgenössischen Kapitalismus, insbesondere des westeuropäischen.

Prager stellt an den Anfang die Frage, ob sich der Kapitalismus gewandelt habe. Zwei Standpunkte stehen sich hier gegenüber. Für die einen verwirklicht der Wohlfahrtsstaat mit hoher Wachstumsrate alle wesentlichen Ziele, die sich der Sozialismus einmal gestellt hatte. Für die anderen hat sich dagegen unsere Wirtschaftsordnung in ihren entscheidenden Strukturen nicht geändert. Prager neigt — allerdings mit beträchtlichen Vorbehalten — dem zweiten Standpunkt zu. „Die herrschenden Eigentumsverhältnisse stehen der Entfaltung und Verwertung der Produktivkräfte schon die längste Zeit hemmend im Wege und beschwören so immer neue gefährliche Spannungen" (S. 7). Er verweist auf die USA, wo sich die Stagnationstendenz immer wieder durchsetze. Aber wenn sich auch „das System als Ganzes in einer tiefen Krise befinde", so äußere sich diese — entgegen den traditionellen Erwartungen der Linken — nicht als tendenzielle Verschärfung der zyklischen Krisen, die schließlich zum Zusammenbruch der ökonomischen Basis des Systems führe.

Von einer Krise des Kapitalismus spricht Prager nur in dem Sinn, daß der Kapitalismus nicht mehr das unbestritten allein herrschende System sei. Seine Existenzberechtigung werde theoretisch und praktisch bestritten, und zu seiner Selbsterhaltung müsse er sich anderer als der spezifisch kapitalistischen Mittel bedienen bzw. von einer kämpferischen Arbeiterbewegung zur Anwendung solcher Mittel gezwungen werden. In der Abwehr hatte sich jedoch die kapitalistische Oligarchie als außerordentlich elastisch erwiesen. Nach einer scheinbar tödlichen ökonomischen Krise und nach einem — zumindest in Europa — völligen politischen und moralischen Zusammenbruch ist die kapitalistische Wirtschaft erneut in eine Aufstiegsphase eingetreten, die alle vorherigen übertrifft. Auch die Arbeiterschaft hat

davon erheblich profitiert. Sie hat sich im Kapitalismus eingerichtet und sucht durch weitere Reformen ihre Lage zu bessern. Wer es unter diesen Umständen nicht für nötig halte, seine Gedanken zu überprüfen, der komme in den Verdacht, keine zu haben.

Zunächst muß auf einen *methodischen Fortschritt* bei Prager hingewiesen werden. Er beschränkt sich nicht auf die Fakten der ökonomisch-gesellschaftlichen Struktur, sondern er bezieht die mit dieser zusammenhängenden Gedanken der herrschenden Oligarchie (die „politische Ökonomie des Kapitals") ebenso wie die des Proletariats (die „politische Ökonomie der Arbeiterklasse") als gleich wichtig mit in die Analyse ein. Damit wird die bewußt oder unbewußt immer noch wirksame Vorstellung vom automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus, die bis heute als eine schwere Hypothek der Vergangenheit die Linke lähmt, überwunden. Das richtige Verhältnis von Theorie und Praxis, der *dialektische Zusammenhang von Ökonomie und Politik* wird wieder hergestellt, dessen Entdeckung eine der großen wissenschaftlichen Leistungen von Marx war und dessen Durchschauen planvolles geschichtliches Handeln möglich macht. So ist sein Buch auch ein Beitrag zur Korrektur jener im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erfolgten Umbildung der Marxschen Lehre zu einer mechanischen und ökonomischen Entwicklungstheorie. Prager deduziert nicht aus abstrakten ökonomischen Schemata oder gar aus dem Begriff des Kapitalismus eine „notwendige" Entwicklung, er verfährt vielmehr konkret, empirisch-historisch und dialektisch. Neben der ökonomischen Entwicklung, die als Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse zu beschreiben ist, weist er der Gesamtkonstellation der gesellschaftlichen Kräfte nach dem Zweiten Weltkrieg sowie dem diese beiden Momente ausdrückenden Denken des Proletariats und der Oligarchie die ihnen für die neueste Entwicklung des Kapitalismus zufallende Bedeutung zu. Das, was dem ungeschichtlich verfahrenden Betrachter als die neue Struktur des Kapitalismus erscheint, wird als Produkt menschlicher Praxis in einer kapitalistischen Welt verstanden. Von diesem Standpunkt aus kann Prager eine gehaltvollere Erklärung für die jüngste Entwicklung geben als jene zahlreichen Theorien, die sich auf isolierte Fakten aus dem Bereiche der Wirtschaft, wie den Nachholbedarf, die Kriegszerstörungen, den technischen Fortschritt oder die Rüstungen, berufen.

Das sich aus dieser Sicht ergebende dialektische Gefüge soll hier modellhaft knapp skizziert werden. Wir halten gerade diese Seite der Pragerschen Arbeit für eine wertvolle Ergänzung der bisher vorliegenden Literatur über die jüngste Etappe des Kapitalismus. Das reichhaltige empirische Material, die Darstellungen der neuen Institutionen, des verstaatlichten Sektors der Wirtschaft, der planistischen Ansätze, der Rüstungswirtschaft usw. möge der Leser bei Prager selbst studieren. Er wird es mit Gewinn tun.

Pragers Grundthese ist, daß mit den Mitteln der „reinen Ökonomie" nicht erklärt werden kann, warum die im Monopolkapitalismus angelegte Lähmungs- und Stagnationstendenz noch einmal überkompensiert werden und eine neue Anstiegsperiode eingeleitet werden konnte, in der die Arbeitslosigkeit verschwand und das westeuropäische Produktionsvolumen auf das Zwei- bis Dreifache der Vorkriegszeit stieg. Diese Entwicklung sei nur aus der Sicht der „politischen Ökonomie" begreifbar, als Antwort auf die *Herausforderung des Kapitalismus* durch starke, seine Existenz in Frage stellende Kräfte. Das sind insbesondere:

1. die Konkurrenz der nichtkapitalistischen Systeme, die eine ständige hohe Wachstumsrate aufweisen,
2. die Aktion der Arbeiterklasse innerhalb der westlichen Länder,
3. die Kolonialrevolution.

Diese Herausforderung war beim Ausgang des Zweiten Weltkrieges besonders bedrohlich. Die führenden kapitalistischen Gruppen waren teils durch ihre Zusammenarbeit mit dem Faschismus, teils durch ihr Versagen als Verantwortliche der Wirtschaft diskreditiert. Die Arbeiterschaft war dagegen durch den Sieg über den Faschismus in ihrem Selbstbewußtsein gestärkt und forderte — in mächtigen Organisationen zusammengeschlossen — tiefgreifende Änderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, insbesondere Vollbeschäftigung, Planung, Beteiligung an der Leitung und Vergesellschaftung zumindest der großen monopolistischen Industrien. Mit amerikanischer Hilfe gelang es zwar den europäischen Kapitals-Oligarchien ihre erschütterten Positionen wieder zu festigen, aber sie konnten nicht in alter Weise weiterwirtschaften. Der Kapitalismus mußte seine Funktionsfähigkeit beweisen. Er mußte Vollbeschäftigung, steigenden Lebensstandard, ausreichende Sozialleistungen garantieren und dem Wachstum in den Ostländern das Wachstum im Westen entgegenstellen. Das hieß den Produktionsapparat modernisieren. Die USA, die die kritische Lage ihrer westlichen Verbündeten begriffen, leisteten die erste Hilfe. „Es ist nicht so, daß die kapitalistische Oberschicht in sich gegangen ist, geläutert und humaner geworden ist, aber das Kapital im Weltmaßstab und besonders in Europa hat Prügel gekriegt, und seine politischen Strategen müssen aufpassen, daß es nicht neue Prügel bezieht." Nicht etwa die neuen Theorien von Keynes haben den Kurswechsel bewirkt. Keynes hat sich erst durchgesetzt, als ein Zwang bestand, seine Methoden anzuwenden, weil sie die neuen Notwendigkeiten kapitalistischer Wirtschaftspolitik ausdrückten.

In die gleiche Richtung wirkte die *Aktion der Arbeiterklasse,* indem sie dem System die Dynamik steigender Löhne wieder aufzwang. Auf Lohnforderungen, die die Profite senken, hat der Kapitalist zwei Antworten: (1) Einschränkung der Produktion und Verringerung der Nachfrage nach Arbeit; (2) technische und organisatorische Verbesserungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und

Erhöhung der Mehrwertrate. Wenn nun durch den Zwang zur Vollbeschäftigung und starke Gewerkschaften der erste Weg versperrt ist, dann muß um so intensiver der zweite gegangen werden. So kann der Klassenkampf ein Investitionsmotiv, einen Anreiz für die Anwendung neuer Techniken mit ihren positiven Auswirkungen auf das Wachstum, auf die Produktivität, den Reallohn und nicht zuletzt auch auf die Profite schaffen. [1]) Die Arbeiterklasse muß allerdings die Macht haben, die freisetzende Wirkung des technischen Fortschrittes zunichte zu machen. „Vollbeschäftigungspolitik, Erhöhung der Produktivität und Steigerung der Löhne sind untrennbar miteinander verbunden. Eine Steigerung der Produktivität ist auf die Dauer nur dort durchzuführen, wo der Arbeiter als ihr Träger durch Lohnerhöhungen an ihr interessiert wird. Gleichzeitig wirkt die Lohnerhöhung als ein Stachel, der die Unternehmer zum technischen und organisatorischen Fortschritt zwingt. Niedrige Löhne sind gleichbedeutend mit einem Stocken des technischen Fortschrittes." (S. 100/1).

Es sei am Rande vermerkt, daß Prager zeigt, wie trotz gestiegener Reallöhne der Anteil der Arbeiter am Sozialprodukt im wesentlichen unverändert blieb. Im Gegenteil habe sich die Produktivität rascher entfaltet als die Löhne, die Mehrwertrate sei also gestiegen (gleichfalls ein investitionsfördernder, die Expansion stützender Faktor). Hingewiesen sei besonders auf den Abschnitt „Lohn- und Nationaleinkommen", in dem „der scheinbare Widerspruch zwischen sinkendem Arbeiteranteil an der industriellen Wertschöpfung und dem steigenden Lohn- und Gehaltsanteil am Nationaleinkommen" aufgeklärt wird. Die Erklärung liegt im Anwachsen der Zahl der „unproduktiven Arbeiter" und darin, daß ein Teil des Mehrwertes als „Gehalt" an leitende „Angestellte" gezahlt und statistisch als Arbeitseinkommen erfaßt wird. Vom Standpunkt einer vernünftigen Wirtschaft handelt es sich hier zu einem großen Teil um Verschwendung. Im Spätkapitalismus ist diese aber ein Konjunkturstabilisator, weil sie der Arbeitslosigkeit und der Überproduktion entgegenwirkt.

Dieses dialektische Zusammenspiel von neuer Wirtschaftsgesinnung der Oligarchen und offensiver Arbeiterpolitik hat jedoch nur deshalb eine langfristige stabilisierende Wirkung, weil es mit einer Reihe von *institutionellen Änderungen* verbunden ist. Diese Änderungen wurden teils von der Arbeiterbewegung erzwungen und vom Kapital unter dem Zwang der Verhältnisse zunächst hingenommen, dann aber für seine eigenen Zwecke geformt und zum Mittel seiner Wirtschaftspolitik gemacht. Teils waren sie, wie die Rüstungsproduktion und die Ökonomie des kalten Krieges, Reaktionen des Kapitals auf die internationalen Spannungen.

An erster Stelle steht die veränderte *Rolle des Staates im Wirtschaftsprozeß.* Nach dem Kriege wurden umfangreiche *Verstaatlichungen* vorgenommen: teils handelt es sich um vernachlässigte Industrien, wie den Bergbau und die Eisenbahnen in England, teils um Betriebe aus der faschistischen Konkursmasse wie in Italien[2]) und Österreich (und Deutschland), teils sollten die Verstaatlichungen die Macht des Monopolkapitals brechen (England, Frankreich), oder sie waren die Antwort auf eine malthusianisch-rentnerhafte Vernachlässigung der Modernisierung des Produktionsapparates durch die Unternehmer wie insbesondere in Frankreich und Italien. In diesen Industrien wurden große Investitionen durchgeführt, teilweise Pionierleistungen der Rationalisierung und der Expansion vollbracht. Sie sind ein Instrument geworden, dessen sich der Staat zur Beeinflussung des Wachstums und der Konjunktur bedienen kann. Unter den gegebenen Machtverhältnissen hat sich die Oligarchie zunächst mit ihnen abgefunden, insbesondere, nachdem die Leitungsfunktionen von ihren Vertrauensleuten besetzt worden sind. Sie benutzt sie vielfach, um die Rentabilität der privaten Wirtschaft zu verbessern.

Im Zusammenhang mit den Verstaatlichungen spielt das *planistische Element* eine große Rolle. Die Initiative lag hier weitgehend bei den Gewerkschaften, auch wenn später von den Technokraten und Wirtschaftsmanagern eine Anpassung an die kapitalistischen Strukturen durchgeführt wurde. In Italien legten die Gewerkschaften schon kurz nach dem Kriege einen detaillierten Entwicklungsplan vor. In Frankreich hat der Staat durch seine Wirtschaftspläne mit Erfolg den traditionellen Malthusianismus des Kapitals überwunden und aus Frankreich erstmals eine moderne Industrienation gemacht. Sowohl die italienische Industrialisierungspolitik als auch die französische „Planification" werden von Prager ausführlich behandelt. Ein weiteres interessantes Kapitel behandelt den *Wohlfahrtsstaat,* der gleichfalls als Stabilisator wirkt, jedoch keineswegs eine „Einkommensrevolution" oder eine Umverteilung der Vermögen oder der wirtschaftlichen Macht bewirkt.

Ausführlich wird auch die *„Ökonomie des permanenten Kriegszustandes"* behandelt. „Nehmen Rüstungsausgaben einen erheblichen Teil der potentiellen Produktion in Anspruch, so werden dadurch einer großen Abwärtsbewegung Schranken gesetzt und der Spielraum für globale Schwankungen beträchtlich eingeengt." Krisenfestigkeit wird aber nicht garantiert. Prager hält es für fraglich, daß man die Rüstungsausgaben, entsprechend dem Anstieg der Produktivität, ständig steigern kann, „ohne laufende Verwendung und Verschleiß von Kriegsmaterial". In den USA hat die Rüstung die Stagnationstendenz nicht aufgehoben, im wirtschaftlich schwächeren England aber ist sie eine der

[1]) Daß viele dieser technischen Neuerungen als Ergebnis der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zur Verfügung standen, hebt die Rolle der Lohnerhöhungen als Anstoßfaktor nicht auf. Daß Rüstungswirtschaft und kalter Krieg gleichfalls den technischen Fortschritt beschleunigen, ist im System von Prager eingeschlossen. Ein Ersatz für die im Monopolismus absterbende Konkurrenz!

[2]) Ursprünglich sollten zahlreiche Großbetriebe (Stahl, Schiffsbau) endgültig stillgelegt werden. Der Staat mußte sie aber schließlich übernehmen, weil die Belegschaft die Betriebe besetzten und in eigener Regie weiterführten.

Ursachen der niedrigen Wachstumsrate. Letzten Endes steht die Rüstung vernünftiger wirtschaftlicher Entwicklung entgegen. „Im Festungsstaat wird das Vernünftige unsinniger Luxus, die Wohlfahrt inflationistische Plage" (S. 140). Ein gefährliches Hindernis der Abrüstung sieht Prager in den wirtschaftlichen Interessen, die große Teile der Wirtschaft an die Rüstung binden. „In Los Angeles sind schätzungsweise gut die Hälfte aller Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Fortsetzung des Rüstungswettlaufes und der Militärausgaben abhängig." (S. 140)

So ist ein *Zusammenhang zwischen der Aktion der Arbeiterklasse und den Strukturwandlungen der Wirtschaft* hergestellt. Jede institutionelle Änderung des Systems — ob von der Arbeiterschaft erzwungen oder Zwangsläufigkeit kapitalistischer Selbstbehauptung — wird zwar dem Grundgesetz kapitalistischer Reproduktion angepaßt. Aber trotzdem sind die im Gang der Entwicklung neu entstehenden Institutionen verschieden zu beurteilen. Es gibt solche, die auch unter kapitalistischen Bedingungen die Produktivität und die Wohlfahrt fördern und die darüber hinaus Ansätze einer neuen Gesellschaft (die sich im Schoße der alten entwickeln muß) werden können (Vollbeschäftigung, Planung, Verstaatlichung, Kultur- und Sozialpolitik). Ihnen stehen andere gegenüber, die zwar das System stabilisieren, aber vom Standpunkt der Mehrheit negativ zu bewerten sind und zugunsten der ersteren zurückgedrängt werden müssen (Rüstung, organisierte Verschwendung). Aus dieser Sicht ergibt sich eine *Strategie der sinnvollen Reformen*, die zugleich die Umgestaltung der Gesellschaft vorbereiten. Mit Bernstein hat sie gemein, daß für sie die Bewegung alles ist, aber sie darf nicht auf das Ziel verzichten. Es darf keine Integrierung der Arbeiterbewegung in das kapitalistische System geben. Prager sieht diese Taktik bei der italienischen Linken am erfolgreichsten angewendet. Sie entspricht den praktischen Notwendigkeiten der westeuropäischen Arbeiterbewegung insgesamt, die sich nicht auf einen Zusammenbruch des Kapitalismus einrichten kann und die auch nicht über die subjektiven Voraussetzungen für eine von den Produzenten selbst geleitete Wirtschaft verfügt. Auf dieser Basis eines Programms sinnvoller Reformen wäre es auch möglich (falls die politische Demokratie erhalten bleibt), für ein Programm der Strukturreformen genügend Verbündete außerhalb der Arbeiterbewegung zu finden. Eine Periode, in der es scheinbar keine Alternative zwischen scheinrevolutionärer Opposition und ziellosem Reformismus gibt, wäre dann zu Ende.

Wie alle mittels der Marxschen Methode gewonnenen Einsichten hat die Pragersche Konzeption nur geschichtlich begrenzte Gültigkeit. Schon heute gilt sie nicht für die unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas, Lateinamerikas. Für die alten Industrieländer aber kann sie unangemessen werden, wenn es der Arbeiterbewegung nicht gelingt, die Gesellschaftsstruktur zu ändern, bevor die Automation mit voller Wucht die Produktionsweise umwälzt. Die Konsequenzen der sich voll auswirkenden Automation — der beispiellose Freisetzungsprozeß, die völlige Entwertung bisheriger Arbeitsqualifikation und die sich beschleunigende Konzentration der Macht bei einer kleinen Minderheit — sind nicht der Gegenstand der Pragerschen Untersuchung. Er untersucht den derzeitigen Kapitalismus und entwickelt eine Strategie der Arbeiterbewegung, die es ermöglichen könnte, durch Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse die sich anbahnende neue technische Revolution so planmäßig und im Interesse der großen Mehrheit zu steuern, daß eine katastrophenhafte Entwicklung, wie sie mit der ersten industriellen Revolution verbunden war, der Menschheit erspart bleibt.

Manches deutet darauf hin, daß diese Konstellation gesellschaftlicher Auseinandersetzung für die USA überholt ist. Hier beginnt die Automation auf breiter Front wirksam zu werden. Es zeichnet sich eine soziale Krise ab, deren Lösung möglicherweise eine andere Praxis der Linken erfordert, als sie Prager vorschlägt. Mit der Änderung der Produktionsweise ändert sich in den USA die Struktur der herrschenden ebenso wie die der von der Macht ausgeschlossenen Klassen. Drei neue Fakten seien hier angeführt:

1. Es erscheint fraglich, ob die klassische Arbeiterbewegung, wie sie im 19. Jahrhundert entstand, in der Zukunft der entscheidende Gegenspieler der auf den Staatsapparat und die Kapitalsmacht gestützten neuen Oligarchie sein wird. Die politischen Konzeptionen des Marxismus wurden für eine geschichtliche Etappe formuliert, in der das Wachstum des Nationalproduktes mit einer ständigen Zunahme der Zahl der „angelernten" Arbeiter zusammenfiel. Diese Arbeiterschaft, auf die sich der Sozialismus stützte, verliert aber unter den neuen Bedingungen ständig an gesellschaftlichem Gewicht. Ihre Zahl sinkt. Ihr Mut wird durch die Angst um den Arbeitsplatz gedämpft. Sie reagiert auf die neue Entwicklung zunächst eher konservativ als revolutionär.
2. Demgegenüber ist mit der Automation eine neue, immer zahlreicher werdende Unterklasse entstanden (von einigen radikalen Theoretikern als „the lumpen" bezeichnet), deren soziale Rolle nicht mehr durch ihre abhängige Stellung im Produktionsprozeß, sondern durch ihr völliges und endgültiges Ausgeschlossensein aus dem produktiven Arbeitsprozeß bestimmt ist, eine Gruppe, die keine Möglichkeit hat, sich durch „Einordnung" in das bestehende System ein Minimum an Würde und Existenz zu sichern. Zahlenmäßig am stärksten sind in dieser Gruppe die jugendlichen und sehr jungen Arbeiter sowie die Neger. Beide Gruppen weisen einen hoch über dem Durchschnitt liegenden Prozentsatz an Arbeitslosigkeit auf. Zu ihnen kommen die zahlreichen, vor der Zeit „pensionierten" älteren Arbeiter, eine düstere Mahnung für alle anderen.
3. Von nicht geringerem Interesse scheint uns die „Bürgerrechtsbewegung" zu sein, in der sich Angehörige der ver-

schiedenen, von der Bestimmung über Staat und Gesellschaft ausgeschlossenen Gruppen zusammenschließen, um der Übermacht der neuen Oligarchen Widerstand zu leisten. Diese Bewegung steht im Anfang. Noch kämpft sie für partielle Ziele, gegen Mißstände, aber nicht gegen deren Ursachen. Aber sie ist in einer neuen, radikalen Weise demokratisch. In ihren Kampfformen sind vielerlei Einflüsse wirksam, sie reichen von Gandhi bis zur Taktik der Partisanen. In jedem Fall sind ihre Methoden „direkt" und verlangen den Einsatz der Person. Wir finden sie bei den Studenten von Berkeley, die die Universität besetzten, um ihre Bürgerrechte gegen einen reaktionären Rektor zu verteidigen, beim radikalen Flügel der Negerbewegung, in den „wild-cat"-Streiks der Arbeiter gegen die Verschärfung des Fabrikregimes, im Protest gegen Johnsons Politik in Vietnam und Lateinamerika. Der Gang der Entwicklung wird diese Bewegungen in einen immer schärferen Gegensatz zum Monopolkapitalismus bringen und sie damit in sozialistische Bahnen lenken. Der Inhalt der klassischen Arbeiterbewegung wird damit wieder hergestellt, auch wenn diese in ihrer klassischen Form nicht mehr existieren würde oder zumindest im Kampf um die gesellschaftliche Erneuerung nicht mehr die unbestrittene Führerrolle hat.

Karl Korsch zog 1950 in seinen „Zehn Thesen über Marxismus heute" aus seiner historisch-materialistischen Kritik des Marxismus den Schluß, daß „die Bestimmung der Arbeiter über die Produktion ihres eigenen Lebens . . . nur noch hervorgehen kann aus dem *planmäßigen Eingreifen aller heute ausgeschlossenen Klassen* (Unterstreichung von uns) in die heute tendenziell schon allenthalben monopolistisch und planmäßig regulierte Produktion". Das war eine richtige Vorwegnahme der Konsequenzen der sich jetzt in den USA abzeichnenden Entwicklung. In Europa ist diese Grenze der geschichtlichen Rolle des klassischen Industrieproletariats noch nicht erreicht und damit die Möglichkeiten der marxistisch geprägten Arbeiterbewegung noch nicht ausgeschöpft. Pragers Buch will sie ausschöpfen. Gelingt das nicht, dann werden veränderte geschichtliche Bedingungen auch den Charakter des europäischen Sozialismus ändern. Aber es wird keine Änderung in bezug auf das Ziel, sondern in bezug auf den Träger und die Kampfesweise sein. Eine auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die private Verfügung über den gesellschaftlichen Mehrwert gegründete Gesellschaft wird nicht imstande sein, mit den durch die Automation gestellten Problemen einer neuen Sinngebung der menschlichen Existenz fertig zu werden.

Das Regierungssystem der Bundesrepublik

Hannes Friedrich

Thomas Ellwein, „Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland", in der Reihe „Die Wissenschaft von der Politik", Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1963, und Otto Kirchheimer, „Politik und Verfassung", edition suhrkamp 95, Frankfurt 1964.

„Je mehr Staaten sich zur demokratischen Staatsform bekennen und sich, wie insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika bei jeder einzelnen ihrer politischen Handlungen auf demokratische Prinzipien zu berufen pflegen, desto mehr gerät die Demokratie in Gefahr, jeder wirklichen Bedeutung entkleidet zu werden und zu einer Form herabzusinken, unter der sich die entgegengesetztesten politischen Grundsätze verbergen. Die Unbegrenztheit und damit wachsende Bedeutungslosigkeit des Begriffes Demokratie zeigt sich deutlich daran, daß im allgemeinen die oben genannten Staaten allein deshalb als Demokratien bezeichnet werden, weil in ihnen der größtmöglichen Zahl von Bürgern das Wahlrecht gewährleistet ist." Mit dieser Kritik des Demokratie-Begriffes leitet Kirchheimer seine Analyse der Weimarer Verfassung ein. Waren in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts die Fragen der nationalen Einheit und Freiheit gegenseitig Wegbereiter des Demokratie-Modells des 19. Jahrhunderts, so ist gleichzeitig in dieser Entwicklung auch das entscheidende Problem der Demokratie angelegt: „Demokratie bedeutet dem Wortsinn nach politische Herrschaft des Volkes . . Die Koppelung des Wortes ‚politisch' mit dem Wort ‚Demokratie' legt den Ton darauf, daß hierunter die nur politische Herrschaft des Volkes begriffen und damit nichts über die ökonomischen Machtbeziehungen ausgesagt werden solle, die im 20. Jahrhundert die ausschlaggebenden geworden sind." In der Unterscheidung zwischen s o z i a l e r und p o l i t i s c h e r Demokratie liegen auch die realen gesellschaftlichen Widersprüche, die sich auch in der Verfassung der Weimarer und Bonner Republik niedergeschlagen haben. Kirchheimers Untersuchung weist nach, daß das, was Marx von der französischen Verfassung von 1848 sagte, auch für die Weimarer Verfassung gilt: „Von den einen verlangt sie, daß sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fort-, von den andern, daß sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen." Die Weimarer Verfassung stellt die beiden möglichen Wirtschaftssysteme, privateigentumserhaltenden Kapitalismus und Gemeineigentum voraussetzenden Sozialismus, gleichberechtigt nebeneinander. Sie gewährleistet zwar das Privateigentum, sieht aber seine Überführung in Gemeineigentum vor. Die Entscheidung über die sozialwirtschaftliche Verfassung der Demokratie hat sicher dann mehr mit der politischen Macht im außerparlamentarischen Raum zu tun: „Das immer vorhandene Schwergewicht des Bestehenden, in diesem Fall das Privateigentum, wird

dadurch, daß die Verfassung über die Frage, welches Wirtschaftssystem herrschen soll, keine Entscheidung trifft, sondern nur die Möglichkeit einer Sozialisierung vorsieht, deren Durchführung aber den später zu erlassenden Einzelgesetzen überläßt, noch mehr verstärkt."

Die Diskussion über das Problem der sozialen Demokratie oder des Sozialstaates in Hinsicht auf die deutschen Verhältnisse erliegt leicht der Gefahr, abstrakt zu werden, wenn sie nicht im Zusammenhang der Entwicklung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik geführt wird. Ellweins Untersuchung des Regierungssystems der Bundesrepublik ist einer der bedeutendsten Beiträge zu dieser Frage. Wenn Forsthoff in seinem Lehrbuch des Verwaltungsrechts schreibt: „Der moderne Sozial-, besser Verteilungsstaat ist nicht, wie der bürgerliche Rechtsstaat, die Verwirklichung einer theoretischen Konzeption, sondern er ist schrittweise unter dem Zwang der Verhältnisse, ohne die Zutat einer leitenden Idee entstanden", so demonstriert er das oben beschriebene Dilemma. Ellwein versucht nun, diese Frage in die Entwicklung des Ausbaus der staatlichen Institutionen einzubetten, der sich im „engen Verbund mit gesellschafts-, wirtschafts- und außenpolitischen Entscheidungen vollzogen hat". Wenn nun in der politischen Diskussion versucht wird, Klarheit über den Begriff des „Sozialstaates" zu gewinnen, und dabei gleichzeitig festgestellt wird, daß es trotz der Sozialstaatsklausel im GG keine Konzeption des Sozialstaates gibt, dann gilt es, die Faktoren herauszuarbeiten, die hierbei wirken. Wenn in der Bundesrepublik über den „Sozialstaat" gesprochen wird, dann ist das zunächst eine Reaktion auf die Zeit nach der Kapitulation und des Zusammenbruchs. „Die praktische Politik mußte diese Notlage beseitigen, um sich später allgemein an der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zu orientieren." Hiermit werden bestimmte sozialpolitische Vorstellungen verbunden, deren Entwicklung bei den einzelnen Parteien und Verbänden im Zusammenhang mit den zentralen wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Gefolge der inneren und äußeren Organisierung der Bundesrepublik verfolgt werden muß. Dennoch ist, wie Ellwein zu Recht feststellt, die Entwicklung des sozialstaatlichen Prinzips im Gewande sozialpolitischer Formen in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern nicht neu: „Der deutsche Staat hat durch seine Verwaltung schon seit langem — jedenfalls seit dem 18. Jahrhundert — gestaltend und ausgleichend auf die Sozialordnung eingewirkt. Das verleiht bis heute der Verwaltung ein unverkennbares Schwergewicht." Die Balancierung des Staatsgefüges durch das Institut des Berufsbeamtentums, das eine selbständige, parlamentarisch kaum kontrollierbare Größe mit besonderen sozialen Funktionen darstellt, ist weitgehend in den politischen Analysen vernachlässigt worden: „Die wissenschaftliche Arbeitsteilung hat mitbewirkt, daß politische Funktion und Bedeutung der Verwaltung wenig diskutiert worden sind — ein wesentlicher Teil der staatlichen Erscheinungsformen blieb ausgeklammert." Die fehlende Sozialstaatskonzeption erhöht den Vorrang der Verwaltung. „Wer bei uns ‚an die Regierung' gelangt, hat das Recht, soziale Entscheidungen in seinem Sinne herbeizuführen, und er verfügt über die Verwaltung als willfähriges Instrument, um solche Entscheidungen in sehr weitem Umfange zu institutionalisieren." Der Ausgleich sozialer Fragen von Fall zu Fall, wie er in der bisherigen Regierung gehandhabt wurde, findet daher im Sinne der Regierungsmehrheit statt. Da auch die Opposition kein wirksames Sozialstaatskonzept aufzuweisen hat, ergibt sich die Notwendigkeit, den politischen Entscheidungsprozeß mit seinen Umwegen über die Verbände zu untersuchen.

Ellwein tritt nun natürlich nicht mit dem Anspruch auf, diese Analyse erschöpfend mit seiner Untersuchung zu liefern (die sicherlich auch von linker Seite nicht mit dem Hinweis auf Produktionsverhältnisse als „politisch-gesellschaftlicher Direktionssphäre" gegenüber „staatlich-politischer Verteilungssphäre" [Kirchheimer] geleistet ist); ihm geht es hauptsächlich um die mit den bereitstehenden Methoden der Soziologie, Rechts- und Verwaltungswissenschaft, Geschichte und Politologie zu gewinnende Anatomie der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Aus der Vielzahl der Themen (von den Aufgaben und Aufbau der Bundesrepublik über politische Willensbildung, Verbände, Parteiensoziologie, wo er auch auf den Ausschluß des SDS als Beispiel der problematischen, offiziös behaupteten innerparteilichen Demokratie eingeht, Wahlsystem, Parlamente und Regierungen, die Verwaltung als Teil des Regierungssystems, Probleme der Rechtsordnung und Rechtsprechung bis hin zu den Chancen der Demokratie) möchte ich nur auf die Faktoren der Machtverschiebung, der Gesetzgebung, auf das Verhältnis von Verwaltung und politischer Willensbildung, das Problem des Machtzuwachses, der sogenannten „Verrechtlichung", der dritten Gewalt und auf die Frage des Rechts- und Sozialstaates eingehen.

In den ersten drei Mandatsperioden hat der Bundestag 1505 Gesetze verabschiedet, von denen 1477 in Kraft traten (Jahresleistung: 100 Gesetze). Dabei muß unterschieden werden zwischen Gesetzen, die eine Norm setzen, und solchen, die eine begrenzte Zahl verschiedener Maßnahmen regeln. Durch dieses Gesetzgebungswerk scheint ein Machtzuwachs des Parlaments stattgefunden zu haben, der sich in dem Eingreifen in die Tätigkeit der Exekutive zu manifestieren scheint. Zu der umfangreichen Verordnungsgewalt der Regierung ist die Erweiterung des Gesetzesbereichs hinzugekommen. „Das Parlament hat dadurch Macht gewonnen, ist aber freilich auch in die Situation gedrängt worden, sich mit vielen Nebensächlichkeiten aufhalten zu müssen, anstatt sich auf wenige Grundsatzentscheidungen beschränken und diese gründlich vorbereiten zu können." Bedenkt man, daß über zwei Drittel der beschlossenen Gesetze im Entwurf aus den Ministerien stammen, dann wird der Machtzuwachs des Parlaments durch die Spezialisierung der Gesetzgebung und die stärkeren Initiativrechte der Regierung erheblich eingeschränkt. „Eine gesetzgebende Körperschaft ohne Sachver-

MARXISTISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für wissenschaftlichen Sozialismus

Sachkundige Quelle
Wissenschaftliche Problematik
Internationale Autoren
Marxistische Position

Aus dem Inhalt der ersten Hefte 1965

Prof. Adam Schaff (Warschau): Mensch und Geschichte. Zum Problem der Freiheit — Dr. John Lewis (London): Sozialismus und Persönlichkeit — Victor Perlo (New York): Neue Entwicklungen in der Wirtschaftspolitik des US-Kapitalismus — Heinz Seeger: Aufgaben des DGB-Aktionsprogramms — Prof. Walter Hollitscher (Wien): Die Dialektik der Raum-Zeit-Beziehung

Redaktion und Verlag: Frankfurt am Main 21 Bernadottestraße 47, Telefon 57 48 94

ständigenbüros, wie sie etwa Repräsentantenhaus und Senat in Washington angegliedert sind, ist von der Regierung und der Ministerialbürokratie weitgehend abhängig." Da die Regierung, d. h. die Ministerien, nur mit den Spitzen der Interessenverbände verkehrt, und zwar so regelmäßig, daß sämtliche Vorlagen, die Verbandsinteressen berühren, vorher besprochen werden, wäre es für die politische Wissenschaft Zeit, erstens wesentlich genauere Untersuchungen über diese Probleme durchzuführen und zweitens die Pluralismus-Theorie kritischer zu fassen. Einen Ansatz dazu bietet Kirchheimer: „In dem eifrigen Bestreben der Pluralisten, das Bild vom zentralen Staat zu zerstören und auf seinen Ruinen das zwanglose Zusammenspiel freier Vereinigungen zu errichten mit einer Art ungeheurem ‚super-clearing-house' als koordinierender Instanz, wurde die gesellschaftliche Realität des Gruppenlebens in der industriellen Gesellschaft hoffnungslos romantisiert... Daß die Menschen ihre Zugehörigkeiten zu bestimmten Organisationen beliebig vermehren können, besagt für unseren Zusammenhang gar nichts, wenn die betreffenden Organisationen nur den Charakter von Satelliten haben, die im gleichen sozialen Bereich tätig sind wie die jeweilige zentrale Organisation."

In den Jahren nach 1949 war die Außenpolitik vorrangig. „Die Bemühungen darum, die Bundesrepublik in den Genuß souveräner Rechte kommen zu lassen, den europäischen Zusammenschluß durchzuführen und ‚den Westen' zu einigen, mußten sich unmittelbar auf das in der gleichen Zeit sich ausbildende Regierungssystem auswirken." Mit der zunehmenden internationalen Verflechtung konnten weder Wirtschafts- noch Sozialpolitik ohne Außenpolitik durchgeführt werden. Da Bundestag und Bundesrat auf wirksame Mitsprache in der Außenpolitik verzichteten, wuchs in dem gleichen Maße die Macht der Regierung. Die differenzierte Machtverschiebung zwischen Bundesregierung und Parlament hatte auch Auswirkungen innerhalb der Bundesregierung: Die Stellung der Minister war schwächer, wo das Parlament Gesetzgebungsansprüche und exekutive Mitwirkungsrechte beanspruchte, etwa in der Verkehrs- oder Sozialpolitik; je stärker ein Ministerium an der Außenpolitik und Wirtschaftsentscheidungen teilnahm, desto stärker war seine Stellung gegenüber dem Parlament. Unter Adenauer wurden alle Minister nebst Parlament entmachtet, wenn es um die Außenpolitik ging. Da Außenpolitik immer mehr auch Wirtschaftspolitik ist, hat diese Entwicklung auf seiten des Bundesrates und des Bundestages „zu einem ständig stärker spürbaren Verzicht auf Teilhabe an entscheidenden Fragen der wirtschafts- und landwirtschafts-, der Verkehrs- und der Sozialpolitik — keinesfalls nur an der allerdings am weitesten internationalisierten Verteidigungspolitik geführt." Der Machtgewinn der Exekutive und die Verringerung der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten durch die zunehmende internationale Verflechtung, die alle Staatsexekutiven und -bürokratien mit der „Außenpolitik" in Berührung bringt, ist bisher in der Bundesrepublik überhaupt noch nicht kritisiert worden. „Man stellte sich vielmehr rasch darauf ein, tabuierte die Rechtsstaatsprobleme und schuf neue Organisationsformen — die deutschen Verbände sind in Brüssel, Luxemburg oder Straßburg und Paris wirksam ‚vertreten'." Ellwein kommt das Verdienst zu, ein im Grunde seit Max Weber in Deutschland von der Soziologie und Politologie vernachlässigtes Problem wieder aufgegriffen zu haben: die Analyse der Bürokratie, insbesondere der Ministerialbürokratie, an der Weber seine auf die deutschen Verhältnisse gerichteten Kategorien entwickelte. Wenn man in der Soziologie ziemlich viel über Arbeiter und Angestellte weiß, weil man diese Schichten empirisch untersuchen kann, ohne großen Widerständen zu begegnen, so weiß man über die Spitzengruppen unserer Gesellschaft recht wenig: sowohl die Unternehmer- und Managersoziologie ist ‚empirisch' nicht da *), wenigstens nicht mit der methodischen Genauigkeit wie die anderen Gruppen, als auch empirische Untersuchungen über die Ministerialbürokratie nicht existent sind, deren Ergebnis sicherlich der sterilen Diskussion über ‚Macht' und ‚Herrschaft' mehr Konkretion geben könnten. Es kann auf Ellweins Darstellung der Ministerialbürokratie in diesem Rahmen nicht näher eingegangen werden; ich muß mich hier auf das Verhältnis von Verwaltung und politischem Willens- und Entscheidungsprozeß beschränken.

Im Verwaltungsrecht und -wissenschaft in Deutschland ist der Blick immer noch auf die Rechtmäßigkeit der Verwaltung gerichtet; heute kommt es mehr denn je darauf an, daß die

Blickrichtung von der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns, die noch aus dem spätkonstitutionellen Zeitalter stammt und den Willkürcharakter des Monarchen kontrollieren sollte, auf die Kontrolle der Verwaltung verlegt wird oder besser auf ihre Kontrollierbarkeit. Hierbei geht es um die politische Kontrolle: das Parlament hat der Verwaltung gegenüber keinen legitimen Leitungsanspruch, es bleibt ihm formell das Recht, den Chef der Verwaltungsinstitutionen zu wählen. „Betrachten wir die Verwaltung als Hierarchie und klammern wir dabei den Sonderfall der kommunalen Verwaltung aus, dann könnte im Rahmen des in der Bundesrepublik gegebenen Systems die Kontrolle als Rechtskontrolle ‚von unten' funktionieren, wenn der Bürger seine Möglichkeiten nutzt, und sie könnte ‚von oben' als Führungskontrolle funktionieren, wenn die Parlamente ihre Möglichkeiten gegenüber den Ministern nutzen. Sie funktioniert zweifellos als Finanzkontrolle, soweit dies Sache der unabhängigen Rechnungshöfe ist." Das wichtigste Feld der Verwaltung in der Alltagsverwaltung, der Mittelbau, der die Zwischeninstanzen umfaßt (z. B. Regierungspräsidien, Deutsche Bundesbank), und der gleichzeitig vom einzelnen Bürger und vom Minister und den Parlamenten entfernt ist, unterliegt damit der administrativen Personalhoheit und Organisationsgewalt — es ergibt sich hier eine Tendenz zur Ausgrenzung von der politischen Willensbildung. — Hinzu kommen die Folgen der Programmlosigkeit seitens der „politischen Verteilungssphäre" (Kirchheimer), „aus der heraus ‚alles möglich ist' (Ellwein)". Wenn nach 1945 die Tätigkeit der Verwaltung im Vordergrund stehen mußte, so kann trotzdem hinzugefügt werden, daß seit 1945 eine eigentliche Verwaltungspolitik hinsichtlich administrativer Struktur und Funktionen nicht stattgefunden hat. Dennoch gestatten diese Überlegungen keine gesicherte Aussage darüber, wie obrigkeitsstaatlich oder demokratisch, parteienstaatlich oder zweckrational die Verwaltung ist — ein Thema, das der politischen Soziologie bisher bei ihren geistesgeschichtlichen Beschäftigungen (Beispiel Hennis) noch nicht aufgefallen zu sein scheint.

Auch die sogenannte „Verrechtlichung" hängt mit dieser Entwicklung zusammen. Ellweins ausführliche Analyse kann hier nicht wiedergegeben werden, gewisse Erscheinungen seien nur kurz skizziert: Die Verwaltungswirklichkeit in ihrem breiten Spektrum ist von der Verwaltungsrechtswissenschaft noch nicht aufgearbeitet, „diese Wissenschaft wiederum ist vielfach noch ihren Anfängen verhaftet, also einer Epoche, ‚in der Staat und bürgerliche Gesellschaft sich als autonome Machtträger gegenüberstehen, wobei dem Verwaltungsrecht die Rolle zufällt, zwischen Staat und Untertan die Machtgrenzen zu ziehen' (Becker)". Auch die Verwaltungspraxis mit ihren neuen Funktionen und neu errichteten Organisationen ist nicht zu einem einheitlichen Ganzen geordnet. Die justizstaatliche Tendenz zur gerichtlichen Nachprüfung von den Bürger betreffenden Verwaltungsakten führt dann dazu, daß „die Rechtsprechung die Lücke ausfüllt, welche durch ungelöste Führungsprobleme der Verwaltung oder durch die allgemeine Gesetzgebungsproblematik entstanden ist". „Dieser Machtzuwachs der Justiz fordert dann eine ‚Verrechtlichung' des öffentlichen Tuns heraus, die die Rechtmäßigkeit der Verwaltung sicher mehrt, ihre Zweckmäßigkeit ebenso sicher aber oft beeinträchtigt." Die Konsequenz, besonders in einer veränderten Gesellschaft mit sozialstaatlichen Erscheinungen, ist dann die, daß der nur juristisch ausgebildete Richter nicht allein Gesetzgebung und Verwaltung zu kontrollieren versucht, sondern oft auch Verfassung und Politik. Wenn politische Tatbestände diesem Prozeß der „Verrechtlichung" unterzogen werden, wird der Bereich des politischen Handelns immer mehr eingegrenzt — eine Konsequenz, die zumal die Gewerkschaften zu spüren bekommen. Inwieweit der Prozeß der „Verrechtlichung" und der scheinbaren „Versachlichung" der Politik („Entpolitisierung") die plebiszitäre Komponente der Demokratie, die Ellwein auch konstatiert, verstärkt, wird von ihm nicht untersucht.

Konnte nach 1945 die eingangs definierte politische Demokratie, also hauptsächlich der demokratische Rechtsstaat, verwirklicht werden, so entwickelte sich „der Sozialstaat reaktiv und programmlos". „Zwar besteht größere Klarheit über einige Notwendigkeiten, die etwa aus den Schlagworten ‚Gleichheit der Bildungs- und Ausbildungschancen', ‚Schutz des Arbeitnehmers' im Sinne einer zeitgemäßen ‚Arbeitsverfassung' und ‚soziale Sicherung' des einzelnen sichtbar werden, indessen ist es weder gelungen, bündig zu erschließen, was Sozialstaat ist, noch dieses vielschichtige und widersprüchliche öffentliche Aufgabengebiet richtig mit dem Rechtsstaatsprinzip zu vereinbaren." Ellwein kritisiert in diesem Zusammenhang das Fehlen von Planvorstellungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, so daß sich Entwicklungen vollziehen, deren Verlauf nicht abschätzbar ist. Es wird keine (noch nicht einmal) für die Politik greifbare, detaillierte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufgestellt, es gibt keine kohärente Sozialpolitik etc. „Im Ergebnis ist schrittweise eine Sozialstaatlichkeit aufgebaut worden, die in der Bundesrepublik mit der Rechtsstaatlichkeit keineswegs immer harmoniert und die eines tragfähigen Fundaments im ‚Willen' entbehrt." Dies hängt nicht zuletzt mit dem Verschwinden der politischen Diskussion zusammen, der Veränderung der Rolle der parlamentarischen Opposition, die es erleichtern, daß „Entwürfe von Sachlösungen meist nur öffentliches Gewicht erhalten, wenn sie von ‚mächtigen' Gruppen vorgelegt werden". Ellwein nimmt zu diesem Problem offen Stellung: „Weil jedenfalls nach meiner Auffassung die Bundesrepublik latent davon bedroht ist, daß die Verwaltung ihren instrumentalen Charakter verliert und selbst das Gemeinwesen ‚prägt', weil also der Verwaltung zuviel überlassen und der anonyme Sachverstand über-, die öffentliche politische Auseinandersetzung und mit ihr der ausgleichende Kompromiß unterschätzt wird, sind Rechtsstaat und Sozialstaat noch immer ungelöste Aufgaben."

Der Dualismus zwischen politischer und sozialer Demokratie scheint immer noch ähnliche Erscheinungsweisen zu haben, wie sie Kirchheimer in seiner Analyse der Weimarer Verfassung aufzeigte: „Während innerhalb der ‚Direktionssphäre' die Regierung sich der Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit mehr oder minder starker Bereitwilligkeit anzupassen hat, ist sie innerhalb der ‚Verteilungssphäre' immer mehr zu einem Clearing-House (in diesem Fall am besten mit Kläranlage zu übersetzen) geworden. Ihre Aufgabe ist es, die widersprechenden Wünsche der durch ihre Spitzenverbände vertretenen wirtschaftlichen Organisationen unter steter Berücksichtigung des gerade vorhandenen Stärkeverhältnisses der einzelnen Gruppen so anzugleichen, daß eine Gefährdung der vorgezeigten gesamtpolitischen Linie vermieden wird." Dieses würde auch die Aufgabe der SPD bei einem eventuellen Wahlsieg sein.

*) Vgl. jetzt: Helge Pross, Manager und Aktionäre in Deutschland, Frankfurt/M 1965 (d. Red.).

Von der Notwendigkeit des Terrors

Der wahre Marxismus des Adam Schaff

Adam Schaff — „Marx oder Sartre? Versuch einer Philosophie des Menschen", Europa-Verlag, Wien 1964 — 176 S., DM 12,80.
Adam Schaff, 1913 geboren, ist Direktor des Instituts für Philosophie und Soziologie an der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Seit 1932 ist er in der polnischen Arbeiterbewegung aktiv. Seit 1955 ist er Mitglied des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Seine wissenschaftliche Tätigkeit betrifft hauptsächlich die Gebiete der Erkenntnistheorie, der Philosophie der Sprache und der Philosophie des Menschen.

Wie beneidenswert einfach wird doch die Philosophie, wenn man es sich nur abgewöhnt, jenen „sekundären, derivativen Faktor" (43) zu aktivieren, den unverbesserliche Idealisten „Denken" nennen, wenn man sich darauf beschränkt, „im Bereich der Ideologie . . . (eine) sanierende Aktion vorzunehmen" (17). Ideologie ist dabei „ein System der Ideen und Anschauungen über das Leben der Gesellschaft" (170) — und so sieht sie auch aus.
Eine solche Ideologie ist vor allem „kämpferisch" — und zum Kreuzzug gegen den Existentialismus, jene „subjektivistische, antisoziale und geschichtswidrige Konzeption des menschlichen Individuums" (26), schleift Schaff die „Waffen der Kritik", ein Terminus, den ihm seine profunde Kenntnis der Klassiker liefert. Bei weitergehenden Lieferungen hat Schaff offensichtlich die Annahme verweigert. Seinen kleinen Bedarf schreibt er sich lieber selbst.
Philosophiegeschichte sieht dann so aus: Es gibt zwei Konzeptionen, wissenschaftliche und unwissenschaftliche Philosophie, Materialismus und Idealismus — die eine beginnt bei den Ioniern und geht bis zum Neopositivismus, sie erforscht die „allgemeinsten Gesetzmäßigkeiten, die die ganze Wirklichkeit regieren" (12) — die andere beginnt bei Sokrates und kulminiert im Existentialismus, sie stellt „Betrachtungen über das Thema des menschlichen Lebens" (12) an. Der Marxismus steht natürlich über diesen Trennungen, in seiner Theorie spiegelt er die Welt voll wider (61). Aber zunächst ist er ein „Bekenner der deterministischen Konzeption in gesellschaftlichen Fragen" (86), er ist wissenschaftlich. Er war schon immer der bessere Positivismus — zum klügeren Existentialismus will Schaff ihn machen. Er will für die Fragen, die der Existentialismus aufwirft, eine eigene Lösung bieten, denn „nur eine solche Kritik — nicht eine nihilistische, sondern eine positive — ist eine wirklich wirkungsvolle Kritik" (62). Daß der Existentialismus überhaupt noch existiert, ist eine „Folge unserer ideologischen Abwesenheit" (19). Schaff sieht seine Aufgabe entsprechend darin, das Problem des Einzelmenschen wieder auf die ideologische Anwesenheitsliste zu setzen. Die Fragen, die der Existentialismus monopolisiert hat und auf voluntaristische, subjektivistische Weise beantwortet, müssen ihm entrissen und von Schaff wissenschaftlich behandelt werden. Ziel ist die endgültige „Widerlegung der falschen Anschauungen des Existentialismus". Der Sack, auf den Schaff losdrischt, ist Sartre — der Esel, den Schaff meint, sind die polnischen Revisionisten, die die „Fehler und Entstellungen der vergangenen Epoche" (17) dazu benutzen, den Marxismus mit existentialistischen Argumenten zu kritisieren. Was tut's, wenn Schaff undifferenziert draufhaut, dem ganzen Unfug des Existentialismus muß endlich im Interesse der proletarischen Revolution ein Riegel vorgeschoben werden, der Riegel des „sozialistischen Humanismus".

Selbiger steht zwar vor der Aufgabe, „die Schwierigkeiten der Interpretation der menschlichen Freiheit im deterministischen System" (31) zu lösen. Aber wozu gibt es eine wissenschaftliche Philosophie, die ja nur die empirischen Funde der Einzelwissenschaften zu einem System verallgemeinern muß (56).

Der „sozialistische Humanismus" ist kämpferisch. „Wer aber kämpft, muß gewöhnlich hassen" (140). Folglich haßt der sozialistische Humanist seine Gegner (140). Wenn ein Revisionist schreibt: „Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt . . . den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial . . . (ist)" (Marx, Kapitel I, S. 8), dann ist das für Schaff gleichgültig, er haßt.

Und mit gehässiger Blindheit löst er die „Grundprobleme des sozialistischen Humanismus". Eines dieser Probleme ist der mögliche Konflikt zwischen Organisationsdisziplin und subjektiver Verantwortlichkeit (Gewissen, moralisches Empfinden u. ä.). Das Problem ist leicht zu lösen: „Sich der Organisationsdisziplin widersetzen, heißt also die Kampfkraft der Gruppe schwächen" (97). Fühlt ein Angehöriger der Gruppe ein Widerstreben gegen eine Pflicht zum Handeln, „das aus dem subjektiven Empfinden entspringt, daß diese Handlung falsch ist" (99), muß man ihm klarmachen, daß „im Zweifelsfalle das Interesse der Einheit der Gruppe über-

wiegt“ (99). Der Gedanke, daß „Gewissensentscheidungen“ rational motiviert sein könnten, ist zwar dem Bundesverfassungsgericht gekommen (in einer Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung), für Schaff ist er so abwegig, daß er nicht einmal auf ihn kommt. Wer aber behaupten will, Schaff sei demnach reaktionärer als das BVG, der hat nicht begriffen, daß Schaff Marxist ist — „ein geschlossenes System von Anschauungen“ (74) hat, das so revolutionär ist, daß neue Erkenntnisse nicht in es eindringen können.

Ein anderes Grundproblem ist das der Freiheit. Es ist noch einfacher, man muß nur „die Dialektik des Weges verstehen, die zur vollsten Freiheit des Menschen über die oft drakonische Beschränkung der Freiheit führt“ (150). Dieser Weg beginnt mit der „Verteidigung der neuen Gesellschaftsordnung, angesichts welcher alle anderen Rücksichten und sogenannten Garantien in den Schatten treten“ (152). Eben auch die Rücksicht auf die Freiheit des einzelnen. Wer spricht denn hier von Stalinismus? Zur Debatte steht ein neuer, höherer Typus der Demokratie. „Eben das ist entscheidend für den Charakter dieses Staates, und nicht die Tatsache des revolutionären Terrors, der wahrscheinlich über die Grenzen hinausschritt, die zur Bekämpfung der Konterrevolution notwendig waren. Wer weiß dies übrigens, und wer könnte das heute mit absoluter Genauigkeit feststellen!“ (149). Schaff weiß es nicht, er will es nicht wissen, denn „theoretisieren kann man nach Herzenslust“ (125). Was die „postrevolutionäre Epoche“ (148) braucht, ist eine „Ideologie im besten Sinne dieses Wortes“ (128). Marx oder Sartre? Ach was — Stalin!

Dieter Rave

Studienhonorar 1965

Karin Monte

Armes Deutschland, das keinen Stolz des Individuums mehr kennt.
Leserzuschrift zum Studienhonorar an die FAZ.

I

Am 4. 6. 1964 verabschiedete das schwedische Parlament die Gesetze Nr. 401 (Ausbildungsbeihilfe) und Nr. 402 (Studienmittel). Beide sind das Ergebnis der langjährigen Arbeit zweier Königlicher Kommissionen, die diese Förderungsmodelle auf Grund sozialistischer und volkswirtschaftlicher Analysen entwickelt hatten. Das erste Gesetz regelt Voraussetzungen, Möglichkeiten und Bedingungen einer Ausbildungsförderung für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, vor allem nach der neunjährigen Gesamtschule; das zweite die Förderung der Studierenden an Hoch- und einer Reihe von Fachschulen. Die Differenzierung wurde aus organisatorischen Gründen vorgenommen, weil Schüler in ihrer Mehrheit unter 21 Jahren alt sind, während Studenten auch finanziell als Erwachsene betrachtet werden. Die Ausbildungsbeihilfen werden deshalb nach dem Einkommen der Eltern berechnet und an diese ausgezahlt, die Studienmittel nach den Studienkosten und direkt an die Studenten. Der größte Teil der Studienmittel wird z. Z. noch in Form von zinslosen Darlehen vergeben. Das Studienhonorar wird in dem Gutachten der betreffenden Kommission befürwortet (übrigens auch vom Verband Schwedischer Studentenschaften und dem Zentralverband Schwedischer Akademiker), seine Einführung aber aus finanziellen Gründen vertagt: „Hier muß man abwägen, wo die Prioritäten liegen . . . Vorläufig muß ein bedeutender Anteil der Mittel, die den Studierenden zur Verfügung gestellt werden, in irgendeiner Form rückerstattungspflichtig sein. Das Studienförderungssystem soll jedoch so gestaltet werden, daß ein möglichst schrittweiser Ausbau in Richtung auf ein Studienhonorar nicht gehindert oder erschwert wird.“ [1])

In England wurde das System der direkten Förderung durch die Education Act von 1962 eingeführt. Die Förderung ist Aufgabe der örtlichen Erziehungsbehörden, wobei Freibetrag der Eltern, Höhe der Beihilfen und Verfahrensfragen vom Erziehungsministerium einheitlich vorgeschrieben sind. Sie wird stufenweise von den letzten Studienabschnitten (post-graduate studies,letztes Studienjahr) auf die mittleren und ersten erweitert und durch die allmähliche Anhebung der Familienfreibeträge (Skala im Moment: unter DM 7800,—, DM 7800,— bis 15 700,—, über DM 15 700,—) gesteigert. Dieses Gesetz begründet einen Rechtsanspruch des Studenten. Mit der Zulassung zum Studium erhält er automatisch eine Beihilfe, die er aber nicht in Anspruch zu nehmen braucht.

II

Vor diesem Hintergrund kann die lapidare Feststellung der Honnefer Hochschulkonferenz von 1955 — „Das Studienhonorar setzt eine umfassende Umgestaltung der Gesellschaft und damit der Hochschule voraus. Ein gegenwärtig aufzustellendes Modell der Studentenförderung kann deshalb nur auf die individuelle Förderung abgestellt werden.“ [2]) — nicht als letztes Wort in dieser Angelegenheit akzeptiert werden. Allerdings hat es bis zum VIII. Deutschen Studententag im April 1965 gedauert, daß dieses Förderungsmodell wieder als sozialpolitische Alternative diskutiert werden mußte. Der VDS wollte und will diese Konsequenz aus seiner Kritik am Honnefer Modell zwar nicht ziehen — so distanzierte er sich von den Thesen der Arbeitsbereiche „Chancengleichheit im Bildungs-

wesen" und „Ausbildungsförderung", die die Prinzipien des Studienhonorars anerkannten —, er hat aber mit seinen Überlegungen zu einem Ausbildungsförderungsgesetz wesentliche sachliche Vorarbeiten dafür geleistet. Am wichtigsten in diesem Zusammenhang ist die Forderung nach einer bundeseinheitlichen gesetzlichen Regelung der Ausbildungsförderung nach Art. 74 Ziff. 7 GG, die einen Rechtsanspruch des Studenten begründet und die Kompetenz des Staates auf die „wirtschaftliche Fürsorge" beschränkt, also nicht unmittelbar Leistungskontrollen vorschreiben kann. [3])
Die heftigen Diskussionen auf dem Studententag und die Reaktion der Öffentlichkeit haben jedoch zur Genüge erwiesen, daß politisch auch heute nur e i n e Interpretation empirischer Befunde und bildungsökonomischer Analysen für möglich gehalten wird. Im Bunde mit den Anhängern einer konservativen Auslegung des Subsidiaritätsprinzips und der freien Unternehmerpersönlichkeit des 19. Jahrhunderts paßte sich der VDS wieder den landesüblichen Prinzipien der Familien- und Sozialpolitik an, die wirtschaftliche Verhältnisse und soziale Herkunft als Naturgegebenheiten erscheinen läßt. Die Subsumierung der Studentenförderung unter die gleichen Prinzipien wie die übrige Ausbildungsförderung (ergänzende Hilfeleistung zum Eigenbeitrag der Familie oder des Studierenden selbst) konnte weder die Diskussion des anderen Förderungsmodells noch die Welle anti-intellektueller Ressentiments in der Öffentlichkeit verhindern. [4]) Ebensowenig half es den Verfechtern des Studienhonorars, daß sie möglichst auf die Anwendung dieses Begriffs verzichteten und sich dafür um eine genaue Beschreibung seiner Elemente bemühten.

III

Dabei wäre es durchaus legitim gewesen, auf einem Studententag wenigstens in einem Arbeitskreis ausschließlich Studienförderungsmodelle zu diskutieren. Schließlich wird auch im Referentenentwurf des Familienministeriums „die Gewährung von Ausbildungsbeihilfe für den Besuch wissenschaftlicher Hochschulen . . . besonderer Regelung vorbehalten", [5]) wie auch immer das hier gemeint sein mag, und wie bedenklich die gesonderte Behandlung dieser Gruppe unter den Studenten auch aussieht. Auch die fleißige Aufzählung sozio-kultureller und sozio-ökonomischer Faktoren des Lernens, auch der Satz „Höhe und Dauer des von den Eltern erwarteten Beitrages zur Ausbildung übersteigt die gesetzlich festgelegte Unterhaltspflicht" in These 5 des Arbeitsbereiches II begründen eher die Notwendigkeit differenzierterer Überlegungen zur Förderung einer klar zu definierenden Gruppe volljähriger Menschen als eine globale Übernahme des Subsidiaritätsprinzips. Schließlich hätte eine solche Diskussion auch erlaubt, genauer auf die damit verbundenen Leistungskontrollen einzugehen. Die Konstruktion eines Eigenbeitrags der Studentenschaft durch die „Wirtschaftliche Selbsthilfe", der ein ganzer Arbeitsbereich des Studententages gewidmet war, hat dieser Veranstaltung nicht das Odium des Gruppenegoismus nehmen können. Statt dessen hat diese Thematik die Scheinradikalität der dort geäußerten Worte nur zu deutlich erwiesen. Klarer konnte der Rückzug der Studentenvertretung aus der Universität nicht demonstriert werden als durch diesen Verzicht auf den Eigenbeitrag „Studium", der ein Verzicht auf die Forderung nach Studien- und Hochschulreform ist. Eine Verwirklichung der vielberufenen sozialen Gerechtigkeit ist gerade in diesem Bereich gar nicht denkbar ohne eine Änderung der bestehenden Strukturen. Gleiche Chancen des sozialen Aufstiegs und der Entfaltung von Neigungen, Begabungen und Fähigkeiten setzen in der Hochschule sachliche Leistungskriterien voraus, die in dem bestehenden System der persönlichen Abhängigkeiten und sozial diskriminierender Leistungsnachweise für bedürftige Studenten nicht möglich sind.

IV

Die Konjunktur der Kritik am bundesrepublikanischen Bildungswesen verführt leicht zu einem Schwärmen vom großen Glück der großen Zahl, der nun endlich der Zugang zu den Bildungsgütern der Nation eröffnet wird. Die Konstatierung der Voraussetzungen dafür bleibt ein Akt der Selbstbefriedigung, wenn nicht auch die Widerstände gegen seine Verwirklichung genannt werden. Da Bildung schlicht sozialen Aufstieg oder zumindest Statussymbol bedeutet, ist nicht anzunehmen, daß die Interessen, die bisher dem möglichen sozialen Aufstieg der vielen entgegenstanden, auf einmal nicht mehr vorhanden sind. Eine Analyse der in Sozialstatistiken geronnenen Herrschaftsinteressen kann nicht bei materiellen Minimalforderungen stehenbleiben. Uneigennützigkeit läge demnach nicht in der Allgemeinheit der Forderung, sondern in dem gezielten Angriff auf die Institutionen dieser Interessen. Der Gruppenegoismus der versammelten Studenten hätte darin bestehen müssen, exemplarisch für ihren Bereich diese Arbeit zu leisten.
Von einer Bildungskatastrophe konnte in dem Moment öffentlich gesprochen werden, als sie sich nicht mehr nur in überfüllten und unzureichend ausgestatteten Bildungsstätten für die akademische Jugend manifestierte, sondern die Vernachlässigung der Primär- und Sekundärausbildung als Nachwuchsmangel für bestimmte Berufe in Erscheinung trat. Für die Behebung von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt reichte die Förderung der obersten Stufe der qualifizierten Ausbildung nicht mehr aus — noch Honnef hatte sich ja zunächst auf die Förderung der Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen beschränkt! Diese Situation legt eine Bedarfslenkung nahe, wie sie sich z. B. in der gezielten Förderung der Zugangswege und Ausbildungsgänge bestimmter Berufe äußert. Gleichzeitig bietet eine solche Notlage aber auch immer eine Chance zur Demokratisierung, die zumindest gefordert werden muß. Erst wenn der Abbau bestehender ständischer Schultypen möglich und die Einrichtung neuer sozial diskriminierender Ausbildungs-

zweige (die z. B. Ingenieure 1., 2., 3. Klasse hervorbringen) nicht mehr versucht werden kann, ist eine allgemeine finanzielle Sicherung der Ausbildung durch Gesetz politisch möglich — und wünschenswert.
Wenn man heute über eine Studienfinanzierung diskutiert, geht es nicht um die Interessen einer mit der Bezeichnung „Elite" belasteten Gruppe, sondern um die Anwendung sozialstaatlicher Prinzipien auf ihren Lebens- und Arbeitsbereich. Die Finanzierung eines solchen Modells ist zunächst eine sekundäre Frage, die gesetzlichen Grundlagen für eine allgemeine Breitenförderung werden ohnehin im Zusammenhang mit der Normenkontrollklage der Länder gegen die Gesetzentwürfe für ein Ausbildungsförderungsgesetz geklärt werden.

V

Für eine Studienfinanzierung müßte man also von folgenden Voraussetzungen ausgehen:

1. Die technologische Entwicklung in industriellen Ländern erfordert ständig mehr hochqualifizierte Arbeitskräfte und erhöht die Bedeutung der Institutionen für Ausbildung und Weiterbildung. Das bedeutet Ausschöpfung aller Begabtenreserven durch die Verwirklichung der Chancengleichheit.
2. Der Student ist ein Erwachsener, der von seinen Eltern finanziell unabhängig sein muß. Damit entfällt die Möglichkeit eines Einflusses auf die Entscheidung für das Studium überhaupt sowie über Studienwahl, -ort, -dauer und -gestaltung aus wirtschaftlichen Gründen und die Verlängerung der Unterhaltspflicht über die Volljährigkeit hinaus. Gleichzeitig wird damit der besonders den Eltern der unteren Einkommensschichten (Arbeiter und kleine Angestellte) abverlangte Konsumverzicht in einer konsumorientierten Gesellschaft zeitlich begrenzt.
3. Die Forderung muß durch ein Gesetz geregelt werden, das einen Rechtsanspruch des Studenten begründet.
4. Die Förderung muß voll kostendeckend sein.
5. Die Förderung ermöglicht die Durchsetzung des wissenschaftlichen Leistungsprinzips in der Universität, da sie alle Studenten den gleichen Leistungskontrollen unterwirft.

Dem Kriterium der gesicherten, voll kostendeckenden Ausbildungsfinanzierung mit Rechtsanspruch haben bisher im bescheidenen Umfang nur die Kategorialförderungen (vor allem nach dem Bundesversorgungs-, dem Lastenausgleichs- und dem Bundessozialhilfegesetz) genügt, während das Honnefer Modell keines dieser Elemente enthält und wegen der geringen verfügbaren Mittel auch nicht annähernd einen Ersatz für die allmählich erlöschenden Leistungen aus diesen Gesetzen darstellen kann.
Das einzige Modell, das die in den Kriterien angedeuteten kultur- und sozialpolitischen Zielsetzungen der Chancengleichheit, der Ausschöpfung der Begabtenreserven und der Durchsetzung des Leistungsprinzips gerecht werden könnte,

alternative

ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR UND DISKUSSION

Heft 33/34 (Dezember 1963)
Schriftsteller in der DDR
Texte (vergriffen)

Heft 35 (April 1964)
Literarisches Grenzgespräch
Mit Beiträgen aus beiden Teilen Deutschlands (vergriffen)

Heft 36 (Juni 1964)
Was ist ein nationalsozialistischer Roman?
Zum Fall Graff/Barthel

Heft 37 (August 1964)
1914-1964 Weltrevolution als Naturheilverfahren
Eine Parodie (vergriffen)

Heft 38/39 (Oktober 1964)
Zwei deutsche Literaturen?
Beilage
dokumente 1
«Der zeitgenössische Roman»
Leningrader Schriftsteller-Colloquium

Heft 40 (Februar 1965)
Französische Essayisten
Zur Theorie der modernen Literatur

Heft 41 (April 1965)
Karl Korsch — Lehrer Bertolt Brechts
Aus dem unveröffentlichten Nachlaß

Heft 42/43 (Juni 1965)
Tschechoslowakische Lyrik, Prosa, Dramatik
Beilage
dokumente 2
Die Prager Kafka-Konferenz

Unser nächstes Heft im Oktober:
Moderne Literatur in deutschen Lesebüchern
Eine kritische Untersuchung

Einzelnummer 2,—DM
Abonnement für 6 Nummern 9,70 DM
Abonnement de soutien 30,— DM

alternative Verlag
1 Berlin 30, Steinmetzstr. 13/V

ist das Studienhonorar. Das wichtigste Element in diesem Zusammenhang ist tatsächlich das wissenschaftliche Leistungsprinzip, da es nur als — allerdings sehr wichtiger — Sicherheitsfaktor einen Beitrag zu Chancengleichheit und Ausschöpfung der Begabtenreserven auf dieser Ausbildungsstufe leistet.

VI

Im Jahre 1953 wurde das Studienhonorar mit dem Schlagwort begründet „Studium ist Arbeit für die Gesellschaft" [6]). Die Bildungsökonomie hat zwar die enge Korrelation des Faktors Ausbildung mit der Produktivität bestätigt, aber es handelt sich eben genauso um eine Arbeit, die dem Akademiker ausschließlich zugute kommt, sei es in Form der geringeren Fremdbestimmung oder des sozialen Aufstiegs. Für die Finanzierung des Studienhonorars wurde aus dieser differenzierteren Betrachtungsweise zeitweise ein Modell entwickelt, das den Nutznießern des „durch das Studium geschaffenen gesellschaftlichen Wertes" [7]) die Kosten überträgt — dem Staat, den Arbeitgebern und den ausgebildeten Akademikern selbst. Um die Einrichtung neuer Institutionen mit neuen Verfügungsgewalten zu vermeiden, ließe sich aber auch an die schrittweise Einführung eines solchen Modells nach dem Beispiel England denken. Es hat den Vorteil, daß es dem Leistungsprinzip von vornherein Rechnung trägt und sich gleichzeitig, in allerdings sehr großzügiger Form, an dem Einkommen der Eltern orientiert (s. o.). Allerdings würden sich die Mittel dafür in der Bundesrepublik vermutlich erst bei einer anderen Einkommen- und Steuerpolitik (Besteuerung der höheren Einkommen) aufbringen lassen. Die gesamten Kosten einer sozial- und bildungspolitisch wirksamen Ausbildungsförderung sind schließlich wohl nicht aufzubringen, solange der Anteil der Rüstungskosten unverändert hoch bleibt.
Doch sollte man nicht vergessen, daß sogar beträchtliche Summen wie die 450 Millionen DM für das „Schülerhonorar" offenbar kurzfristig aufzubringen sind, wenn es den Gesetzgebern notwendig erscheint.

VII

Das Studienhonorar ist nicht familienfeindlich, sondern es will die Belastung der Familie auf ein zumutbares Maß beschränken und zeitlich begrenzen. Es plündert nicht die Staatskasse, sondern wälzt die Kosten auf diejenigen ab, die sie zu tragen in der Lage sind. (Das werden im übrigen die Studenten auch als ausgebildete Akademiker zu tun haben.) Daß diese Studienförderung nicht nur für die Empfänger, sondern auch für die staatliche Verwaltung kontrollierbar würde, muß eher als Fortschritt bezeichnet werden. Der Preis dafür wird nicht unbedingt eine Verschulung des Studiums sein; schließlich sind auch ohne Studienhonorar schon viele Studiengänge stark reglementiert. Eher schafft es die Voraussetzungen dafür, daß Studenten ihre Zeit wirklich ganz dem Studium widmen können. Es würde für eine andere soziale Zusammensetzung der Studentenschaft sorgen. Die Einführung des Leistungsprinzips würde im Moment einer Versachlichung des Studien- und Prüfungsbetriebes dienen; insofern wäre es ein progressives Element. Im Kampf der Ordinarien um die Erhaltung ihrer Privilegien mit den staatlichen Bürokratien haben momentan gerade Studenten die Möglichkeit, das demokratische Prinzip der Universität gegen seine stärksten Widersacher innerhalb und außerhalb der Hochschulen zu verteidigen. Das wissenschaftliche Leistungsprinzip erfordert den Abbau von Privilegien in der Personalstruktur der Universität, wie das Studienhonorar soziale Ungleichheiten beseitigen will. Unter den Studenten ist die Einsicht in solche Zusammenhänge offensichtlich größer geworden. Die Forderung der fünf politischen Studentenverbände BDIS, HSU, LSD, SHB und SDS nach dem Studienhonorar artikulierte das Unbehagen vieler Studenten nicht nur an der Politik des VDS, sondern darüber hinaus an einer blinden Kultur- und Sozialpolitik.

Anmerkungen:

[1]) Quelle Arbeitsmaterial der Kultusministerkonferenz, Dokument Nr. 13, November 1964, S. 66/67.
[2]) Dokumente zur Hochschulreform 1945—1959. Bearb. v. Rolf Neuhaus. Wiesbaden 1961, S. 461.
[3]) Theo Tupetz in der Vorbereitungsbroschüre zum 8. Dt. Studententag, Bonn 1965, S. 161.
[4]) Stellungnahmen von Politikern und Verbänden sowie Leserbriefdiskussionen in großen Tageszeitungen.
[5]) § 6 Abs. 3, Entwurf Stand vom 27. 3. 1963. Abgedruckt in der Vorbereitungsbroschüre z. 8. Dt. Studententag, S. 177.
[6]) Hochschule in der modernen Gesellschaft. Denkschrift des SDS. Bonn 1953.
[7]) Claus Offe in einem Referat. Vervielfältigt in „verbände-info" Nr. 1/Nov. 1964.

Brief an die Freunde Dr. Alexanders

Endgültig zehn Jahre Strafinsel für Dr. Neville Alexander!

Am 25. März wurde die Entscheidung der Berufungsverhandlung vom 2. und 3. März 1965 verkündet; die von der Verteidigung geltend gemachten Regelwidrigkeiten der ersten Instanz wurden vom Obergericht in Bloemfontein nicht anerkannt. Damit müssen alle elf Verurteilten das volle Strafmaß verbüßen — ein teilweiser Erlaß der Strafe bei guter Führung ist von Justizminister Vorster für alle politischen Gefangenen grundsätzlich ausgeschlossen worden; außerdem hat er jede Art von Hafterleichterung verboten. Alexander wird also erst 1974, mit 37 Jahren, das Gefängnis verlassen — falls ihn dann der Justizminister nicht nach einem 1963 erlassenen Gesetz weiterhin interniert. Die einzige Hoffnung für ihn und Tausende von politischen Gefangenen ist also der Sturz der Regierung Verwoerd, die kaum freiwillig abtreten dürfte, nachdem ihre Politik am 24. März von einer unerwartet großen Mehrheit der (weißen) Wähler gebilligt worden ist (die Nationale Partei er-

hielt etwa 120, die für eine gemilderte Apartheid eintretende United Party etwa 48 von insgesamt 170 Provinzialratssitzen; die für den Abbau der Rassendiskriminierung eintretende weiße Opposition konnte infolge des Mehrheitswahlrechts keinen einzigen Sitz erringen).
Die Finanzierung der Berufungsverhandlung war im Februar durch eine großzügige Spende des norwegischen Defence and Aid Fund in Höhe von über 11 000 DM endgültig gesichert worden; außerdem waren zahlreiche Spenden auf Grund eines Aufrufs der wichtigsten politischen Studentenverbände in der Bundesrepublik eingegangen. Namhafte Beträge waren von Alexander-Komitees in England, Irland, USA, Algerien und Japan bereitgestellt worden. Daher war es möglich, einen Betrag von etwa 500 DM an die teilweise finanziell äußerst bedrängten Angehörigen der Verurteilten und ebensoviel für Bücherkäufe der Gefangenen abzuzweigen. Alexander und jetzt auch die weiblichen Verurteilten dürfen nach der täglichen Arbeitszeit lesen und schreiben. Seine Mutter schreibt dazu: „. . . dürfen studieren. Aber die Eltern müssen die Ausgaben bezahlen, also müssen wir versuchen, dieses Geld aufzubringen . . . Wir schämen uns schon fast, in dieser Sache um Ihre Hilfe zu bitten nach allem, was schon getan worden ist, aber unsere Hände sind gebunden. Dorothy (Alexanders Schwester) sagte mir, sie habe vor, das Abitur zu machen und daß die Kosten für Gebühren und Bücher 300 DM seien . . ." [1])
Alexander und seine Freunde auf Robben Island (außer Solomons) befinden sich seit Alexanders Verletzung durch einen Aufseher im Juni 1964 ununterbrochen in Einzelhaft, scheinen aber trotzdem im wesentlichen wohlauf zu sein. Zweifellos ist dafür das Interesse an den Alexander-Verurteilten in der Bundesrepublik nicht unwesentlich, denn den südafrikanischen Behörden dürfte nicht daran gelegen sein, daß weitere Meldungen über Mißhandlungen in Deutschland bekannt werden. Daher werden auch in Zukunft weiter Informationsbriefe in unregelmäßigen Abständen verschickt werden, in denen über das Befinden Alexanders und seiner Freunde und über die politische Entwicklung in Südafrika berichtet wird.

Alexanders „Sabotageverbrechen"
und seine Verteidigungsrede

Alexander und seine Freunde wurden wegen „Sabotage" nach dem berüchtigten Sabotagegesetz von 1962 verurteilt, das nach der Meinung der Internationalen Juristenkommission nichts mehr mit zivilisierter Rechtsprechung zu tun hat (vgl. Keesings Archiv S. 10046). Von der Anklage wurde kein einziger Sabotageakt oder auch nur ein Versuch dazu nachgewiesen, vielmehr bestand ihre „Beweisführung im wesentlichen darin, daß die Angeklagten der Auffassung waren, daß die farbige Bevölkerung für ihre Rechte eintreten müsse und daß der bewaffnete Kampf zur Befreiung der Nichtweißen ins Auge gefaßt werden müsse. Die Beweisführung lief darauf hinaus, zu zeigen, daß sie verschiedene Personen von ihrer Auffassung zu überzeugen gesucht und Zellen gebildet hätten." (Bericht des UNO-Sonderkomitees für Apartheid, 10. 12. 1964, A/5825/Add. 1). Während über die Ausführungen der Anklage in der deutschen Presse sehr ausführlich berichtet wurde, sind die Argumente der Verteidigung kaum bekannt geworden; erst ein Jahr nach der zweitägigen Verteidigungsrede Alexanders wurden Auszüge daraus in der Bundesrepublik bekannt. Es folgen entscheidende Stellen dieser Rede:
„Am 27. September 1963 wurde ich vor dem Magistratsgericht Kapstadt wegen Sabotage angeklagt. Ich möchte gerne darauf hinweisen, daß die Anklage wegen Sabotage und Verschwörung zum Staatsumsturz mit den Mitteln gewaltsamer Revolution des Guerillakrieges usw. erst dann gegen mich erhoben wurde, als Dr. Abrahams nach bestimmten internationalen Verhandlungen (wegen seiner Entführung aus britischem Hoheitsgebiet), die seinem Antrag auf Zuerkennung des Habeas-Corpus-Rechts gefolgt waren, außer Landes gebracht worden war. Ich habe den Eindruck, daß wir zu Sündenböcken für seine einseitigen Vorstellungen gemacht werden, und ich bestreite mit äußerstem Nachdruck, daß es in der NLF (National Liberation Front) jemals eine Entscheidung gegeben hat, den Staat zu stürzen oder den Guerillakrieg einzuleiten, um dieses oder irgendein anderes Ziel zu erreichen."
„Ich möchte gerne etwas über meine eigene Haltung zur Gewaltanwendung äußern . . . Zunächst habe ich philosophische Einwendungen gegen die Anwendung von Gewalt durch Menschen gegen Menschen . . . Die unvermeidlichen Folgen von Gewalt sind physische und geistige Beschränkungen der Bestandteile der Gesellschaft. In unserer Epoche, in der die Möglichkeit der atomaren Zerstörung der Menschheit und des Lebens überhaupt nicht mehr bloß eine Sache der Vermutung ist, kann Gewalt leicht in eine Apokalypse ausbrechen, für die nur die Urheber der Gewalt verantwortlich gemacht werden können. Während ich gegen die Gewalt als Mittel der Politik bin, habe ich natürlich immer angenommen, daß es in den menschlichen Verhältnissen Zeiten gibt, in denen Gewalt für das nackte Überleben des Menschengeschlechts notwendig ist. Aus diesem Grund würde ich auch niemals den absoluten Pazifismus als Politik akzeptieren."
„Die Verhandlungen vor diesem Gericht haben die Tendenz gehabt, das eigentliche Problem zu verwischen, nämlich die Beseitigung der Zustände von Armut, Elend, Furcht und Leiden, unter denen die Mehrheit der Bevölkerung, d. h. die ‚Wir', von denen in den Zeitungen der nationalen Befreiungsfront die Rede ist, leben. In einem Land, dessen Regierung die letzte Bastion der westlichen Zivilisation in Afrika zu sein behauptet, wird unsere Forderung nach vollen demokratischen Rechten für alle Menschen in Südafrika systematisch enttäuscht und unterdrückt. — Ich habe bereits auf ‚unschuldig' gegenüber der gegen mich erhobenen Anklage plädiert. Eine rechtliche Entscheidung über meine

Schuld oder Unschuld liegt in den Händen dieses Gerichts; aber ohne Rücksicht auf mein eigenes Schicksal liegt die Lösung für das grundlegende Problem, ob die Bevölkerung von Südafrika jemals in Harmonie leben wird, in den Händen derer, die die Macht haben, das Land zu beherrschen. Ich habe ernsthaft die Zuversicht und Hoffnung, daß Südafrika noch ein glückliches Land für alle seine Einwohner jeder Hautfarbe und jedes Glaubens werden kann."

[1]) Spenden für diesen Zweck können mit dem Vermerk „Studium Alexander" auf das Konto 19 203 bei der Kreissparkasse Tübingen eingezahlt werden.

Wolfgang Müller

Zeitschriften- und Buchhinweise

Der 1886 geborene und 1961 in den USA gestorbene materialistische Theoretiker Karl Korsch, der in den zwanziger Jahren Professor an der Juristischen Fakultät Jena war, 1919 der USPD beitrat, 1921 unter persönlichen Vorbehalten in die KPD übernommen und 1926 wegen seiner oppositionellen Haltung ausgeschlossen wurde, kann neben dem Lukacs von „Geschichte und Klassenbewußtsein" als Erneuerer des historischen Materialismus in den zwanziger Jahren angesehen werden. Seit den zwanziger Jahren war er mit Brecht befreundet, der ihn zu Recht als seinen marxistischen Lehrer bezeichnete.

Der Häretiker Korsch, zu dessen Werken Arbeiten über die Rätebewegung und zur Rätetheorie sowie eine bedeutsame Untersuchung über „Marxismus und Philosophie" (1923) gehören, ist in beiden Teilen Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg lange Zeit vergessen gewesen. Den einen paßte der kritische Theoretiker nicht ins antikommunistische, den anderen nicht ins stalinistische Konzept.

Die „neue kritik" veröffentlichte in der Nummer 18 (November 1963) eine detaillierte Arbeit über Korsch von Erich Gerlach: „Karl Korsch und der Marxismus". Die nk 18 ist vergriffen. Etwas modifiziert erschien Gerlachs Aufsatz im Winter 64/65 in „International Socialism" 19: „Karl Korschs Undogmatic Marxism".

In der „alternative" Heft 41, April 1965, ist nun der sehr verdienstreiche Versuch gemacht, durch eine Zusammenstellung ausgewählter Texte von Korsch dessen „geistige Biographie" sichtbar zu machen. Der Beziehung zu Brecht gilt das besondere Interesse: Das Heft bringt einen interessanten Aufsatz von Wolfdietrich Rasch: „Brechts marxistischer Lehrer" und neben Brechts Gedicht „Das Manifest" Karl Korschs Interlinearversion zu dem freilich nicht recht geglückten Poem.

Wie der frühe Lukacs, so kam auch Korsch zu der Einsicht: „Wir haben den Marxismus verloren. Wir müssen ihn wiederfinden". In „Marxismus und Philosophie" explizierte er seine Auffassung, daß die materialistische Geschichtsauffassung auch auf die materialistische Geschichtsauffassung selbst angewandt werden muß. Alle Lehrsätze des historischen Materialismus müssen nach Korsch spezifisch sein, d. h. der Schematismus der Interpretation muß in der historisch konkreten Analyse überwunden werden.

Das „alternative"-Heft publiziert einige kürzere Analysen von Korsch, in denen er dem historischen Wandel sozialer Phänomene und den ihn ausdrückenden Kategorien nachgeht. Die von ihm gestellten Fragen sind als Katalysatoren in der gegenwärtigen Marxismus-Diskussion sehr aktuell.

Auf die folgenden Sonderhefte, Bücher und Zeitschriftenartikel möchten wir besonders hinweisen. Von einigen Titeln erscheinen im nächsten Heft Kurzrezensionen.

Das Juniheft der „alternative", Nr. 32/43, ist „Tschechoslowakischer Lyrik, Prosa und Dramatik" gewidmet. Es enthält obendrein „dokumente 2 Die Prager Kafka-Konferenz", Reden und Beiträge von der für die Kafka-Publikation und Kafka-Rezeption in den kommunistischen Ländern folgenreichen Konferenz. — Heft 32 und Heft 33 der Berliner Zeitschrift „Das Argument" enthalten „Faschismus-Theorien" II und III. In Heft 32 ist Dieter Grossers Beitrag „Die nationalsozialistische Wirtschaft" besonders interessant. In Heft 33 werden „Ideologische Komponenten in den Theorien über den Faschismus" (von Haug u. a.) diskutiert. Außerdem enthält das Heft einen Aufsatz über „Die Faschismus-Theorie in der DDR" (von R. Reiche, B. Blanke und J. Werth). — Das Interesse der „ARBEITSHEFTE", 3. Jhg., Nr. 6/8, gilt dem Thema „Die Mitbestimmungsdiskussion in der gegenwärtigen britischen Arbeiterbewegung". Von den aus dem Englischen übersetzten Beiträgen ist besonders auf den Aufsatz von Tony Topham „Betriebsvertrauensleute und Arbeiterkontrolle" zu verweisen. — In der „Revue Internationale du Socialisme", Nr. 8/2. Jhg., sind zwei Beiträge vom Marxismus-Seminar in Korçula (im vorigen Jahr) abgedruckt: Herbert Marcuse „Le Socialisme dans da Société Industrielle" und Serge Mallet „La Nouvelle Classe Ouvrière et le Socialisme". Ebenfalls verweisen wir auf Lelio Bassos Beitrag „Pour une Analyse dealictique", den 2. Teil von „Sozialdemokratie heute" (s. nk 29). — „Diskussion", Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft und der deutsch-israelischen Beziehungen, die von der DIS an der FU Berlin herausgegeben wird, veröffentlicht im Aprilheft 65 eine sehr lesenswerte Untersuchung von Uta Gerhardt „Nationale Stereotype": Eine Untersuchung an Hand von Pressestimmen zum Eichmann-Prozeß. — Das erste Heft der von Enzensberger bei Suhrkamp herausgegebenen Zeitschrift „Kursbuch", I/65, enthält den I. Teil eines Aufsatzes von Karl Markus Michel „Die sprachlose Intelligenz I" und zwei Dossiers, einmal „Streit um Worte" (Interviews mit Sartre u. a.), zum anderen „Aufzeichnungen von einem Prozeß": Peter Weiss „Frankfurter Auszüge" und Martin Walser „Unser Auschwitz". In den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" ist ein recht lesenswerter Aufsatz von Günter Amendt „Der Traum vom amerikanischen Traum / Von der Unsicherheit der Armut in den USA" erschienen.

Von den in der letzten Zeit herausgekommenen aktuellen Büchern möchten wir empfehlen:

„Politik ohne Vernunft", rororo-aktuell, zehn streitbare Thesen zu innen- und außenpolitischen Themen, ein ideologiekritisches Scherbengericht über die Politik der Bundesregierung. Weiterhin: 3. Auflage von Jürgen Seifert „Gefahr im Verzuge", erweitert durch einen ausführlichen Beitrag über das vorgesehene sogen. Notparlament. — Im Stimme-Verlag ist die Broschüre „Der totale Notstandsstaat" mit Beiträgen von Kogon, Abendroth, Ridder, Hannover und Seifert erschienen. — „Die SPD nach Hitler" ist der Titel des recht interessanten Buches von Theo Pirker, der vornehmlich Geschichtsschreibung der Politik der SPD-Führung betreibt. Vor den Wahlen wenigstens einmal zu lesen. Eine Besprechung folgt.

G. W.

Helge Pross
Manager und Aktionäre in Deutschland

Untersuchungen zum Verhältnis von Eigentum und Verfügungsmacht

Frankfurter Beiträge zur Soziologie Band 15

248 Seiten Leinen 24,– DM kartoniert 20,– DM

Frau Professor Dr. Helge Pross – kürzlich als Ordinaria für Soziologie an die Universität Gießen berufen – macht in dieser Arbeit die Wandlung in der Zusammensetzung der wirtschaftlichen Führungsschicht zum Gegenstand ihrer Untersuchung.

Bertram D. Wolfe
Lenin, Trotzkij, Stalin

Drei, die eine Revolution machten

Eine biographische Geschichte

818 Seiten Leinen 38,– DM

Wolfes Buch – das sich wie ein abenteuerlicher Roman liest – gilt im englischen Sprachraum seit langem als das klassische Werk zur Geschichte des Bolschewismus.

EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT
FRANKFURT AM MAIN

DEMOKRATIE VOR DEM NOTSTAND

Protokoll des Bonner Kongresses gegen die Notstandsgesetze am 30. Mai 1965

Es enthält sämtliche Referate und Beiträge, u. a. Prof. Maihofer: Die Demokratie vor dem Notstand — Prof. Bracher: Parlamentarische Demokratie und Staatsstreich — Jürgen Seifert: Können die Gefahren des Notstands durch einen Notstandsausschuß gebannt werden — Prof. Ellwein: Die Befristung des Ausnahmezustands und die Frage des Aufhebungsrechts — Dr. Fabian: Die Stellungnahme des Presserates zur Notstandsgesetzgebung und die Verhandlungen zwischen Presserat und dem Bundesministerium des Inneren — Bernt Engelmann: Die Rundfunk- und Fernsehanstalten und die Bedeutung ihrer Unabhängigkeit im Notstandsfall — Alexander von Cube: Ist die Meinungsfreiheit noch zu gewährleisten, wenn Beschränkungen und Auflagen über die Erlangung und Verbreitung von militärischen Nachrichten eingeführt werden können — Dr. Stein: Die Bedeutung von Artikel 12 Grundgesetz und seine vorgesehene Einschränkung — Rechtsanwalt H. Hannover: Die Konsequenzen des Zivildienstgesetzes für den Einzelnen — Dr. von der Vring: Die Möglichkeit gewerkschaftlichen Schutzes für Zivildienstverpflichtete — Prof. Ridder und Georg Benz: Reden auf der Schlußkundgebung des Bonner Kongresses.

Außerdem: Jürgen Seifert, Stand der Notstandsgesetzgebung und Notstandsgesetzentwurf der CDU/CSU vom 26. Mai 1965.

Das Protokoll des Bonner Kongresses, der von den fünf politischen Studentenverbänden, BDIS, HSU, LSD, SHB und SDS, veranstaltet wurde, erscheint als Sonderheft der „neuen kritik" im Laufe des Juli.

Verlag und Redaktion „neue kritik": 6 Frankfurt am Main, Kurfürstenstraße 8. — Preis des Sonderheftes: DM 3,—; für Studenten und Abonnenten der „neuen kritik": DM 2,—.

Boris Eichenbaum

Aufsätze zur Theorie und Geschichte der Literatur

edition suhrkamp. Band 119. DM 3,–
Aus dem Russischen von Alexander Kaempfe. Eichenbaum gehörte zu den bedeutendsten Vertretern des russischen Formalismus. Er war Mitbegründer der „Gesellschaft zur Erforschung der dichterischen Sprache" in Petersburg, von der in den Jahren 1915 bis 1930 die Erneuerung der Literaturtheorie und der literaturwissenschaftlichen Methodenlehre in Rußland ihren Ausgang nahm.

Alexander Mitscherlich

Die Unwirtlichkeit unserer Städte
Anstiftung zum Unfrieden

edition suhrkamp. Band 123. DM 3,–
Diese Studien beschäftigen sich mit der heutigen Städteplanung. Der Autor kritisiert den irrationalen bzw. rein verwaltungstechnischen Charakter der vorliegenden Programme und weist nach, daß eine sinnvolle Planung ohne einen zureichenden Begriff der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen geplant wird, nicht möglich ist.

Peter Hacks

Stücke nach Stücken

Zwei Bearbeitungen

edition suhrkamp. Band 122. DM 3,–
„Die Bettleroper" nach John Gay, „Die schöne Helena" nach Jacques Offenbach.

Herbert Marcuse

Triebstruktur und Gesellschaft

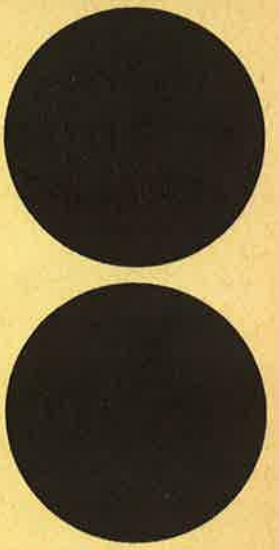
Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud

Bibliothek Suhrkamp. 272 Seiten. DM 6,80
Inhalt: Die verborgene Tendenz in der Psychoanalyse · Der Ursprung des unterdrückten Individuums · Der Ursprung der unterdrückenden Kultur · Die Dialektik der Kultur · Philosophisches Zwischenspiel · Die historischen Grenzen des geltenden Realitätsprinzips · Phantasie und Utopie · Orpheus und Narziß: zwei Urbilder · Die ästhetische Dimension · Die Verwandlung der Sexualität in den Eros · Eros und Thanatos · Epilog: Kritik des Neo-Freudianischen Revisionismus.

Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main

Fischer doppelpunkt

Beispiele moderner Literatur



S. Fischer Verlag

Ilse Aichinger · Antonin Artaud · Italo Calvino · René Char · Michel Butor · Tibor Déry · Petru Dumitriu · Sigmund Freud · Joseph Gabel · William Golding · Witold Gombrowicz · Herbert Heckmann · Arthur Miller · Christa Reinig · Adolf Rudnicki · Philippe Sollers · Andrej Wosnessenski

---